

Inhaltsverzeichnis

A Arbeit, Ausbildung und Bildung

A2	Entlastung von Erziehenden: Arbeitsrecht bei Krankheit der Kinder ändern	2
A3	Die dritte Option bei Betriebsratswahlen unterstützen	4
A4	Die maximale Probezeit von sechs auf drei Monate verkürzen.	5
A6	Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrecht	6
A7	Digitale Schule	7

D Digitalisierung

D2	Public Money, Public Code – was alle bezahlen, soll auch allen gehören	9
----	------------------------------------------------------------------------	---

F Feminismus, Gleichstellung, Diversität

F1	50 Jahre Stonewall – Für eine vollständige rechtliche Gleichstellung von LGBTQI*	12
F2	„Ain't I a Woman?“ – Empowerment von Women of Color	17
F3	Diversität und Realität in der Werbung	18
F4	Kritik an der Prostitution und der Prostitutionskritik	19

I Innenpolitik, Demokratie

I2	Stärkung des Rechts auf (Wieder-)Einbürgerung von Verfolgten des NS-Regimes und ihrer Nachkommen	24
I6	Für ein progressives Staatsangehörigkeitsgesetz!	27

K Kommunales

K1	Impulse für starke Kommunalwahlprogramme	29
----	------------------------------------------	----

M Mobilität und Wohnen

M1	Verkehrsverbände aller Regionen, vereinigt euch!	34
M3	Autofreie Innenstädte – Wie geht das?	35
M4	ÖPNV in allen Kommunen	38
M5	Grenzenlos Bahnfahren	39

O Organisationspolitik

O2	Beschlusswiki auf Bundesebene einführen	42
O3	Alle reden vom Rave! Wir nicht!	43

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S2	Ausweitung der ASS – Für den Schutz von Opfern sexualisierter Gewalt	45
S3	Recht auf gute Beratung bei der Patient*innenverfügung sichern	47

W Wirtschaft und Steuern

W2	Die Industrie ist tot? Lang lebe die Industriepolitik! – Grundlagen jungsozialistischer Wirtschaftspolitik in Zeiten des Klimawandels	49
W3	Einmal einen fairen Welthandel, bitte!	56
W5	Unternehmensstrafrecht jetzt! Damit kriminelle Handlungen von Unternehmen auch geahndet werden können.	58
W6	Finanzmarktregulierung aus Leidenschaft	59
W7	Auch indirekte Rüstungsexporte sind Rüstungsexporte!	65

U Umwelt- und Klimapolitik

U3	Mehrweg für alle!	67
U4	Tiertransporte bei über 25 Grad Celsius stoppen	68

INI Initiativanträge

INI1	Mensch, Struktur, Wandel: Unser Weg zum sozialistischen und ökologischen Umbau der Wirtschaft	70
INI2	Solidarität mit allen Opfern sexualisierter Gewalt und sexistischem Verhalten	78
INI3	standhaft sozial demokratisch: NRW Jusos nominieren Eskabo zum SPD-Parteivorsitz	79

A Arbeit, Ausbildung und Bildung

A Arbeit, Ausbildung und Bildung

A2	Entlastung von Erziehenden: Arbeitsrecht bei Krankheit der Kinder ändern	2
A3	Die dritte Option bei Betriebsratswahlen unterstützen	4
A4	Die maximale Probezeit von sechs auf drei Monate verkürzen.	5
A6	Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrecht	6
A7	Digitale Schule	7

A2

Entlastung von Erziehenden: Arbeitsrecht bei Krankheit der Kinder ändern

- 1 Wir möchten uns für eine familienfreundliche und elternentlastende Ausweitung des Arbeitsrechts bei Krank-
2 heit der Kinder einsetzen. Im besonderen Fokus soll dabei die Umsetzung folgender Punkte stehen (im folge-
3 den Text ist „Eltern“ mit „Personen mit Erziehungsauftrag“ gleichzusetzen):
- 4 In §45 des SGB (V) soll das Alter des Kindes, bis zu welchem den Erziehungsberechtigten die Befreiung von der
5 Arbeit zusteht um das Kind zu pflegen, von 12 auf 18 Jahre ausgeweitet werden.
- 6 Im Krankheitsfall eines Kindes soll die Attestpflicht durch eine*n Kinderärzt*in nicht bereits am ersten Tag der
7 Krankheit greifen um den Lohnausgleich für den pflegenden Elternteil zu erhalten. Stattdessen soll erst ab
8 dem zweiten Tag in Folge, an dem ein Elternteil krankheitsbedingt von der Arbeit fehlt, ein Attest eines*einer
9 Arztes*Ärztin vorgelegt werden müssen. Die Erstattung des Lohnes im Krankheitsfall des Kindes soll mit Vorlie-
10 gen eines Attestes weiterhin durch die Krankenkassen erfolgen. Wird kein Attest über die Krankheit des Kindes
11 vorgelegt und der Elternteil fehlt nur einen Tag, ist der*die Arbeitgeber*in in der Pflicht die Lohnerstattung zu
12 übernehmen.
- 13 Es soll eine Härtefallregelung eingeführt werden, mit der Eltern in der Lage sind bei besonders schwerwiegen-
14 der oder chronischer Erkrankung eines Kindes statt den rechtlich vorgeschriebenen 10 Tagen pro Kalenderjahr
15 (bzw. 20 Tage bei Alleinerziehenden), 25 Tage (bei Alleinerziehenden 50 Tage) bei Lohnfortzahlung durch die
16 Krankenkasse am Arbeitsplatz zu fehlen. Ein Attest eines*einer Fachärzt*in muss den schwerwiegenden Grad
17 der Krankheit bezeugen.
- 18 Damit die geforderte Stärkung im Arbeitsrecht für Eltern keine negativen Auswirkungen auf die berufliche
19 Karriere hat, ist die SPD angehalten sich intensiver mit dem Antidiskriminierungsschutz von Arbeitnehmer*in-
20 nen zu befassen. Es muss in der Öffentlichkeit offensiver über die Rechte im Bewerbungsverfahren sowie
21 am Arbeitsplatz informiert werden, z.B. über das Recht in Bewerbungsgesprächen keine Auskunft über den
22 Familienstand bzw. zukünftige Familienplanung und den Wunsch nach Kindern geben zu müssen.
- 23 Die Forderung nach mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentraler Punkt in der sozialdemokrati-
24 schen Politik. Um Eltern und Familien gezielt zu fördern und zu unterstützen bedarf es einer Reihe von kon-
25 kreten Maßnahmen.
- 26 Kinder haben die Eigenschaft, immer genau dann krank zu werden, wenn es den Eltern beruflich am wenigsten
27 passt. Der Antrag hat als Ziel, Eltern mehr Autonomie im Krankheitsfall ihrer Kinder zu geben und gleichzeitig
28 ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen in solchen Situationen zu stärken.
- 29 Die erste Forderung bezieht sich auf das Höchstalter der Kinder, bis zu dem Eltern ein Recht darauf haben
30 von ihrer Arbeit fern zu bleiben um das Kind zu pflegen. Die aktuelle rechtliche Lage sichert Eltern nur bis zur
31 Vollendung des 12. Lebensjahres des Kindes zu auf der Arbeit zu fehlen und Verdienstausschlag nach Vorlage
32 eines Attestes, das der Kinderarzt oder die Kinderärztin ausgestellt hat, von der Krankenkasse erstattet zu
33 bekommen. Kinder werden an ihrem zwölften Geburtstag aber nicht automatisch erwachsen. Gerade im Falle
34 einer Krankheit sind sie immer noch auf die Pflege und Unterstützung ihrer Eltern angewiesen, sei es beim
35 Besuch eines*einer Arztes*Ärztin oder beim Kauf und der Einnahme von Medikamenten. Wenn Eltern keine
36 Sicherheit haben in solchen Situationen zu Hause bleiben zu können, wird es immer wieder Fälle geben, in
37 denen Kinder trotz Symptomen in Kita oder Schule geschickt werden oder Teenager sich allein auf den Weg
38 zu einem*einer Arzt*Ärztin machen müssen. Ohne Führerschein und insbesondere in Gebieten mit niedriger
39 Ärzt*innendichte ist das auch Kindern über 12 Jahren nur schwer zuzumuten. Der Paragraph §616 des BGB
40 sichert zwar Eltern in einigen Fällen das Recht zu ihren Arbeitsplatz zu verlassen, wenn es sich um die akute
41 Pflege eines Kindes über 12 Jahren handelt. Dieser Paragraph ist aber nicht bindend und kann von dem*der
42 Arbeitgeber*in im Arbeitsvertrag einfach ausgeschlossen werden. Es ist wichtig herauszustellen, dass Kinder

43 nicht aufhören schutzbedürftig zu sein sobald sie ihren zwölften Geburtstag feiern. Ihre Rechte und auch die
44 ihrer Eltern müssen weiterhin gesetzlich gesichert werden und Familien bei der Vereinbarung von Familie und
45 Beruf verstärkt unterstützt werden. Die zweite Forderung dieses Antrags bezieht sich auf die Attestpflicht für
46 Kinder in dem Falle, dass ein Elternteil von der Arbeit fernbleibt. Für den Ausgleich des Verdienstausfalls muss
47 schon ab dem ersten Tag der Abwesenheit ein Attest des*der Kinderarztes*ärztin vorliegen. Doch genau so wie
48 es bei Erwachsenen üblicherweise erst am dritten Tag der Abwesenheit notwendig ist ein Attest vorzulegen,
49 macht es auch bei Kindern nicht immer Sinn sofort eine Praxis aufzusuchen.

50 Kinder sind häufig krank, sie bekommen Zähne, haben Fieber, quälen sich mit Windpocken und Läusen oder
51 bekommen manchmal auch einfach nur die dritte Erkältung des Jahres. Nicht in jedem Fall, in dem es ratsam
52 ist, das Kind nicht in Kita oder Schule zu bringen, ist es erforderlich medizinisches Fachpersonal aufzusuchen.
53 Gerade bei Krankheiten, deren Diagnose eindeutig und eine Hausapotheke vollkommen ausreichend ist, er-
54 höht der Besuch beim*bei der Kinderarzt*ärztin nur die mögliche Ansteckungsgefahr untereinander.

55 Wären Eltern nicht bereits ab dem ersten Tag auf ein Attest angewiesen, würde dies die Anzahl der Besuche bei
56 Kinderärzt*innen reduzieren und den Mediziner*innen dafür erlauben sich um die dringenden Fälle intensi-
57 ver zu kümmern. Gerade im Hinblick auf die sinkende Zahl und bereits teilweise vorhandene Unterversorgung
58 bei Praxen mit dem Schwerpunkt Pädiatrie wäre eine Änderung der Regelung auch für die niedergelassenen
59 Kinderärzt*innen eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Grundsätzlich ist es wichtig Eltern die Verant-
60 wortung zu überlassen selbst einzuschätzen wann ein Besuch bei einem*einer Arzt*Ärztin für das eigene Kind
61 notwendig ist. Bei kurzen Erkrankungen soll dieser Vorschlag es ihnen erleichtern auch ohne Attest einem
62 leicht kränkelnden Kind einen Tag zu Hause mit Pflege durch Erziehende zu ermöglichen.

A3

Die dritte Option bei Betriebsratswahlen unterstützen

1 Gemäß der angegebenen Regelung der Wahlordnung des Betriebsverfassungsgesetzes muss der Wahlvor-
2 stand vor einer Betriebsratswahl alle wahlberechtigten Arbeitnehmer des Betriebs auf sogenannten Wähler-
3 listen nach Geschlechtern getrennt aufführen und diese Listen im Betrieb veröffentlichen. Mit der Einführung
4 der dritten Option müssen Arbeitnehmer mit dieser Option auf einer separaten Liste geführt werden. Dadurch
5 liegt ein Zwangsouting vor. Betriebe, die sich im Vorfeld nicht mit dieser Thematik beschäftigen, setzen damit
6 ihre divers-geschlechtlichen Arbeitnehmer einem Outing aus. Um dieses Outing zu verhindern, muss der Ge-
7 setzgeber Änderungen vornehmen. §15 Abs. 2 BetrVG sichert dem Minderheitengeschlecht einen Schutz bei
8 den Wahlen zu. Die Regelung wurde 2001 mit dem Ziel novelliert, mehr Frauen in die Betriebsräte zu brin-
9 gen. Mit der Einführung der dritten Option dürfte der Minderheitenschutz nun auf diese Option übertragen
10 werden. Der Haken: Durch das d´Hondtsche Verfahren zur Besetzung des Betriebsrats dürfte das Minder-
11 heitengeschlecht nicht in den Genuss des Minderheitenschutzes gelangen. Somit entfällt der Anspruch auf
12 Mindestsitze. Eine Lösung könnte ein Doppelte-Minderheiten-Modell bieten: §15 Abs. 2 BetrVG muss dahinge-
13 hend geändert werden, dass die beiden in der Minderheit befindlichen Geschlechter den Minderheitenschutz
14 erhalten. Damit entzieht die dritte Option den Frauen den Minderheitenschutz nicht. Vielmehr können die
15 Frauen weiterhin auf Mindestsitze hoffen.

A4

Die maximale Probezeit von sechs auf drei Monate verkürzen.

- 1 Derzeit ist gesetzlich geregelt, dass die Probearbeitszeit in Absprache zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen bis zu sechs Monaten andauern kann.
- 2
- 3 In der Realität allerdings müssen Arbeitnehmer*innen häufig eine sechsmonatige Probearbeitszeit absolvieren, ohne dass jemals eine Absprache stattgefunden hat, geschweige denn ein nachvollziehbarer Grund vorhanden ist.
- 4
- 5
- 6 Es gibt viele Arbeitsbereiche, in denen es für den*die Arbeitgeber*in nicht notwendig ist, eine solch lange Zeit die Arbeitnehmer*innen prüfen zu müssen, da die Eignung für diesen Arbeitsbereich in den ersten drei Monaten festgestellt werden können.
- 7
- 8
- 9 Außerdem wird die Dauer der Probearbeitszeit von sechs Monaten ausgenutzt, um Arbeitnehmer*innen für eine arbeitsaufwendige Zeit einzustellen und sie nach dieser wieder zu entlassen.
- 10
- 11 Des Weiteren besitzt der*die Arbeitgeber*in die Macht über die Einstellung, was dazu führt, dass eine Absprache, wenn sie dann stattfindet, nach Wünschen beider Parteien praktisch unmöglich ist.
- 12
- 13 Für den*die Arbeitnehmer*in kann es eine Belastung darstellen, sechs Monate in der Ungewissheit zu leben den Job behalten zu können. Dies kann ebenfalls ein gewisses Existenzrisiko darstellen.
- 14
- 15 Durch die fehlende Absprache zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen und die Ausnutzung vieler Arbeitgeber*innen ist die Verkürzung der maximalen Probezeit notwendig.
- 16
- 17 Daher fordern wir die Probezeit auf höchstens drei Monate zu begrenzen.

A6

Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrecht

- 1 Wir fordern die Abschaffung der kirchlichen Sonderrechte im Hinblick auf das Arbeitsrecht in den Fällen, in
- 2 denen kirchliche Einrichtungen privatwirtschaftlich am Markt tätig sind und dabei durch öffentliche Gelder
- 3 finanziert werden. Darüber hinaus ist das Verhältnis von Staat und Kirche grundsätzlich zu hinterfragen und
- 4 neu zu verhandeln.

A7

Digitale Schule

- 1 Digitalisierung ist neben dem Klimawandel das wahrscheinlich wichtigste Thema unserer Zeit. Zahllose Kon-
2 zepte behandeln dieses Thema und vor allem Digitalisierung in der Schule besitzt enorme Relevanz. Hierbei
3 wird häufig, darauf beharrt wie wichtig eine gute technische Ausstattung der Schulen und eine vorhandene
4 Kenntnis der modernen Medien bei den Lehrkräften sei. Dabei werden aus unserer Sicht zwei Aspekte häufig
5 außer Acht gelassen:
- 6 Bei dem vielen Gerede um technische Ausstattung wird häufig vergessen, dass die heutigen Schulen erhebliche
7 Qualitätsunterschiede in der schon vorhandenen Ausstattung aufweisen. Um diese Unterschiede zu erkennen
8 und zu bekämpfen fordern wir eine weitreichende Datenerhebung aller Schulen, um zu erkennen wie weit die
9 Schulen in NRW schon sind und wie sehr man die einzelnen Schulen noch fördern muss. Hierfür müssen ein-
10 heitliche Standards entwickelt und festgelegt werden. Bei der Anschaffung muss verhindert werden, dass Schü-
11 ler*innen aus einkommensschwachen Familien dabei benachteiligt werden. Bestehende Fördermöglichkeiten
12 vom Land müssen genutzt und ausgebaut werden, damit Kommunen die Schulen ausstatten können.
- 13 Eine differenzierte Medienkompetenzerziehung muss Bestandteil der schulischen Ausbildung sein. Dabei
14 muss den Schüler*innen ein verantwortungsvoller Umgang mit Medien wie Nachrichtensendungen und Lern-
15 programmen beigebracht werden, aber auch mit Plattformen wie zum Beispiel YouTube. Diese werden bereits
16 heute von vielen Schüler*innen als Lernhilfen genutzt werden und sind durch die pluralen Inhalte zu verschie-
17 densten Themen durchaus als Ergänzung geeignet. Dabei müssen die Schüler*innen allerdings genauso über
18 die Gefahren, die auf Plattformen wie YouTube lauern, zu nennen sind hier Cybermobbing, Preisgabe von per-
19 sönlichen Daten usw., unterrichtet werden, um eine möglichst frühe Sensibilisierung für diese Gefahren zu
20 gewährleisten und einen kritischen und bewussten Medien Konsum zu fördern. Grundlage dazu ist der Medi-
21 enkompetenzrahmen NRW von 2016. Digitalisierung und Medienkompetenz müssen verpflichtender Teil der
22 Lehrer*innen-Ausbildung werden.
- 23 Diese beiden Punkte sind als Ergänzung zum Antrag "Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft" vom 11.
24 Mai 2018 zu sehen.

D Digitalisierung

D Digitalisierung

D2	Public Money, Public Code – was alle bezahlen, soll auch allen gehören	9
----	------------------------------------------------------------------------	---

D2

Public Money, Public Code – was alle bezahlen, soll auch allen gehören

- 1 Wir fordern, dass rechtliche Grundlagen geschaffen werden, die es erfordern, dass mit öffentlichem Geld ent-
2 wickelte oder bezahlte Software für zivil genutzte, nicht sensible Verwendung unter einer Freie-Software- und
3 Open-Source-Lizenz gestellt werden. Von allen bezahlter Code sollte für alle verfügbar sein!
- 4 Jedes Jahr geben öffentliche Verwaltungen Millionenbeträge für die Entwicklung und den Einsatz von Software
5 aus. Die digitalen Dienste stellen eine kritische Infrastruktur für den Staat dar. Ohne Software können die
6 meisten Verwaltungsprozesse und Partizipationsmöglichkeiten nicht mehr bereitgestellt werden.
- 7 Umso problematischer ist es, dass diese kritische Infrastruktur in den allermeisten Fällen von Software abge-
8 bildet wird, welche unter einer restriktiven Lizenz stehen. Diese untersagt die Weitergabe oder den Austausch
9 der Software und ermöglicht es nicht, dass die Verwaltungen diese nach ihren Bedürfnissen anpassen kön-
10 nen.
- 11 Ebenso stellt dies eine Bedrohung der Sicherheit der digitalen Infrastruktur dar, da der Zugriff auf den zugrun-
12 deliegenden Quellcode nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist. So kann dieser nicht auf Sicherheits-
13 lücken oder Schwachstellen überprüft werden. Auch ist ein selbstständiges Beheben von Sicherheitslöchern
14 oder Hintertüren nicht möglich.
- 15 Hinzu kommt, dass der Einsatz von proprietärer Software bestehende Monopole fördert oder auch schafft, da
16 der Wettbewerb unter den Unternehmen stark eingeschränkt ist. Dies führt dazu, dass die Verwaltungen von
17 einer kleinen Anzahl von Unternehmen abhängig ist.
- 18 Wir fordern deshalb, dass die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, dass durch öffentliches Geld gekaufte
19 te oder entwickelte Software unter eine Freie-Software- und Open-Source-Lizenz[1] gestellt werden. Hiervon
20 ausgenommen sind Softwares und Programme, die von staatlicher Seite aus für die Sicherheit und den Da-
21 tenschutz von Bürger*innen sorgen, bspw. Software für Personalausweise.
- 22 Dies hat konkret folgende Vorteile:
- 23 1. Da ähnliche Programme nicht komplett neu entwickelt werden müssen können Steuern gespart wer-
24 den. Anpassungen sind somit auch leichter möglich, da der Programmcode öffentlich eingesehen und
25 verstanden werden kann. Die Verwaltungen werden somit befähigt Anpassungen selbst durchzuführen.
26 ren.
 - 27 2. Open-Source-Software fördert die Zusammenarbeit, da alle den Code einsehen können. So können
28 Kosten zwischen den Verwaltungen geteilt werden. Auch können Expertisen aus verschiedenen Berei-
29 chen eingesetzt und ebenfalls geteilt werden.
 - 30 3. Durch transparente Prozesse und Entwicklungen werden Innovationen gefördert, da das Rad nicht dau-
31 ernd neu erfunden werden muss. So kann auf der Entwicklung anderer aufgebaut werden und andere
32 können von den eigenen Entwicklungen profitieren. Zentrale Beschaffungen sollen geprüft werden, um
33 Insellösungen zu vermeiden.
 - 34 4. Da der Quellcode der Software öffentlich ist können Schwachstellen und Sicherheitslücken leichter ge-
35 funden und geschlossen werden. Öffentliche Audits des Code sind so erst überhaupt möglich.
 - 36 5. Durch den Verzicht auf restriktive Lizenzen wird der Wettbewerb gefördert, da somit kein Konzern auf
37 seinem Code "sitzt" und alleine durch sein Monopol Gewinne erwirtschaftet.
 - 38 6. Der Einsatz von Open-Source-Software führt dazu, dass Verwaltungen nicht mehr an einen Dienstleister
39 gebunden sind und somit freier unter diesen wählen können.

40 Hinzu kommt ein zutiefst sozialdemokratisches Prinzip: was von allen bezahlt wird soll auch allen gehören
41 und zur Verfügung stehen! Öffentliches Geld wird somit nicht dafür eingesetzt, das bestehende Monopole
42 verfestigt werden. Auch, wenn die betroffene Software dann Open-Source ist, können Unternehmen weiter-
43 hin hiermit Geld verdienen. Durch Support-Verträge für eine Sicherstellung des reibungslosen Betriebs, der
44 Anwenderschulung oder der schnelle Bearbeitung von Anfragen können die Unternehmen den Verwaltungen
45 Dienstleistungen anbieten, um die Entwicklung zu refinanzieren. Auch ist es möglich, dass Verwaltungen für
46 die priorisierte Bearbeitung von neuen Funktionen die Software-Unternehmen bezahlen. Die genannten Kon-
47 zepte sind in der IT-Branche weit verbreitet und erprobt, sodass auch mit freier und offener Software weiterhin
48 Geld verdient werden kann.

49 Open-Source-Software ist ein modernes, öffentliches Gut, dass es jedem erlaubt die Anwendungen, die täg-
50 lich benutzt werden, frei einzusetzen, zu verstehen und zu teilen. Diese Vorteile sollen auch den öffentlichen
51 Verwaltungen, welche einen essentiellen Teil der demokratischen Infrastruktur bereitstellen, zu Gute kom-
52 men.

53 [1] <https://fsfe.org/freesoftware/basics/summary.html>

F Feminismus, Gleichstellung, Diversität

F Feminismus, Gleichstellung, Diversität

F1	50 Jahre Stonewall – Für eine vollständige rechtliche Gleichstellung von LGBTQI*	12
F2	„Ain't I a Woman?“ – Empowerment von Women of Color	17
F3	Diversität und Realität in der Werbung	18
F4	Kritik an der Prostitution und der Prostitutionskritik	19

F1

50 Jahre Stonewall – Für eine vollständige rechtliche Gleichstellung von LGBTQI*

1 Im Juni 1969 stießen Polizist*innen bei einer Razzia in der Christopher Street in New York zum ersten Mal auf
2 Gegenwehr. In dieser Straße befand sich das Stonewall Inn, eine Bar der LGBTQI*-Szene, in der regelmäßig
3 Polizeirazzien durchgeführt, Gäste aufgeschrieben und sogar festgenommen wurden. Schwule, Lesben und
4 trans* Personen versammelten sich an jenem Tag und standen drei Tage lang für ihre Rechte ein. Das war der
5 Auftakt zur „homosexuellen Befreiung“. Die Community wollte sich nicht mehr verstecken, sondern für ihre
6 Gleichberechtigung kämpfen. Seither findet jedes Jahr ein Gedenkmarsch statt – in Deutschland erinnert seit
7 1979 der Christopher Street Day an die Geschehnisse.

8 In den letzten 50 Jahren konnten erhebliche Fortschritte in LGBTQI*-Rechten beobachtet werden – von der
9 Abschaffung von § 175 StGB bis hin zur Öffnung der Ehe für Alle und der Einführung der „dritten Option“ in
10 den letzten zwei Jahren. Allerdings ist das Ziel – die vollständige gesellschaftliche Akzeptanz und Gleichstel-
11 lung – noch lange nicht erreicht. Auch heute ist Homosexualität noch in 78 Ländern verboten und in acht
12 Ländern sogar unter Todesstrafe gestellt. Jährlich werden weltweit Tausende von Menschen aufgrund ihrer
13 sexuellen Orientierung verfolgt und umgebracht. LGBTQI* Personen werden von ihren Familien verstoßen, in
14 die Unsichtbarkeit gedrängt und schrecklicher Gewalt ausgeliefert. Auch in westlichen Staaten wird mit sexu-
15 ellen Orientierungen sehr unterschiedlich umgegangen. Anfeindungen und auch Gewaltanwendungen gegen
16 LGBTQI* Menschen nehmen allerorten wieder zu. Insbesondere sind noch immer ein sehr binäres Bild von Ge-
17 schlecht und heteronormative Standards vorherrschend. Selbst wenn Schwule und Lesben in der westlichen
18 Welt heute größtenteils heiraten und Kinder adoptieren können, sieht es bei der Akzeptanz von Menschen,
19 die der binären Gendernorm von Mann und Frau nicht entsprechen, noch ganz anders aus. LGBTQI* Rechte
20 dürfen nicht auf Lesben und Schwule beschränkt werden – ein viel breiteres Spektrum muss abgedeckt wer-
21 den, weshalb eine Abkehr von heteronormativem und binärem Denken notwendig ist, in unserer Gesellschaft
22 und in unserem Verband.

23 In diesem Antrag werden einige der aktuellen Stellschrauben zur rechtlichen Gleichberechtigung von LGBT-
24 QI* beschrieben. Der Antrag hat keinesfalls den Anspruch, abschließend zu sein. Stonewall ist und bleibt ein
25 ewiges, aktives Mahnmal – in den Worten von Martin Boyce, der selbst bei den Protesten anwesend war:
26 „Stonewall ist ein Verb, eine Aufforderung zur Tat“.

27 **Aufnahme von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung in GG und AGG**

28 Noch immer ist der Katalog der speziellen Diskriminierungsverbote in Artikel 3 des Grundgesetzes unvoll-
29 ständig: sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität werden nicht erwähnt. Dies wirkt sich bis heute
30 negativ auf die Lebenssituation von LGBTQI* aus. Wer dort nicht genannt wird, läuft Gefahr, in der gesell-
31 schaftlichen und politischen Wirklichkeit ignoriert zu werden. So musste das Bundesverfassungsgericht durch
32 seine Rechtsprechung in den vergangenen Jahren immer wieder gegenüber diskriminierendem staatlichem
33 Handeln korrigierend eingreifen, um den Grundrechten von LGBTQI*-Menschen auf Gleichbehandlung und
34 freie Entfaltung der Persönlichkeit Geltung zu verschaffen. Gerade gegenüber politischen Kräften, die Demo-
35 kratie als Diktatur einer vermeintlichen Mehrheit missverstehen, muss ein inklusives Grundrechteverständnis
36 auch im Verfassungstext besiegelt werden. Fundamentale Normen des Zusammenlebens wie das Diskriminie-
37 rungsverbot müssen in der Verfassung für alle Menschen transparent sein. So wie es in einigen Bundesländern
38 bereits entsprechende Diskriminierungsverbote in der jeweiligen Landesverfassung gibt, müssen diese auf alle
39 Verfassungen ausgeweitet werden.

40 Zudem muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ausgebaut und wirksamer gestaltet werden. So
41 muss auch staatliches Handeln umfassend in den Anwendungsbereich des AGG einbezogen werden. Insbe-
42 sondere müssen die Diskriminierungsgründe erweitert werden, einschließlich der dezidierten Benennung des
43 Diskriminierungsgrundes „geschlechtliche Identität“.

44 Ferner müssen die Ausnahmeregelungen im Arbeitsrecht für Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen
45 gen aufgehoben werden. Es ist einer freien Gesellschaft unwürdig, dass das Eingehen einer gleichgeschlecht-
46 lichen Ehe einer Person den Arbeitsplatz kosten kann.

47 **Verbot von Konversionstherapien**

48 Wir fordern, dass die Durchführung aller Maßnahmen, die versuchen eine Veränderung der sexuellen
49 und/oder geschlechtlichen Identität oder Orientierung hervorzurufen, verboten und unter strafrechtliche Ver-
50 folgung gestellt werden.

51 **Novellierung der Ehe für Alle**

52 Wir stehen für die Überwindung von stereotypen Geschlechterrollen sowie des binären Verständnisses von
53 Geschlechtlichkeit. Der beschlossene Gesetzesentwurf zur Ehe für Alle erfasst nur Menschen gleichen oder
54 verschiedenen Geschlechts. Hierdurch sind insbesondere inter* und nichtbinäre Menschen von der Eheschlie-
55 ßung ausgeschlossen. Die Gesetzgebung hat dies offensichtlich nicht beabsichtigt, sodass mit einer weiteren
56 Novelle die Ehe für wirklich Alle geöffnet werden muss.

57 **Neuregelung des Transsexuellengesetzes (TSG)**

58 Trans* Personen muss es möglich sein, ohne Hürden medizinische und rechtliche Geschlechtsangleichungen
59 vorzunehmen. Daher ist eine Reform des TSG von 1980 längst überfällig – auch, wenn das ursprüngliche Ge-
60 setz aufgrund der zahlreichen verfassungswidrigen Regelungen bereits größtenteils außer Kraft ist. Im TSG
61 ist geregelt, dass trans* Menschen zur rechtlichen Anerkennung der Geschlechtsangleichung zwei Gutachten
62 anfertigen lassen, dafür die Kosten tragen und in einem Gerichtsverfahren die Änderungen von Vornamen
63 und Personenstand beantragen müssen. Dies stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Recht auf Selbstbe-
64 stimmung von trans* Personen dar.

65 Den im Mai 2019 von Justizministerin Barley und Innenminister Seehofer vorgelegten Gesetzesentwurf zur
66 Neufassung des TSG lehnen wir dezidiert ab, da er trans* Menschen keine echte Selbstbestimmung erlaubt.
67 Vielmehr hält er am zur Geschlechtsangleichung notwendigen Gerichtsverfahren fest und ersetzt die notwen-
68 digen Gutachten durch eine sog. ärztliche Geschlechtsidentitätsberatung. Psycholog*innen und Ärzt*innen
69 dürfen weiterhin das Leben, die Identität und den Körper von trans* Menschen bewerten und begutachten.
70 Während zahlreiche europäische Reformen in den letzten Jahre Begutachtungen, Diagnosen und Fremdbestimmungen
71 abgeschafft haben, hält der neue Gesetzesentwurf an der Fremdbestimmung fest, widersetzt
72 sich den europäischen Menschenrechtsgarantien sowie EU-Vorgaben zur Geschlechtergleichstellung und fällt
73 noch weiter hinter seine europäischen Nachbarn zurück. Wir schließen uns der Kritik des Bundesvorstands
74 der AG Akzeptanz und Gleichstellung (*SPDqueer*) an, denn der Gesetzesentwurf ist pathologisierend, diskrimi-
75 nierend und nicht zeitgemäß.

76 Eine Reform des TSG ist längst überfällig, allerdings darf die Neuregelung nicht erneut in einem diskriminie-
77 renden Sondergesetz ergehen, sondern muss in das allgemeine Familienrecht des BGB integriert werden. Da-
78 bei muss beachtet werden, dass für die Änderungen von Vornamen und Personenstand ausschließlich jenes
79 Geschlecht maßgeblich sein darf, mit dem sich die Person identifiziert. Die Namens- und Personenstandsän-
80 derung muss ohne Einholung von Gutachten alleine durch die eindeutige Erklärung eines Menschen bei dem
81 zuständigen Standesamt bzw. dessen Aufsichtsbehörde möglich sein. Dies muss für Minderjährige ab 14 Jah-
82 ren auch ohne Zustimmung der Eltern möglich sein. Minderjährige unter 14 Jahren benötigen grundsätzlich die
83 Zustimmung der Eltern. Die fehlende Zustimmung kann jedoch durch das zuständige Familiengericht ersetzt
84 werden.

85 Gleichzeitig muss die medizinische Geschlechtsangleichung im Wege von Operationen und hormonellen Be-
86 handlungen allen Menschen offenstehen. Geschlechtsangleichende Operationen dürfen nur bei wirksamer
87 Einwilligung der Person erfolgen, an welcher diese durchgeführt werden. Trans* ist keine Krankheit, sondern
88 eine Ausprägung der geschlechtlichen Identität. Die Behandlungen müssen auch Minderjährigen offenstehen,
89 um ungewollte Veränderungen am eigenen Körper (insbesondere durch Einsetzen der Pubertät) verhindern
90 zu können, selbst gegen den Willen der Eltern. Zudem müssen die Kosten für alle geschlechtsangleichenden
91 Behandlungen einheitlich von Krankenkassen übernommen werden. Das Angebot für psychologische Thera-
92 pie muss trans* Personen kostenlos und barrierefrei zur Verfügung gestellt werden.

93 **Abstammungsrechtsreform**

94 Das geltende Abstammungsrecht wird aktuellen Lebensrealitäten nicht ausreichend gerecht, denn die Vielfalt
95 der heutigen Familienkonstellationen und die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin stellen es vor erhebli-
96 che Herausforderungen. Die Schwierigkeiten ergeben sich aus der multiplen Elternschaft, von der neben der
97 Regenbogenfamilie auch andere Familienformen betroffen sind – die bio-genetischen Elternteile sind nicht
98 automatisch auch rechtliche oder soziale Elternteile. In der Folge stellt sich für diese Familien die Frage, mit
99 welchen Rechten und Pflichten soziale Elternteile ausgestattet sind und wie im Alltag mit möglichen Diskre-
100 panzen zwischen rechtlicher und sozialer Elternschaft umgegangen wird. In der gegenwärtigen Situation sind
101 beispielsweise gleichgeschlechtliche Ehepaare zweier Frauen auf eine sehr aufwändige Stiefkindadoption des
102 in der Ehe geborenen Kindes angewiesen; faktische Lebensgemeinschaften zweier Frauen* sind gar ganz von
103 der gemeinsamen rechtlichen Elternschaft ausgeschlossen. Diese Situation ist nicht nur für die betroffenen
104 Frauen*, sondern auch für die Kinder nicht tragbar, denen ein zweites Elternteil zumindest zeitweise, wenn
105 nicht dauerhaft vorenthalten wird und die so im Hinblick auf Unterhaltsansprüche und Erbrecht schlechter
106 gestellt werden.

107 Somit ist eine Anpassung des Abstammungsrechts, welche den vielfältigen real existierende Familienstruktu-
108 ren Rechnung trägt, überfällig. Das Rechtssystem darf keine Hürde für Familiengründungen in neuen Konstel-
109 lationen darstellen.

110 Daher ist der im März 2019 von Justizministerin Barley vorgelegte Entwurf zur Anpassung des Abstammungs-
111 rechts grundsätzlich zu begrüßen. Grundlegend für Barleys Vorhaben ist weiterhin die „genetisch-biologische
112 Verwandtschaft“. Dennoch soll es beispielsweise lesbischen Paaren möglich sein, von Geburt an als rechtliche
113 Eltern eines Kindes zu gelten.

114 Mit dem „Zwei-Eltern-Prinzip“ wird Elternschaft auch weiterhin beschränkt und schwule Eltern können wei-
115 terhin erst durch Adoption vollständig rechtlich Eltern werden. Zwar räumt Barleys Entwurf ein, wie wichtig
116 die „sozio-familiäre Beziehung“ sei, behält jedoch starre Grenzen bei. Der Entwurf bildet noch lange nicht alle
117 Lebensrealitäten ab, weshalb eine grundlegendere Reform notwendig ist.

118 Zudem enthält der Gesetzesentwurf zahlreiche problematische Punkte, wie beispielsweise die bestehende
119 Rechtsunsicherheit für die möglichen Elternteile aufgrund der Unterscheidung zwischen privaten Samenspen-
120 den und ärztlich assistierter künstlicher Befruchtung. Außerdem birgt der Entwurf deutliche Widersprüche
121 gegenüber trans* Personen. Zweigeschlechtlichkeit bleibt zentral, die Rolle der Mutter wird strikt biologisch
122 festgeschrieben und eine dritte Geschlechtsoption wird nicht berücksichtigt. Zwar wird im Gesetzestext ange-
123 kündigt, dass inter* und trans* Menschen jede Rolle in der Elternschaft einnehmen könnten, dies steht jedoch
124 im Widerspruch zum biologischen Mutterschaftsbegriff. Gebärende Männer oder zeugende Frauen ebenso
125 wie diejenigen Personen, die sich nicht einem binären Geschlecht zuordnen wollen, werden dadurch in ihrer
126 geschlechtlichen Selbstbestimmung eingeschränkt.

127 Folglich sind Neuregelungen notwendig, welche die genannten unterschiedlichen Lebensrealitäten und -
128 umstände berücksichtigen.

129 Insbesondere sind klare Regelungen erforderlich, die Rechtssicherheit z.B. bei künstlicher Befruchtung erlau-
130 ben. Dazu gehört die Anerkennung der Elternschaft, z.B. („Mit-“)Mutter*schaft bei lesbischen Paaren, abhängig
131 von der intendierten sozialen Beziehung zum Kind – und die Abkehr von der vorrangig genetisch bestimmten
132 Elternschaft. In dem Zusammenhang ist eine präkonzeptionell zulässige Möglichkeit des bindenden Verzichts
133 des*der Samenspender*in auf Elternrechte einzurichten, die dem Interesse der Mutter*paare an einer gere-
134 gelten Rechtslage ebenso Rechnung tragen würde, wie dem Interesse des*der Samenspender*in daran, nicht
135 entgegen vorheriger Absprache auf Unterhalt in Anspruch genommen zu werden. Ein solcher Verzicht auf
136 Elternrechte muss auch bei privaten Samenspenden möglich sein.

137 Darüber hinaus ist die Kostenubernahme der ärztlich assistierten Insemination für gleichgeschlechtliche Paare
138 über § 27a SGB V sicherzustellen.

139 Zudem ist die Zulässigkeit der Insemination mit Fremdsamen im ärztlichen Berufsrecht ausdrücklich klarzu-
140 stellen und die Frage der Zulässigkeit der assistierten Reproduktion bei gleichgeschlechtlichen Ehegattinnen*,
141 bei Lebenspartnerinnen*, bei gleichgeschlechtlichen eheähnlichen Lebensgemeinschaften von Frauen* und
142 bei alleinstehenden Frauen* zu klären.

143 Weiterhin ist eine grundlegende Reform des Fortpflanzungsmedizinrechts, mitsamt klarer Regelung von Em-
144 bryonenspenden, überfällig. Anderenfalls droht ein unterschwelliger Widerspruch in der Rechtsordnung, wenn

145 das BGB-Familienrecht z.B. die Embryonenspende zumindest eingeschränkt als zulässig voraussetzt. Dieser
 146 Reform muss eine breite Debatte über Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin vorgeschaltet werden, die
 147 auch Themen wie die Eizellspende umfasst.

148 Zuletzt besteht die Notwendigkeit für trans* Eltern, auch im Geburtsregister ihrer Kinder entsprechend dem
 149 gelebten Geschlecht bezeichnet zu werden. Auch der Alltag mit minderjährigen Kindern wird durch eine feh-
 150 lende geschlechtsentsprechende Zuordnung erheblich erschwert. Dies kann durch eine Abkehr von der zwin-
 151 genden Kategorisierung als Vater oder Mutter gewährleistet werden, die den Vorgaben des Bundesverfas-
 152 sungsgerichts hinsichtlich einer „dritten Option“ entsprechen würde.

153 **Recht auf Asyl**

154 Obwohl sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität zumindest im europäischen Asylrecht mittlerwei-
 155 le flächendeckend als Fluchtgrund anerkannt sind, gibt es noch einige gegenläufige Praktiken, die durch das
 156 BAMF und durch Verwaltungsgerichte gepflegt werden. Zum Beispiel werden Asylanträge nicht selten mit der
 157 Begründung abgelehnt, es werde in den Heimatstaaten der Geflüchteten nicht gezielt nach LGBTQI* Personen
 158 gefahndet, weshalb eine dortige strafrechtliche Verfolgung sehr unwahrscheinlich wäre. Dies kommt der Zu-
 159 mutung gleich, im Herkunftsstaat die eigene geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung, und damit
 160 einen Teil der eigenen Identität zu verstecken, um Verfolgung zu vermeiden. Auch aus diesen Gründen lehnen
 161 wir das Prinzip der sicheren Herkunftsstaaten grundsätzlich ab.

162 Eine weitere Hürde für Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität verfolgt wurden,
 163 ist die (öffentliche) Angabe ihrer LGBTQI* Zugehörigkeit als Fluchtgrund anzugeben – insbesondere aufgrund
 164 der gemeinsamen Unterbringung in Unterkünften mit anderen Geflüchteten, wo ein Outing zu erneuten An-
 165 feindungen führen kann. Das Nicht-Angeben bzw. nachträgliche Ändern des Fluchtgrundes kann allerdings
 166 zu erheblichen Problemen im Gerichtsverfahren führen, da es die Aussagen des*der Asylsuchenden für Rich-
 167 ter*innen unglaubhaft erscheinen lassen kann.

168 Eine Reform im Asylverfahren, die sichere Räume für LGBTQI* Geflüchtete schafft und rechtswidrige Praktiken
 169 durch das BAMF und Verwaltungsgerichte unterbindet, ist dringend notwendig.

170 **Fazit**

171 Offensichtlich werden durch die Durchsetzung der beschriebenen Forderungen bestehende Ressentiments,
 172 Diskriminierungen und Gewalt gegen LGBTQI* nicht mit einem Schlag verschwinden. Gegen Hetze und Hass ist
 173 noch viel Aufklärungs- und Präventionsarbeit von Nöten. Dennoch kann Gesetzgebung das Bewusstsein positiv
 174 verändern, das ist empirisch messbar. Und auf dem Weg zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Gleichstellung
 175 ist die vollständige rechtliche Gleichberechtigung ein essenzieller Schritt.

176 Deshalb fordern wir

- 177 • Die Aufnahme von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ins Grundgesetz.
- 178 • Den Ausbau des AGG hinsichtlich sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.
- 179 • Die Abschaffung von Ausnahmeregelungen im Arbeitsrecht von Religionsgemeinschaften.
- 180 • Das Verbot von Konversionstherapien und die strafrechtliche Verfolgung dieser.
- 181 • Novellierung des Ehe für Alle-Gesetzes mit einer Öffnung für nichtbinäre und inter* Menschen.
- 182 • Die Aufhebung des Transsexuellengesetz und eine grundlegende Neuregelung, die der Menschenwür-
 183 de von Trans* gerecht wird. Jede*r sollte im Wege einer eindeutigen Erklärung frei über den eigenen
 184 Geschlechtseintrag entscheiden können, ohne Atteste vorlegen zu müssen. Den vom Justizministerium
 185 vorgelegten Entwurf zur Neuregelung lehnen wir ab.
- 186 • Eine kostenfreie medizinische sowie juristische Geschlechtsangleichung in jedem Fall. Geschlechtsan-
 187 gleichende Operationen dürfen nur bei wirksamer Einwilligung der Person erfolgen, an welcher diese
 188 durchgeführt werden. Krankenkassen müssen für die notwendigen Behandlungen aufkommen.
- 189 • Ein kostenloses und barrierefreies Angebot für psychologische Therapie für trans* Menschen.
- 190 • Eine Neuregelung des Abstammungsrechts, sodass dieses gesellschaftliche Realitäten widerspiegelt
 191 und die Gleichberechtigung von Regenbogenfamilien garantiert.

- 192 • Die Sicherstellung der Kostenübernahme der ärztlich assistierten Insemination für gleichgeschlechtliche Paare über § 27a SGB V.
193
- 194 • Eine Reform im Asylverfahren, die sichere Räume für LGBTQI* Geflüchtete schafft und rechtswidrige
195 Praktiken durch das BAMF und Verwaltungsgerichte unterbindet, ist dringend notwendig.

F2

„Ain't I a Woman?“ – Empowerment von Women of Color

- 1 Im Jahr 1851 stellte Sojourner Truth auf dem Frauenkongress in Akron, Ohio die Frage „Ain't I a Woman?“.
- 2 Allgemeine Frauen*-Rollenbilder und Umgang mit Frauen* entsprechen nicht ihrer Realität, denn sie wird als
3 schwarze Frau* anders behandelt und es werden andere Erwartungen an sie gerichtet. Diesen Unterschied
4 versucht sie den weißen Frauenrechtlerinnen deutlich zu machen.
- 5 Aber auch fast 200 Jahre später ist diese Perspektive immer noch kaum sichtbar. Der „Mainstream-
6 Feminismus“ ist ein Feminismus von und für weiße mittelständische cis-Frauen.
- 7 Um dieser Perspektive einen Namen zu geben, prägte Kimberlé Crenshaw den Begriff Intersektionalität.
- 8 Intersektionalität beschreibt die mehrfache Diskriminierung aufgrund verschiedener Faktoren wie Rassismus,
9 Klassismus, Homo- und Transhate, Behindertenfeindlichkeit und Sexismus. Intersektionalität geht es um die
10 Anerkennung der Schnittmenge (engl.: *intersection*) und das Zusammenspiel dieser, da zum Beispiel eine
11 schwarze Frau* anders diskriminiert ist als eine weiße Frau und anders als ein schwarzer Mann. Zu oft erschei-
12 nen im Kampf gegen Diskriminierung die unterschiedlichen Formen als Auflistung. Dass sich unterschiedliche
13 Diskriminierungsformen in einer Person widerspiegeln können und sie in unterschiedlichen Kontexten auf-
14 grund verschiedener Aspekte ihrer Person sowie auch in dem Zusammenspiel dieser diskriminiert wird, wird
15 oft im Kampf gegen die Unterdrückung und Diskriminierung bestimmter Gruppen nicht mitgedacht, und damit
16 werden diese Personen nicht mitgedacht.
- 17 Da Frauen* als diskriminierte Gruppe im Gegensatz zu anderen benachteiligten Gruppen keine Minderheit
18 sind, finden sich vor allem bei ihnen Schnittmengen, weswegen Intersektionalität meist intersektionaler Fe-
19 minismus bedeutet. Entstanden und geprägt wurde der Begriff durch die Perspektive von *WoC (Women* of*
20 *Color)*.^[1]
- 21 Im politischen Kontext und auch in unserem Verband sind *WoC* stark unterrepräsentiert (noch mal mehr als
22 *PoC (People of Color)* insgesamt).
- 23 Wir wollen, dass die Perspektive von *WoC* in unserem Feminismusverständnis miteingebracht und mitgedacht
24 wird.
- 25 Wir wollen, dass unser Verband diverser wird.
- 26 Wir wollen, dass *WoC* mehr empowert werden.
- 27 Deswegen fordern wir:
- 28 • Vernetzungstreffen von *WoC* innerhalb des Verbands
- 29 Damit *WoC* in unserem Verband und in unseren Debatten sichtbar werden.
- 30 [1] *Of Color* meint hier alle Menschen, die zu Gruppen gehören, die von Rassismus betroffen sind und diesbe-
31 züglich eine gemeinsame Erfahrungsgeschichte haben.

F3

Diversität und Realität in der Werbung

1 Werbung umgibt uns alle jeden Tag und in zunehmenden Ausmaß. Sie spielt mit unrealistischen Erwartungen
2 und unerreichbaren Idealen, die sich vor allem jungen Menschen oft unbewusst zu eigen machen. Die daraus
3 folgende übermäßige Fokussierung auf Körper, Gewicht und Aussehen kann belastende Ausmaße annehmen
4 und ein negatives Körper- und Selbstbild entstehen lassen, wenn nicht sogar zu Essstörungen führen. Auslö-
5 ser dafür können viele Dinge sein, jedoch darf man den soziokulturellen Einfluss nicht außer Acht lassen. In
6 unseren westlichen Wohlstandsgesellschaften wird, oft jungen, Personen vermittelt, dass Schönheit die Vor-
7 aussetzung für ein glückliches und erfolgreiches Leben ist. Und schön sein bedeutet bei uns vor allem, dünn
8 sein. Dies wird einem schnell bewusst, wenn man sich auf Instagram umschaue, aber auch wenn man den
9 Fernseher anschaltet oder einfach nur die Zeitung aufschlägt: In unserer Werbung wird ein Idealbild für Men-
10 schen kreiert, das oft realitätsfern und nicht erreichbar für die meisten Personen ist. Insbesondere Frauen
11 werden auf sexualisierte und objektivierende Weise dargestellt, weshalb wir ein Verbot sexistischer Werbung
12 schon lange fordern. Eine diverse und realistische Darstellung von Körpern ist hingegen kaum zu finden, was
13 zu einem verfälschten Idealbild, besonders für junge Menschen führen kann.

14 Deswegen fordern wir:

- 15 • Eine diverse und realistische Darstellung von Menschen in der Werbung. Darauf kann beispielweise
16 mit Hilfe von Richtlinien hingewirkt werden. Insbesondere Körperschaften des öffentlichen Rechtes
17 müssen angehalten werden, in ihrer Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit für eine solche zu sorgen.
- 18 • Eine deutliche Kennzeichnung von bearbeiteten Personen-Fotos in der Werbung, um das realitätsferne
19 Idealbild, als das zu beschreiben, was es ist.
- 20 • Mehr Anstrengungen bei der Schaffung von Awareness bezüglich des Zusammenhangs von unrealisti-
21 schen Körperbildern in der Werbung und der Gefahr für psychisches und soziales Wohlergehen.

F4

Kritik an der Prostitution und der Prostitutionskritik

1 Die Debatte, ob und wie die politische Linke zum Erwerb von Sex steht, scheint so alt wie die politische Linke. Auch wir Jusos diskutieren und positionierten uns in den vergangenen Jahren, welche Rolle Prostitution in unserem Bild der sozialistischen, und feministischen Gesellschaft hat. Dieser Antrag möchte an die Beschlusslagen seit rot-grüner Regierungszeit (u. a. „Prostitution voll legalisieren!“:2001; „Der Mythos der Freiwilligkeit“:2010; „Sexuelle Dienstleistungen – legal, sicher, transparent“) anknüpfen.

6 **Skandal um Rosi – Prostitutionskritik aus Gründen einer „Sittlichkeit“**

7 Eine Perspektive des prostitutionskritischen Diskurses ist der Erhalt und Schutz des traditionellen Familien- und damit Ehemodells[1]. Ideologische Grundlage dazu gibt hierbei die Moralphilosophie durch den Begriff der „Sittlichkeit“. Prostitution stehe so dem traditionellen Gesellschaftsmodell (in Form der bürgerlichen Gesellschaft) als sittenwidrig gegenüber.

11 Der Materialismus steht in der Tradition, die gesellschaftlichen Verhältnisse eben anhand materieller Ungleichheitsstrukturen (und sich daraus resultierenden Machtverhältnissen) zu analysieren. Eine moralphilosophische Kritik an den Akt des Kaufs und Verkaufs von Sex ist da fehl am Platze. Die außerdem formulierte Kritik daran, dass Frauen (und ihre Sexualität) in den öffentlichen Raum eindringen, ist ein tief sexistischer.

15 Prostitutionskritiken bedeuten von konservativer Seite aus also oft praktisch nur Angriffe auf Prostituierte. Aus jener Richtung gibt es sich grundsätzlich widersprechende Argumentationen gegen das Anbieten und den Verkauf von Sex. Teil davon ist eine Art der moralischen Überhöhung menschlicher Körper, und damit ist explizit nie ein Kampf für sexuelles Selbstbestimmungsrecht gemeint. Vielmehr werden Prostituierte beispielsweise als vermenschlichter Ehebruch stilisiert, oder die Kritik bezieht sich auf den eigentlichen Geschlechtsakt und den offenen und freieren Umgang mit dem Thema Sex. Außerdem wird die Geisteshaltung des gegenseitigen Besitzes und mystischer „Aufspaltung der Jungfräulichkeit“ von Menschen in Beziehungskonstellationen reproduziert, wie es das traditionelle Familien- und Ehemodell hergibt. Prostitutionskritik ist hierbei eigentlich die Kritik an nichtmonogamen Lebensweisen. Hinter der Forderung eines kompromisslosen und sofortigen Verbots der Prostitutionsarbeit steckt somit häufig nur die Keule der „Sittenwidrigkeit“, und kein echter Wille zur Verbesserung der Lebenssituation jener Frauen. Wenn wir Jusos Prostitution kritisieren, tun wir das aus unserem Kampf für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen heraus. Eine ethisch-moralische Kritik an Prostitution aus der geschichtlichen Mottenkiste lehnen wir ab.

28 **Gegen die Gegennorm – Prostitution ist Prostitution bleibt Prostitution**

29 Im Zuge der dritten Welle der Frauenbewegung kam es zum Erstarken eines poststrukturalistischen Feminismus, der explizit Gegennormen hervorruft. Das ist bisweilen auch in jenem feministischen Diskurs erkennbar, der einen Verzicht des Begriffs „Prostitution“ und Ersetzung durch den positiv konnotierteren Begriff „Sexarbeit“ fordert.

33 Im (vor allem queer-)feministischen Diskurs wird so teilweise dazu angeregt, den Begriff „Prostitution“ durch den vermeintlich weniger negativ behafteten Begriff „Sexarbeit“ zu ersetzen[2], der bis dahin jedoch ursprünglich sämtliche einvernehmliche sexuellen und sexualisierten Arbeiten einschließt. Darüberhinaus gibt es die Anregung, beide Begriffe im Diskurs als solche wahrzunehmen, die unterschiedliche Begebenheiten beschreiben. Journalistin und Politikwissenschaftlerin *Antje Schrupp* sieht symbolisch „eine Studentin, die sich als Escort den Lebensunterhalt verdient“ als Sexarbeiterin, und eine „Drogensüchtige [...], die von einem Zuhälter regelmäßig mit Stoff versorgt wird, wenn die ‚anschaffen geht‘“ als Prostituierte; Sie unterscheidet nach der Frage, wie freiwillig die sexuelle Dienstleistung geschieht[3]. Die Einteilung in „Prostitution“ als sexuelle Dienstleistung in einem Milieu der Ausbeutung, und „Sexarbeit“ als sein ‚selbstbestimmter‘ Gegensatz mit fairen Arbeitsbedingungen und guter Entlohnung scheint zunächst sinnvoll, spiegelt es doch vermeintlich den Klassenwiderspruch wider. Die Sexarbeiterin und Aktivistin *Undine de Rivière* lehnt diese Einteilung als unverhältnismäßig

44 ab. „Liebe zum eigenen Job“ sei ohnehin nie Grundrecht, und: „Für keinen anderen Beruf außer der Sexarbeit
45 werden solche Maßstäbe angesetzt [...]“[4].

46 Die begriffliche Unterscheidung zwischen „Prostitution“ und „Sexarbeit“ kann uns helfen, die teils massiven
47 Differenzen, die für die betroffenen Frauen in der Ausübung ihrer Tätigkeit bestehen, zu identifizieren. Das
48 Anbieten sexueller Dienstleistungen unterliegt nicht nur generellen ökonomischen Zwängen, sondern geht
49 häufig mit Gewalt, Freiheitsentzug, Verschleppung und Ausbeutung einher. Hier eignet es sich von „Prosti-
50 tution“ zu sprechen und dies von „Sexarbeit“ abzugrenzen. Einerseits um die untragbare Ausbeutung jener
51 Frauen nicht zu verschleiern, andererseits um Sexarbeiterinnen mit besser annehmbaren Bedingungen nicht
52 die Freiwilligkeit und Selbstbestimmung abzusprechen.

53 Allerdings sollten wir uns davor hüten, die meisten Verhältnisse sexueller Dienstleistungen als „Sexarbeit“ zu
54 bezeichnen, wie es doch häufig zu geschehen scheint. So wird nämlich der patriarchale Verfügungscharakter
55 von Männern über Frauen, der den meisten Verhältnissen sexueller Dienstleistung innewohnt, verdeckt. In
56 vielen Fällen können wir also den Erwerb von Sex mit dem Begriff „Prostitution“ bei seinem kapitalistisch-
57 patriarchalen Namen nennen.

58 Eine unzureichende Kritik an Prostitution verkürzt ihn – wenn überhaupt – auf einen Arbeitskampf, also ei-
59 nen Kampf für bessere Arbeit- und Lebensbedingungen, oder einen Kampf sich prostituierender Frauen um
60 Anerkennung. Oftmals werden hierbei Gallionsfiguren eines etwaigen „Sex-Business“ nach vorne gestellt, die
61 keine erkennbare Migrationserfahrung haben, selbst von im Branchenvergleich überdurchschnittlich gutem
62 eigenem Einkommen berichten, und so den neoliberalen Aufstiegs-Mythos zu einem „von der Sexarbeiterin
63 zur Millionärin“ umdeuten. Teil davon ist ein der die prekäre Situation von vornehmlich immigrierten sich pro-
64 stituierten Frauen relativierender Vergleich mit der Existenz von männlichen Prostituierten; Prostitution sei ja
65 schließlich nicht auf Frauen beschränkt. Neben zu Ende gedachter Kapitalismuskritik fehlt 77so oft auch der
66 Blick auf das sich durch Prostitution ergebende geschlechterspezifische Machtgefälle. Ein gesellschaftlicher
67 Blick auf Prostitution, der neben sich prostituierenden Frauen sämtliche weitere Akteur*innen (so womöglich
68 auch Freier) zu Opfern stilisiert, und damit patriarchale Strukturen verkennt, kann keine ansprechende Antwort
69 auf die Frage geben, wie wir gesellschaftlich und politisch mit Prostitution umgehen.

70 **Superdiskurs**

71 Während die rot-grüne Regierungsmehrheit zu Beginn dieses Jahrtausends ihren gesellschaftlichen Progres-
72 sivismus als einen solchen verstand, der als Antwort auf Konservative Prostitution versucht hat aus der „ver-
73 ruchten Ecke“ zu holen, hatten rotgrüne Kräfte in skandinavischen Ländern ein eigenes Verständnis von Fort-
74 schritt in diesem Bereich, und diskutierten den Akt der Prostitution kritischer. Aus diesen Debatten entstand
75 die „Superdiskurs-These“ die bekräftigt, dass die Rechtfertigung von Prostitution kein einheitliches ideologi-
76 sches Fundament habe: Prostituierte würden wahlweise als Frauenrechtlerinnen dargestellt, wenn es um den
77 Kampf für sexuelle Selbstbestimmung ginge, als Unternehmerinnen, wenn es um Rechtfertigung innerhalb
78 der kapitalistischen Logik ginge, oder als Arbeiterinnen, die für ihre Arbeitsrechte stritten. Die Tatsache, dass
79 Pro-Prostitutionskampagnen und Argumentationsfindungen vielfach von der Wirtschaft finanziert würden[5],
80 stellt die bekannten Wirkungskräfte der Systeme von Kapitalismus und Patriarchat da, die eine ideologische
81 Vereinnahmung ermöglichen. Diese Vereinnahmung macht eine legitime Kritik an Prostitution schwierig und
82 erfordert Differenzierung.

83 **Prostitution in der sozialistischen Gesellschaft**

84 Ohne zu verkennen, dass es auch von Menschen, die nicht Frauen sind, ausgeübte, und an Menschen, die nicht
85 Männer sind, gerichtete Prostitution gibt, sehen und mahnen wir eine strukturelle, von Männern an Frauen
86 vollzogene, Einforderung an die Ware Sex. Prostitution spiegelt so im Grundsatz das patriarchale Machtgefälle
87 zwischen den Geschlechtern wider. Wir Jusos können uns aus diesem Grund keine menschliche, also antisexis-
88 tische Gesellschaft vorstellen, die Prostitution beinhaltet. Ganz besonders prekär ist diese Prostitution durch
89 ihre Wirkung in der Schnittstelle zwischen dem patriarchalen und kapitalistischen System. Wir sehen, dass im
90 gesellschaftlichen Diskurs von Akteur*innen aus unterschiedlichsten Richtungen dieses grundsätzliche Macht-
91 gefälle, sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der allermeisten Prostituierten relativiert oder negiert wird.
92 Dem stellen wir uns entgegen.

93 Jedoch schließen nicht alle Sexarbeiten (im eigentlichen Wortsinn) eine Objektifizierung der Dienstleistenden
94 ein. Aus diesem Grund gehören auch nicht alle Sexarbeiten politisch bekämpft. Ein Beispiel bilden Surrogat-

95 partner*innen, die beispielsweise Menschen mit Behinderung/en zu erotischen und/oder sexuellen Handlungen befähigen.

97 **Prostitution in der patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft**

98 „Sexuelle Selbstbestimmung ist ebenso ein Grundrecht, wie sexuelle Bedürfnisse Teil der Entfaltung der Persönlichkeit sind. Sexuelle Dienstleistungen waren und sind Teil unserer Lebenswirklichkeit. Sie verbieten zu wollen ist nicht nur illusorisch, sondern ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht aller, die ihnen ohne Zwang nachgehen. Niemand soll aufgrund von Gewalt oder Not gezwungen sein, dieser oder einer anderen Tätigkeit unfreiwillig nachzugehen. Jene, die es tun, sollen nicht ungerechten Marktbedingungen oder unzureichenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt sein. Deshalb gilt es diese Dienstleistungen, wie jede andere legal, sicher und transparent in unser Wirtschaftsgeschehen zu integrieren.“

105 – Beschlusslage: A10 „Sexuelle Dienstleistungen – legal, sicher, transparent“, BuKo 2014

106 Wir Jusos kennen die gelebten Realitäten dieser sexistischen Gesellschaft im Kapitalismus an. Dazu gehört, dass ein striktes Verbot der Prostitution den von Ausbeutung betroffenen Menschen nur schadet, da es sie in die Illegalität, und heraus aus Schutzmechanismen durch Regulierungen zwingt.

109 Das aus dem skandinavischen Diskurs entstandene „nordische Modell“, das ein Sexkaufverbot und ausschließliche Ächtung von Freiern vorsieht, scheint die Prostitution nur aus dem öffentlichen Raum in private Wohnungen verlagert zu haben. Und obwohl sich Prostituierte vor keiner Strafverfolgung fürchten müssen, wird Repression auf sie ausgeübt, weil die Umstände, die sie zur Prostitution bringen, damit nicht verschwinden. Auch ein Sozialstaat, der besonders auf soziale Absicherung von Frauen abzielt, und so die Prostitution für Frauen finanziell nicht mehr nötig macht, verschiebt und/oder verstärkt das Problem gar, da immigrierte Frauen mit weniger Sprachkenntnissen und geringeren Kenntnissen über Möglichkeiten der Opferberatung nun ihre Rolle einnehmen. Das macht einen gemeinsamen, europäischen Umgang mit dem Thema Prostitution, sowie insbesondere ein gemeinsames Sozialsystem mit einheitlichen Regelungen unabdingbar.

118 Wenn im gesellschaftlichen Diskurs davon die Rede ist, dass Deutschland das liberalste Prostitutionsgesetz habe, dann trifft das nur auf Freier zu. Diese erfahren durch das 2002 eingeführte Gesetz tatsächlich weniger Repression, da der Sexkauf auch für sie voll legalisiert wurde. Prostituierte jedoch nehmen die neue Gesetzgebung eher als Gängelung wahr. Jene, die tatsächlich von den Regelungen, sowie den im Jahr 2017 durch das Prostituiertenschutzgesetz (ProSchG) hinzugekommenen, profitieren würden, betreffen diese Schutzmechanismen durch mangelnde Kontrolle und inkonsequenter Umsetzung gar nicht.

124 **Beschluss – Deshalb fordern wir:**

- 125 • „Liberalisierung“ der Prostitutionsgesetzgebung bedeutet für uns Überwindung staatlicher Repression an Prostituierte, nicht jedoch Abwesenheit staatlicher Kontrollstrukturen. Auch Prostituierten muss soziale Absicherung gewiss sein (wie in Beschlusslage 2014 festgehalten). Eine Novellierung des Prostituiertenschutzgesetzes, das unterstützt und nicht überwacht und in enger Absprache mit organisierten Sexarbeiter*innen und Prostituierten passiert, ist unumgänglich.
- 130 • Staatliche Ordnung muss als Schützer*in der Rechte von Prostituierten auftreten, mit enttabuisiertem Umgang mit Prostituierten
- 132 • Der Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution muss intensiviert und die Rechte Betroffener gestärkt werden. Betroffene von Menschenhandel sollen unabhängig von ihrem Zeug*innenstatus aus humanitären Gründen aufgrund der erlittenen Menschenrechtsverletzungen Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten. Die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht wegen Gefährdung im Herkunftsland müssen gesenkt werden, sodass Opfer von Menschenhandel einen Rechtsanspruch darauf erhalten. Opferzeug*innen ist während ihres Aufenthalts eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, außerdem sind ihnen ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten. Beratungsstellen und Unterbringungsmöglichkeiten für Opfer von Menschenhandel müssen weiterhin ausreichend staatlich finanziert werden, außerdem bedarf es eines besseren Schutzes für Mitarbeiter*innen von Beratungsstellen, vor allem sollten sie ein Zeugnisverweigerungsrecht erhalten.“
- 142 • Da Prostitution aus dem Machtgefälle zwischen den Geschlechtern resultiert, und staatliche Strukturen diese Machtverhältnisse nur verfestigen, oder (wie andere Institutionen dieser Gesellschaft) höchstens marginal beeinflussen kann, ist der richtige Weg nicht das Verbot der Prostitution, sondern der Kampf

145 gegen jene Machtgefälle. Wir brauchen ein gesamtgesellschaftliches Umdenken und nicht weniger als
146 die Gleichberechtigung der Geschlechter.

147 • Die Unterstützung von und den Dialog mit Organisationen und Verbänden, wie dem Berufsverband für
148 erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V., innerhalb dessen sich Sexarbeiter*innen und Prostituierte
149 organisieren können

150 [1]Der Zusammenhang von Prostitution und „Wilder Ehe“ in der Diskursforschung beschäftigt u. a. Elisabeth
151 Hill/Mark Bibbert (2019).

152 [2]Vgl. bspw. Carolin Küppers:2016

153 [3]Vgl. bspw. Antje Schrupp in ZEIT:2018/05

154 [4] Vgl. Undine de Rivière:2018

155 [5] 4 Vgl. bspw. Ekman:2016

I Innenpolitik, Demokratie

I Innenpolitik, Demokratie

12	Stärkung des Rechts auf (Wieder-)Einbürgerung von Verfolgten des NS-Regimes und ihrer Nachkommen	24
16	Für ein progressives Staatsangehörigkeitsgesetz!	27

12

Stärkung des Rechts auf (Wieder-)Einbürgerung von Verfolgten des NS-Regimes und ihrer Nachkommen

1 „No Border – No Nation!“ Als Jungsozialist*innen haben wir zu Recht den Anspruch, dass dieser bekannte De-
2 mospruch Realität wird, wenn es um Migration, Aufenthaltsrechte und Einbürgerung geht. Wie weit wir aber
3 davon noch entfernt sind, selbst in Fällen wo der politische Konsens relativ groß sein sollte, zeigt die Geschich-
4 te und die darauf fußende aktuelle Debatte über die (Wieder-)Einbürgerung der Verfolgten des NS-Regimes.
5 Über Jahrzehnte scheiterten Anträge an den rigiden Auflagen deutscher Verwaltungen und es wurde dadurch
6 besonders verfolgten Jüd*innen und ihren Nachkommen enorm erschwert, die deutsche Staatsangehörigkeit
7 (wieder) zu erlangen. Dieses Mindestmaß an Wiedergutmachung wurde nach 1945 also gerade den Menschen,
8 die dem deutschen Vernichtungsapparat oft nur knapp entkommen konnten, gar nicht oder nur entgegen
9 größter Widerstände und Hürden zuerkannt.

10 Neu aufgekommen ist die Debatte über die Probleme für die NS-Verfolgten und ihrer Nachkommen beim
11 (Wieder-)Erhalt der deutschen Staatsbürger*innenschaft im Zuge des Brexits. Einige Nachfahren der in das
12 Vereinigte Königreich geflohenen Jüd*innen wollten angesichts des drohenden EU-Austritts die deutsche
13 Staatsangehörigkeit annehmen. Dabei traten die bestehenden Hürden einmal mehr zum Vorschein, sodass
14 nun auch deutsche Politiker*innen handeln wollen.

15 Im Folgenden soll nun das Problem sowie seine Geschichte näher beschrieben und der für uns Jungsozialist*in-
16 nen richtige Lösungsansatz, der den Opfern der Nationalsozialist*innen gerecht wird, definiert werden.

17 **Wie kam es zum Verlust der Staatsbürger*innenschaft und was erschwert die (Wieder-)Einbürgerun-** 18 **gen?**

19 Die Nationalsozialist*innen nutzten schon ab 1933 die Möglichkeit der Ausbürgerung um politische Gegner*in-
20 nen in der Emigration zu behindern und sich ihr Vermögen anzueignen. Hierzu erließen sie am 14. April 1933
21 das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“.
22 Dieses ermöglichte es Menschen, die nach der Novemberrevolution eingebürgert wurden, die sich gerade im
23 Ausland aufhielten, die „gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk“ verstießen oder die einer Aufforde-
24 rung zur Rückkehr nicht nachkamen, die Staatsangehörigkeit zu entziehen. Damit einher ging auch die Möglich-
25 keit zur Beschlagnahmung des Vermögens der Ausgebürgerten, welches spätestens nach zwei Jahren an das
26 NS-Regime fiel. Insgesamt wurden 359 Ausbürgerungslisten auf Grundlage dieses Gesetzes erlassen.

27 In den folgenden Jahren der NS-Herrschaft wurde der Entzug der Staatsbürger*innenschaft auch Teil der sys-
28 tematischen Verfolgung und Ermordung deutscher Jüd*innen und der Aneignung ihres Vermögens. So reichte
29 für jüdische Menschen schon das Verlassen des deutschen Staatsgebietes aus, um Gefahr zu laufen ihre Staats-
30 angehörigkeit zu verlieren, da sie hiermit laut Rechtsauslegung der Nationalsozialist*innen bereits „gegen die
31 Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk“ verstoßen hätten.

32 Mit der elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz aus dem Jahre 1941 erfolgte dann eine Massenausbürge-
33 rung jüdischer Menschen, die das Staatsgebiet verließen, unabhängig ob sie ins Ausland geflohen oder von
34 den Nationalsozialist*innen deportiert worden waren. Ihr Vermögen enteignete der NS-Staat.

35 Das hier geschehene Unrecht gegenüber politischen Oppositionellen in der Emigration und Jüdinnen* und
36 Juden* in der Verfolgung und Deportation sollte zumindest hinsichtlich des Verlustes der Staatsbürger*innen-
37 schaft bereits mit dem neuen Grundgesetz anerkannt werden. Maßgeblich hierfür ist der Artikel 116, welcher
38 den Betroffenen ein Recht auf Wiedererlangung der Staatsangehörigkeit zuspricht:

39 „Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsange-
40 hörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf
41 Antrag wieder einzubürgern [...]“ – Art.116 GG (2)

42 Die verständliche Annahme, dass mit diesem Grundgesetzartikel für alle Verfolgten des NS-Regimes und ihre
43 Nachkommen die (Wieder-)Einbürgerung gesichert wurde, ist allerdings falsch. Viele Gruppen, die durch den
44 deutschen Faschismus ihre Staatsbürger*innenschaft verloren haben, sowie deren Nachfahren sind bis heute
45 nicht rechtlich abgesichert, was den (Wieder-)Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit betrifft.

46 Schwierig ist dies z.B. für diejenigen, die in der Emigration eine neue Staatsangehörigkeit angenommen haben,
47 bevor ihnen die deutsche von den Nationalsozialist*innen offiziell entzogen wurde. Ein solcher Nationalitäts-
48 wechsel kann, ungeachtet aller Umstände von drohender oder bereits erfolgter Unterdrückung, Verfolgung
49 und Ermordung im NS-Staat, als „freiwillig“ eingestuft werden und gefährdet eine Einbürgerung des*der Be-
50 troffenen oder ihrer*seiner Nachkommen.

51 Gerade für die „Abkömmlinge“, wie es das Grundgesetz formuliert, von Jüd*innen und anderen im National-
52 sozialismus Verfolgten ist die Situation komplex bis unüberschaubar. Denn wer nun als Nachkomme unter
53 den Begriff „Abkömmling“ fällt, ist Sache des deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes. Dieses beruht allerdings
54 noch auf dem „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz“ von 1913 und hat in der Bundesrepublik einige Ver-
55 änderungen durch Rechtsprechung und Gesetzgebung erfahren. So erfolgte die Weitergabe der deutschen
56 Staatsangehörigkeit z.B. zunächst nur über den Vater und erst später auch durch die Mutter oder uneheliche
57 Elternteile. Relevant wird dies für die Nachkommen von Verfolgten des NS-Regimes dadurch, dass nach einer
58 Zeit eher liberaler Einbürgerungspraxis für die potentiell von Artikel 116 betroffenen, ein Urteil des Bundesver-
59 waltungsgerichtes 1983 entschieden hat, dass die Personen oder ihre Vorfahren zum Zeitpunkt ihrer Geburt
60 einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit gehabt hätten müssten.

61 Da nun einige der oben angesprochenen Änderungen der Weitergabe der Staatsbürger*innenschaft nicht
62 oder nur bis zu gewissen Stichtagen rückwirkend greifen, kann dies zum Ausschluss von Nachkommen führen.
63 Ein mögliches Beispiel dafür wären die Kinder von Jüdinnen, die in der Emigration einen Mann anderer Staats-
64 angehörigkeit geheiratet haben und vor dem 1. April 1953 Mutter wurden. Diese Kinder und ihre Nachfahren
65 haben nach aktueller Praxis des Staatsangehörigkeitsrechtes keinen festen Anspruch auf eine Einbürgerung,
66 trotz der Verfolgung ihrer Vorfahren durch Nazi-Deutschland.

67 Es bleibt zusammenzufassen, dass der Anspruch auf (Wieder-)Einbürgerung, den das Grundgesetz in groben
68 Zügen formuliert, bis heute noch nicht vollkommen realisiert wurde. Gerade auch, da bisher eine klare politi-
69 sche Antwort auf das Problem vermieden und stattdessen auf eine Lösung durch eine Revision oder Neuaus-
70 legung durch die Gerichtsbarkeit gehofft wurde.

71 Wenn aktuell Jüd*innen oder andere Verfolgte des NS-Regimes und ihrer Nachkommen trotz der oben be-
72 schriebenen Hürden und Ausschlusskriterien eingebürgert werden, sind dies zumeist Ermessenseinbürgerun-
73 gen auf der Grundlage von Verwaltungsvorschriften, die die Bundesregierung erlassen hat.

74 **Wie will die Politik handeln und was muss aus jungsozialistischer Perspektive getan werden?**

75 Genau an dieser Stelle will nun auch die aktuelle Bundesregierung ansetzen, indem sie die Möglichkeiten für
76 Ermessenseinbürgerungen ausweitet, um so möglichst schnell weitere Einbürgerungen zu ermöglichen. Mit
77 eben jener Begründung lehnt sie auch die Vorschläge linker Oppositionsparteien ab, eine Neuregelung über
78 ein Gesetz im Staatsangehörigkeitsrecht zu verankern.

79 Doch nur eine solche Gesetzeslösung kann unserem jungsozialistischen Anspruch gerecht werden und wird
80 auch von Betroffenen aus der „116er Gruppe“[1] favorisiert. Kein Erlass kann allen rassistisch, politisch oder
81 religiös Verfolgten des NS-Regimes und ihren Nachkommen die Rechtssicherheit geben, die ihnen nach dem
82 Unrecht, das ihnen oder ihren Familien durch Deutschland widerfahren ist, zusteht. Denn mit einer Aus-
83 weitung der Ermessenseinbürgerungen bleibt es eine Sache deutscher Bürokrat*innen über den Erhalt oder
84 Nichterhalt der deutschen Staatsangehörigkeit zu entscheiden – ein Einfallstor für Willkür. Außerdem wür-
85 de eine gesetzliche Neuregelung den Rechtsweg bei trotzdem erfolgten Ablehnungen durch die geschaffene
86 Eindeutigkeit erleichtern.

87 – Deshalb fordern wir als Jungsozialist*innen ein Gesetz, welches den Anspruch nationalsozialistisch Verfolgter
88 und deren Nachkommen auf (Wieder-)Einbürgerung im Staatsangehörigkeitsrecht klar verankert und mit all
89 den hier beschriebenen und darüber hinausgehenden Hürden und Ausnahmeregelungen Schluss macht. Ein
90 solches Gesetz würde wenigstens ein Mindestmaß an Gerechtigkeit für die Betroffenen verwirklichen.

91 – Des Weiteren fordern wir die SPD auf, eine solche Lösung innerhalb der Regierungskoalition zu forcieren oder

92 sich den Vorschlägen der progressiven Oppositionsparteien anzuschließen, sollte ein den oben formulierten
93 Anspruch erfüllender Antrag in den Bundestag eingebracht werden.

94 Die Anerkennung und Wiedergutmachung gegenüber den Verfolgten des NS-Regimes, gerade den Jüdinnen*
95 und Juden*, ist in der Nachkriegsgeschichte an vielen Stellen nicht erfolgt oder musste von den Opfern des
96 deutschen Faschismus erst selbst mühsam erkämpft werden. Dieser Teil des antifaschistischen Einsatzes ist
97 auch heutzutage bittere Realität.

98 Lasst uns Jungsozialist*innen weiter Vorkämpfer*innen gegen das bestehende Unrecht sein und für die
99 (Wieder-) Einbürgerung der Verfolgten, als ein Teil der Aufarbeitung und Wiedergutmachung des deutschen
100 Terrors, energisch eintreten.

101 **Alerta!**

102 [1] Die „116er Gruppe“ ist ein Zusammenschluss von britischen Nachfahren geflohener Jüd*innen, die sich
103 aktuell um den Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit bemühen und dabei an den bestehenden Hürden
104 scheitern.

16

Für ein progressives Staatsangehörigkeitsgesetz!

1

- 2 § 4 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) soll dahingehend ergänzt werden, dass ein Kind die deutsche
3 Staatsangehörigkeit mit Geburt erwirbt, wenn es auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ge-
4 boren wird oder der Hauptwohnsitz mindestens eines Elternteils in Deutschland ist.

K Kommunales

K Kommunales

K1	Impulse für starke Kommunalwahlprogramme	29
----	------------------------------------------	----

K1

Impulse für starke Kommunalwahlprogramme

1 Kommunalwahlen 2020

2 Im Herbst 2020 stehen in NRW die Kommunalwahlen an. Die SPD wird dabei stark gefordert sein. In vielen
 3 Städten und Landkreisen arbeiten Jusos seit vielen Jahren daran eine fortschrittliche Kommunalpolitik zu ge-
 4 stalten. Als NRW Jusos wollen wir dabei Anstöße geben. Bei unserem diesjährigen Kommunal-Camp haben wir
 5 uns vier Tage intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Die Landesebene kann keine Kommunalwahl-
 6 programme ausarbeiten. Aber wir können Impulse setzen. Dies ist kein Grundsatz-Antrag zur Kommune der
 7 Zukunft – dies ist eine Vorlage, bei der sich Juso-Unterbezirke Ideen für ihr lokales Wahlprogramm holen kön-
 8 nen, um dann hoffentlich personell und inhaltlich stark in die nächste Wahlperiode gehen zu können.

9 Wohnen

10 Wir Jusos wollen eine Kommune, in der Wohnen kein Luxus ist. Es soll keine Stadtteile für Reiche und Stadtteile
 11 für Arme geben. Wir wollen eine sozial durchmischte Stadt.

- 12 • Für bezahlbaren Wohnraum braucht es sozialen Wohnungsbau durch kommunale Baugesellschaften
 13 oder Genoss*innenschaften. Wir stehen mittelfristig für eine landeseigene Wohnbaugesellschaft.
- 14 • Aktive Stadtplanung: Soziale Durchmischung kann im Stadtrat ermöglicht werden, z.B. über eine Quote
 15 für sozialen Wohnraum bei Neubaugebieten. Dazu gehört außerdem eine Berücksichtigung der dezentralen
 16 Stadtplanung, die es ermöglicht auch außerhalb der Innenstadt gut leben zu können ohne weite
 17 Wege zurücklegen zu müssen, um Erledigungen zu tätigen. Außerdem muss die Quartierspflege allen
 18 Vierteln einer Kommune zugutekommen, um dadurch auch das Sicherheitsgefühl zu verbessern und
 19 diese nicht verkommen zu lassen durch Verwahrlosung oder beschädigte Gebäude.
- 20 • Mehrgenerationenwohnen bringt die Stärken und Schwächen verschiedener Altersklassen zusammen,
 21 sodass alle davon profitieren.
- 22 • Milieuschutzsatzungen können verhindern, dass Viertel gentrifiziert werden, also dass Menschen, die
 23 dort schon lange wohnen, aber wenig Geld haben, durch Luxussanierungen o.ä. verdrängt werden.
- 24 • Boden darf nicht mehr privatisiert werden. Denn für sozialen Wohnungsbau braucht es Flächen, auf
 25 denen gebaut werden kann. Mit jedem verkauften Quadratmeter nimmt sich eine Kommune Hand-
 26 lungsspielraum. Um das zu lösen müssen Flächen zurückgekauft werden und in Zukunft mit dem Erb-
 27 baurecht und Bodenfonds gearbeitet werden.

28 Infrastruktur und Verkehr

29 Jede Kommune, ob Stadt oder Land, braucht einen funktionierenden, klimafreundlichen, ticketfreien und bar-
 30 riererefreien öffentlichen Personennahverkehr. In ländlichen Kommunen braucht es massive Investitionen in
 31 öffentlichen Verkehr, damit tatsächlich alle Einwohner*innen diesen nutzen können. In städtischen Räumen
 32 fordern wir eine Umrüstung von motorisiertem Individualverkehr und möglichst ganzheitliche, emissionsfreie
 33 Lösungen. Wir fordern nicht weniger als eine komplette Verkehrswende.

- 34 • Die Fahrzeuge der öffentlichen Hand (Postwagen, Dienstfahrzeuge, Ordnungsamt, Straßenreinigung)
 35 sollen auf Elektro- oder Wasserstoff-Hybridfahrzeuge umgerüstet werden.
- 36 • Es braucht massive Investitionen in klimafreundlichen öffentlichen Personennahverkehr und Nacht-
 37 fahrpläne müssen ausgebaut werden. Die Echtzeitkommunikation zwischen den verkehrsbetriebenden
 38 Betrieben und den Kund*innen muss verbessert werden.
- 39 • Verschiedene Verkehrsmittel müssen leichter und kostengünstiger miteinander kombiniert werden.

- 40 • Die einzelnen Verkehrsverbünde müssen Lösungen für einen besseren Übergang zwischen ihren Ge-
- 41 bieten anbieten. Außerdem muss der Pendler*innenverkehr stärker berücksichtigt, um auch ein Leben
- 42 außerhalb der Stadt oder am Stadtrandgebiet attraktiv zu machen und durch eine bessere Anbindung
- 43 in die Innenstadt, eine Dezentralisierung zu unterstützen.
- 44 • Radwege und Radschnellwege müssen ausgebaut werden.
- 45 • Die Innenstädte müssen von dem massiven Verkehrsaufkommen entlastet werden, der motorisierte
- 46 Individualverkehr muss zugunsten des ÖPNVs zurückgefahren werden. Ausgenommen sind Lieferver-
- 47 kehre.
- 48 • In weniger dicht besiedelten und ländlichen Räumen muss es spezifische Lösungen geben, um Mobilität
- 49 für alle zu gewährleisten. Der Ausbau von Buslinien, die Entwicklung kommunaler ÖPNV-Apps als Wei-
- 50 terentwicklung von Anruf-Sammel-Taxis, der Ausbau von öffentlichen Car-Sharing-Projekten und eine
- 51 Prüfung, ob stillgelegte Schienennetze wieder reaktiviert werden können, liefern konkrete Ansätze.
- 52 • Die digitale Infrastruktur muss insgesamt ausgebaut werden und sich vor allem an der Herstellung
- 53 gleichwertiger Lebensverhältnisse und nicht an Wirtschaftlichkeit orientieren.

54 **Jugend**

55 Gerade Kommunen in strukturschwachen Räumen werden für junge Menschen immer unattraktiver. Wir Jusos
 56 wollen Kommunen schaffen, die auch für die jungen Menschen Perspektiven bieten, die nicht in die Metropo-
 57 len ziehen wollen oder können. Eine Politik für die Jugend braucht daher:

- 58 • eine stärkere Beteiligung an städtischen Entscheidungen, denn Jugendpolitik darf nicht ausschließlich
- 59 von älteren Generationen beschlossen werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass es sich bei den
- 60 Formen von jugendlicher Beteiligung um offene Formate handelt und anstatt von Elitenprojekten allen
- 61 Jugendlichen einer Kommune die Möglichkeit zur Mitsprache und Beteiligung gegeben wird.
- 62 • die Förderung und den Ausbau von Jugend- und Freizeitzentren, denn diese schaffen Räume der Krea-
- 63 tivität und der Entspannung.

64 **Schule und Bildung**

65 Bildung findet für uns nicht nur in der (Hoch-)Schule statt, sondern geht von der KiTa bis zur Volkshochschule
 66 und darüber hinaus.

- 67 • Wir fordern einen massiven Ausbau von KiTa- & KiGa-Plätzen, der kostenlos für alle Kinder ist und nicht
- 68 nur dort, wo es sich Städte und Kommunen leisten können.
- 69 • Inklusive und ganztägige Gesamtschulen müssen ausgebaut werden.
- 70 • Die Gebäudeinfrastruktur von Bildungsstätten muss von den Toiletten, über die Wärmedämmung bis
- 71 hin zum Medienraum wo nötig saniert.
- 72 • Auszubildende und Studierende müssen gemeinsam in Berufsbildungszentren lernen können.
- 73 • Kommunen müssen sicherstellen, dass sich Menschen auch im Erwachsenenalter beruflich weiter- und
- 74 fortbilden können, auch an Berufsschulen
- 75 • Lebenslanges Lernen muss für jede*n ermöglicht werden.

76 **Umwelt und Natur**

77 In der aktuellen Debatte um den Klimawandel fällt vor allem auf: Die meisten Diskussionen drehen sich rund
 78 um Grundsatzentscheidungen, die oftmals noch nicht mal auf der Bundesebene gefällt werden können. Denn
 79 der Klimawandel ist ein globaler. Trotzdem ist es auch auf kommunaler Ebene möglich einen Teil zu einer
 80 geschützten Umwelt und Vielfalt der Natur beizutragen.

- 81 • Kommunen müssen gegen Flächenversiegelung vorgehen und diesen Ansatz in die Planungspolitik ein-
- 82 binden.
- 83 • Die Gülleausfuhr auf landwirtschaftlichen Flächen muss aus ökologischen und gesundheitsschädlichen
- 84 Gründen strikter reglementiert und verringert werden.

- 85 • Wälder müssen aufgeforstet und die natürliche Artenvielfalt erhalten werden. Hierzu gehört auch eine
- 86 insektenfreundliche Grünflächenplanung, das Ansiedeln von Bienenvölkern und die Einrichtung von
- 87 Schutzräumen für Fledermäuse, Vögel und Wildinsekten.
- 88 • Stehende Gewässer und Fließgewässer müssen geschützt werden.
- 89 • Öffentliche Beete, Obststräucher und -bäume sollen angeboten werden.
- 90 • Die Dächer von öffentlichen Gebäuden und Bushäuschen müssen wir begrünen oder mit Solaranlagen
- 91 ausstatten.
- 92 • Bei Planungsvorhaben muss die Schaffung von Grünflächen in Neubaugebieten und neuen Wohnanla-
- 93 gen vorgeschrieben werden.

94 **Verwaltung**

- 95 Öffentliche Verwaltungen werden gerne mit Bürokratiemonster verglichen. Unsere Vision ist eine bürger*in-
- 96 nennahe Verwaltung.
- 97 • Auch in der Verwaltung muss die Digitalisierung Einzug finden, sei es durch einfache Online-
 - 98 Antragstellungen oder bürger*innenfreundliche Web-Präsenzen.
 - 99 • Gerade öffentliche Verwaltungen müssen den Querschnitt der Gesellschaft abbilden, also mehr Frauen
 - 100 in führenden Positionen, auch und erst recht in technischen Berufen.
 - 101 • Die Spitzenpositionen und leitenden Gremien der kommunalen Töchterunternehmen müssen eben-
 - 102 falls paritätisch besetzt werden.

103 **Gesundheitsversorgung**

- 104 Kommunen und Städte müssen eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung sicherstellen.
- 105 • Gerade in ländlichen Räumen dürfen Einwohner*innen nicht von der medizinischen Grundversorgung
 - 106 abgehängt werden. Dazu gehören nicht nur Krankenhäuser, sondern auch Hausärzt*innen und Apo-
 - 107 theken.
 - 108 • Um die ambulante Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, fordern wir die Neuberechnung der Be-
 - 109 darfsplanung. Denn der Bedarf an Fachärzt*innen sollte nicht von Anzahl der Einwohner*innen abhän-
 - 110 gig sein, sondern muss nach dem tatsächlichen Bedarf der Kommune gerichtet werden.
 - 111 • Nach wie vor fordern wir die Rekommunalisierung von Krankenhäusern. In Anbetracht der finanziellen
 - 112 Lagen vieler Kommunen kann dies jedoch nur geschehen, wenn die Kosten von höheren politischen
 - 113 Ebenen getragen werden.

114 **Kultur**

- 115 Kultur ist mehr als nur Theaterstücke und Kunstgalerien, sondern findet auch innerhalb der Nachbarschaft
- 116 und auf offener Straße statt.
- 117 • Jede*r muss die Möglichkeit bekommen, am Kulturangebot teilzuhaben, wir fordern mittelfristig kos-
 - 118 tenlosen Eintritt in Kulturstätten und Museen.
 - 119 • Stadtteilzentren und Begegnungsstätten sind Orte des Miteinanders, deren elementarer Bestandteil
 - 120 die verschiedenen Kulturen im Stadtteil sind. Diese müssen finanziell stärker unterstützt werden.
 - 121 • Wir fordern Flächen für Graffiti-Projekte und andere Kunst. Sie verleihen Vierteln Attraktivität.
 - 122 • Auch in weniger dicht besiedelten Gegenden müssen subkulturelle Angebote Raum bekommen.

123 **Sport**

- 124 Sport ist für uns unentbehrlich bei der Integrations- und Bildungsarbeit. Leistungsfähigkeit entwickeln, Selbst-
- 125 bewusstsein stärken und ehrenamtliches Engagement leben – all das ermöglicht der Sport.
- 126 • Bestehende öffentliche Sportstätten müssen dringend erhalten und modernisiert, neue Sportstätten
 - 127 eingerichtet werden.

- 128 • Jede Kommune muss für Vielfalt von Sportangeboten sorgen.
- 129 • Vereine müssen einen barrierearmen Zugang zu öffentlichen Fördergeldern bekommen.
- 130 • Kunstrasenplätze müssen auf Nachhaltigkeit geprüft werden.
- 131 • Gleichstellung ist auch im Sport ein Thema. Viele Vereine bieten trotz potenziell vorhandener Nachfrage
- 132 keine Mädchen- oder Frauenmannschaften an. Dies muss sich ändern. Denkbar wäre eine Steuerung
- 133 über die Vergabe der städtischen Mittel.

134 **Demokratisierung und Partizipation**

135 Die Kommune ist die Entscheidungsebene, auf der Bürger*innen lebensnah mit Demokratie und politischen
 136 Entscheidungen in Berührung kommen. Einwohner*innen haben Anspruch darauf, an städtischen und kom-
 137 munalen Entscheidungsprozessen teilzunehmen.

- 138 • Wir fordern eine stärkere Einbeziehung von Bürger*innen in Entscheidungsprozesse.
- 139 • Ehrenamtliches Engagement muss gestärkt und gefördert werden.
- 140 • Die öffentliche Daseinsvorsorge muss in der öffentlichen Hand liegen.
- 141 • Die Unterstützung von Organisationen und Initiativen, die gegen gruppenbezogene Menschenfeind-
- 142 lichkeit kämpfen, muss deutlich erhöht werden.
- 143 • Partner*innenorganisationen oder lokale Initiativen und Organisationen müssen in Entscheidungspro-
- 144 zesse eingebunden werden, zum Beispiel Gewerkschaftsjugendlichen in die Planung von Berufsschulen
- 145 oder Stadtteilinitiativen in die Planung des öffentlichen Platzes.

146 **Europa**

147 Europa ist wichtig für die Kommunen und die Kommunen sind (vielleicht noch wichtiger) für Europa. Neben
 148 Förder- und Entwicklungsprogrammen können Kommunen durch die aktive Unterstützung von Austausch ei-
 149 nen essenziellen Beitrag zu Zusammenhalt auf europäischer Ebene leisten.

- 150 • Partnerschaften mit anderen Kommunen müssen mit Leben gefüllt, durch Austauschfahrten von Bür-
- 151 ger*innen bekräftigt und ausgebaut werden. Dies kann zum Beispiel unter Einbezug von Vereinen und
- 152 zivilgesellschaftlichen Organisationen passieren.
- 153 • Es müssen Plattformen geschaffen werden, die barrierefrei über unterschiedliche Möglichkeiten für
- 154 Auslandsaufenthalte informieren und auf andere Seiten weiterleiten.
- 155 • In Abhängigkeit des kommunalen Haushalts können Austausche, Auslandsaufenthalte von Schüler*in-
- 156 nen, Auszubildenden, Freiwilligen und Studierenden mit einkommensschwachen Hintergrund durch
- 157 spezielle Fonds unterstützt werden, um die soziale Durchlässigkeit der Programme zu verbessern.
- 158 • Die Arbeit der EuRegios soll durch den Ausbau des grenzübergreifendes ÖPNVs unterstützt werden
- 159 und die Zusammenarbeit im Allgemeinen noch mehr gefördert werden.

M Mobilität und Wohnen

M Mobilität und Wohnen

M1	Verkehrsverbände aller Regionen, vereinigt euch!	34
M3	Autofreie Innenstädte – Wie geht das?	35
M4	ÖPNV in allen Kommunen	38
M5	Grenzenlos Bahnfahren	39

M1

Verkehrsverbände aller Regionen, vereinigt euch!

1 Unser unübersichtliches und teils unzureichend koordiniertes ÖPNV-Netz führt dazu, dass es Pendler*innen
2 schwer gemacht wird sich im Tariflabyrinth zurecht zu finden. Das aktuelle System ist ineffizient und teuer, weil
3 die Zuständigkeiten für die Nahverkehrspläne unnötigerweise an den kommunalen Grenzen enden anstatt
4 sich an den Nutzer*innenbedürfnissen zu orientieren.

5 **Forderungen:**

- 6 • Fusion von den Verbänden des WestfalenTarifs, des VRS', des AVVs und des VRRs zu einer NRW-
7 Verkehrsgesellschaft
- 8 • Bildung eines Gremiums, bestehend aus den relevanten politischen und gesellschaftlichen Akteur*in-
9 nen des Bereichs Mobilität zur Erarbeitung einer Gesamtstrategie für den ÖPNV in NRW und der Weiter-
10 entwicklung der ÖPNV-Infrastruktur. Geprüft werden muss, inwiefern eine unabhängige Schiedsinstanz
11 notwendig ist, um im Fall von Konflikten innerhalb des Gremiums zu vermitteln.
- 12 • Ausbau, Erweiterung, Sanierung usw. der Nahverkehrslinien auf Vorschlag der Kommunen an das Gre-
13 mium

14 **Finanzierungsvorschlag:**

- 15 • Einführung eines ticketlosen Systems, welches durch allgemeine Beiträge finanziert wird, ähnlich zu den
16 Rundfunkbeiträgen. Diese werden aber nicht pro Haushalt, sondern pro Kopf erhoben. Zusätzlich muss
17 geprüft werden, ob nicht in NRW wohnhafte Personen, welche den ÖPNV nutzen, an der Finanzierung
18 beteiligt werden können.
- 19 • Nahverkehrsfonds des Landes, damit Kommunen Investitionen tätigen können
- 20 • Das Land wird verpflichtet, für die Instandhaltung, den Ausbau, die Erneuerung, und die Anpassung der
21 Bedarfspläne Sorge zu tragen.

22 **Ziel:**

- 23 • Kommunen, Nutzer*innen und Umwelt werden entlastet
- 24 • besser realisierbare Verkehrswende, die die Nutzung des ÖPNV für die Bürger*innen attraktiver macht
- 25 • günstigere Preise und weniger Verzweiflung am Ticketautomaten

M3

Autofreie Innenstädte – Wie geht das?

1 Städte sind für Menschen da. Diese eigentlich unstrittige Aussage verliert beim Blick in viele Stadtzentren oft
2 ihre Selbstverständlichkeit, denn sie scheint nur für autofahrende Menschen zu gelten. Die Aufteilung des
3 verfügbaren innerstädtischen öffentlichen Raumes zwischen Autos auf der einen Seite und anderen Mobili-
4 tätsformen und Freiräumen auf der anderen Seite steht in einem krassen Missverhältnis. Es wird wie selbstver-
5 ständlich angenommen, dass Autos den allergrößten Teil des innerstädtischen Platzes für sich beanspruchen.
6 Diese Aufteilungsstruktur belastet – in Kombination mit rasantem Städtewachstum und Pendler*innen-und
7 Lieferverkehr – die Lebensqualität in Städten enorm.

8 Die Straßen sind voll, aber der Verkehr nimmt immer weiter zu. Die Innenstädte leiden unter verstopften
9 Straßen und schlechter Luft. Doch in der Stadtplanung hat ein Wandel eingesetzt: Anstatt die Stadt um das
10 Auto herum zu bauen, versuchen immer mehr Städte ihre Innenstädte autofrei zu denken und die Stadt für
11 die Menschen zu planen.

12 Aber wie wird eine Autostadt zu einer Fahrradstadt?

13 **Das Auto zu Gast**

14 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Prinzip „Auto zu Gast“ in unseren Innenstädten umsetzen. Andere Ver-
15 kehrsteilnehmer*innen erfahren dadurch eine Aufwertung, Autos dürfen die Zonen zwar befahren, Fahrrad-
16 fahrer*innen sowie andere Mobilitätsformen ohne Verbrennungsmotor haben aber Vorfahrt.

17 Es ist nicht zu spät, Städte lassen sich umbauen, Sünden aus der Vergangenheit lassen sich beheben!

18 Umdenken braucht Zeit, aber dass es geht, machen Städte wie Utrecht vor. Ist der Wille der Beteiligten da,
19 dann kann es gelingen, in Innenstädten grüne Orte zum Verweilen statt Autolärm zu schaffen, ungefährliche-
20 re Straßen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen anzubieten statt rennstreckenartige Straßennetze für
21 Autos.

22 Beim Neudenken der Stadtplanung muss aber nicht einfach in „Auto-Verboten“ gedacht werden, sondern auch
23 gute Alternativen zur Auto-Mobilität geschaffen werden. Ziel muss es nicht sein, das Auto innerstädtisch zu
24 verbieten, sondern es überflüssig zu machen. Dazu gehören eine gute Fahrradinfrastruktur, ein guter und
25 günstiger ÖPNV und neue Sharing-Modelle. Dann kann der Stadtraum wieder von den Autos an die Menschen
26 umgewidmet werden.

27 **Fahrradinfrastruktur**

28 Fahrradfahren muss sicher, schnell, bequem und günstig sein. Dazu gehört die konsequente Umwidmung aller
29 innenstädtischen Straßen zu Fahrradstraßen, auf denen Fahrräder, Roller, etc. Vorfahrt vor Autos haben. Wo
30 das nicht möglich ist, muss alternativ ein Radweg angelegt werden. Zudem müssen Fahrradparkhäuser und
31 Fahrradständer flächendeckend verfügbar sein. Fahrrad-Schnellwege sollen sowohl als Verkehrsachsen durch
32 die Stadt als auch zwischen benachbarten Städten angelegt werden.

33 Fahrrad- und Roller-Sharing spielt in diesem Gesamtkonzept eine große Rolle und soll entsprechend verstärkt
34 angeboten werden. Zudem sollen Unternehmen dazu angehalten und dabei unterstützt werden, ihren Mitar-
35 beiter*innen „Job-Fahrräder“ für den Arbeitsweg zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverwaltung und kommu-
36 nale Unternehmen sollen dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

37 Damit Radfahren sicherer wird, soll es für alle Altersgruppen zugeschnittene Trainings von kommunalen Rad-
38 lehrer*innen geben. Bis eine konsequente Trennung von motorisiertem Verkehr und anderen Verkehrsteil-
39 nehmer*innen erreicht ist, müssen Autofahrer*innen besser für schnellere E-Fahrräder- und Roller im Stra-
40 ßenverkehr sensibilisiert werden. Der Bund sollte zur Umsetzung für jede Großstadt eigene planungstech-
41 nische Stellen finanzieren. Auch gemeindeübergreifend müssen Mittel für Radschnellwege drastisch erhöht

42 und Planungshürden gesenkt werden. Dabei muss der Bund die Kommunen und Länder, u.A. im Rahmen des
43 Bundesverkehrswegeplans, unterstützen.

44 **Der neue Verkehrsknoten vor der Haustüre**

45 Das Stadtquartier als Lebensmittelpunkt sollen erste Anlaufstelle und Drehkreuz für urbane Mobilität wer-
46 den. An einzurichtenden "Verkehrsknotenpunkten" in den Stadtquartieren kommen alle Mobilitäts-Arten zu-
47 sammen: Leihfahrräder, e-Roller, ÖPNV, Miet-Lastenräder und Car-Sharing. Zwischen den Knotenpunkten der
48 verschiedenen Quartiere soll es direkte ÖPNV-Verbindungen und Radschnellwege geben, so dass das Pendeln
49 zwischen Subzentren einfacher wird. An diesen Knotenpunkten vor der Haustüre gibt es die Möglichkeit, ei-
50 gene Fahrräder und Roller sicher abzustellen und auf andere Mobilitätsarten zu wechseln. Außerdem werden
51 dort weitere Dienstleistungen wie Lagerboxen etc. angeboten. Zusammengefasst werden diese multimodalen
52 Fortbewegungsmöglichkeiten mittels einer benutzer*innenfreundlichen App, die die Verfügbarkeit der Mobi-
53 litätsarten, die Busse, Straßenbahnen und Züge in Echtzeit abbildet.

54 **Der öffentliche Nahverkehr der nächsten Generation**

55 Nicht alle Menschen können Fahrrad oder Roller fahren; nicht alle Strecken können mit dem Rad zurückgelegt
56 werden. Die zweite Säule der autofreien Innenstädte bildet ein gut ausgebauter, langfristig kostenloser und
57 barrierefreier ÖPNV. Alle Bürger*innen erhalten ein Jahresticket für den Bus- und Bahnverkehr in ganz NRW für
58 einen Euro pro Tag. Durch dieses 365er-Ticket kann im Solidarfinanzierungsmodell als Übergangslösung eine
59 ausreichende Grundfinanzierung des ÖPNV erreicht werden. Dieses Modell ist für uns dabei nur ein weiterer
60 Schritt auf dem Weg zum ticketlosen ÖPNV System, denn unsere Forderung schließt einen kostenlosen Zugang
61 zu den öffentlichen Verkehrsmitteln ein.

62 Nicht nur in den Stadtzentren, auch in den Außenbezirken muss das Streckennetz deutlich ausgebaut werden
63 und in deutlich höherer Taktung bedient werden. Bislang fehlende Verbindungen müssen neu geschaffen
64 werden. Für wenig genutzte Routen werden Elektro-Kleinbusse eingesetzt, auch autonome Busse sind dafür
65 denkbar. Innerstädtisch werden auf großen Straßen eigene Busspuren eingerichtet, um einen reibungsloseren
66 Streckenablauf zu ermöglichen.

67 Auch in den Randstunden und vor allem nachts sollen alle Stadtgebiete mit Nachbussen und -Bahnen sicher
68 erreichbar sein. Dafür braucht es einen deutlichen Ausbau des Nachbus-Angebotes.

69 **Park statt parken**

70 Große Anteile des öffentlichen Raumes in Städten werden derzeit für Parkplätze genutzt. Platz, der für Grünflä-
71 chen, Außengastronomie oder als Spiel- und Aufenthaltsort genutzt werden könnte, wird für herumstehendes
72 Metall verschwendet. In der autofreien Innenstadt wird dieser Raum an die Bürger*innen zurückgegeben. Die
73 Anzahl der Parkflächen wird massiv reduziert. Der freiwerdende Raum kann als Abstellfläche für Räder und
74 Roller, für ÖPNV und Grünflächen genutzt werden. Wo Parkplätze nicht abgeschafft werden, wird das Auto-
75 Parken deutlich verteuert, um Langzeitparken zu vermindern.

76 Durch die autofreie Innenstadt wird auch der lokale Einzelhandel nachhaltig gestärkt. Die wegfallende Park-
77 platzsuche, die Aufwertung des Einkaufs-Umfeldes durch weniger Verkehrslärm und neue Straßenraum-
78 Nutzungskonzepte für den Einzelhandel bieten eine neue Chance für lokale Unternehmen.

79 In den Stadtrand-Gebieten werden Parkplätze für externe Pendler*innen und Besucher*innen eingerichtet,
80 von denen aus über o.g. Mobilitätsknotenpunkte Möglichkeiten zur lokalen Weiterfahrt via einem vergünstig-
81 ten ÖPNV- & Bike-Sharing-Angebot möglich ist.

82 **Sharing is caring**

83 Verkehrsmittel ergeben nur dann Sinn, wenn sie genutzt werden. Der Anteil der Nutzungsdauer kann deut-
84 lich erhöht werden, wenn die Mobilitätsmittel von vielen unterschiedlichen Menschen genutzt werden. Der
85 Sharing-Gedanke ist daher Kernstück der autofreien Stadt. In der autofreien Stadt gibt es für Gruppen die
86 Möglichkeit der Fahrgemeinschaften mit Kleinbussen. Diese können abends und am Wochenende von Privat-
87 personen mit ihrem Führerschein als ganz normales Car-Sharing Angebot genutzt werden.

88 **Smart cities**

89 Autofreie Städte sind schlaue Städte. Sie nutzen die Möglichkeiten von Digitalisierung und Vernetzung, um
90 den Verkehr intelligent, vorausschauend und nachfrageorientiert zu gestalten. Mittels Verkehrssensorik für
91 Lärm und Luftqualität, den Straßenzustand, Parkmöglichkeiten und Straßenauslastung werden intelligente
92 Routen und Mobilitätsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt erarbeitet und angeboten. Durch smarte Ampel-
93 schaltungen werden Staus vermieden und dem ÖPNV der notwendige Vorrang gegenüber Autos eingeräumt.
94 Durch datenschutzkonforme Verkehrserfassung und intelligente Auswertung der Daten können Angebot und
95 Nachfrage verschiedener Mobilitätsformen kontinuierlich aufeinander abgestimmt und verbessert werden.
96 Die Echtzeit-Daten zur aktuellen Verkehrslage und den zur Verfügung stehenden Mobilitätsarten werden auch
97 in der bereits beschriebenen Mobilitäts-App genutzt, um die jeweils intelligenteste Fortbewegungsart für einen
98 Wunsch-Weg anzubieten. Alle für eine intelligent geplante Route benötigten Verkehrsmittel können innerhalb
99 der App mittels integriertem Buchungs-, Reservierungs- und Ticketing-System von den Nutzer*innen gebucht
100 werden.

101 Alle erhobenen Daten aus Verkehrssensorik werden im Sinne des Open Data-Gedanken offen zur freien Nut-
102 zung über ein zentrales Portal zur Verfügung gestellt.

103 **Die Stadt kauft sich frei**

104 Alle Schritte auf dem Weg zur autofreien Stadt kosten Geld. Diese Investitionen in zeitgemäße, zukunftsfähige
105 und klimaschonende Städte sind Investitionen in lebenswerte Städte. Dafür ist eine deutliche Erhöhung der
106 kommunalen Ausgaben für Verkehrsinfrastruktur notwendig. Für die Finanzierung einer besseren Rad- und
107 Fußverkehrsinfrastruktur und einen günstigeren ÖPNV mit stärkerer Durchdringung soll eine empfindliche
108 Steuer auf bestimmte private Kraftfahrzeuge erhoben werden, ähnlich wie z.B. in Dänemark. Diese soll die
109 Sozialverträglichkeit berücksichtigen. Förderung für nachhaltigen Individualverkehr wie E-Bikes, E-Autos oder
110 Wasserstoffautos muss vor allem auf Menschen mit niedrigem Einkommen ausgerichtet sein.

M4

ÖPNV in allen Kommunen

- 1 Wenn eine Kommune in den „Nothaushalt“ gerät ist der Stadtrat bzw. die Verwaltung dazu angehalten bei allen
- 2 Leistungen, die nicht zur „verpflichtenden Daseinsvorsorge“ gehören zu prüfen, wo dort eingespart werden
- 3 kann.
- 4 Wir sehen einen funktionierenden ÖPNV jedoch als wichtige kommunale Aufgabe und wollen mit dieser Maß-
- 5 nahme dafür sorgen, dass dieses Angebot bei finanzschwachen Kommunen nicht zur Diskussion steht. Daher
- 6 soll die Bereitstellung eines leistungsfähigen ÖPNV Angebots in die „verpflichtende Daseinsvorsorge“, der von
- 7 Kommunen zu erfüllenden Leistungen aufgenommen werden.

M5

Grenzenlos Bahnfahren

1 Mobilität – auch über Grenzen hinweg – ist ein Grundrecht. Und Mobilität über Grenzen hinweg ist mehr und
 2 mehr zum Alltag geworden; nicht nur, aber vor allem für die jüngeren Generationen. Gerade innerhalb Euro-
 3 pas bewegen wir uns wie selbstverständlich zwischen verschiedenen Ländern, oftmals ohne zu merken, dass
 4 wir dabei früher bestehende Grenzen überfahren. Tagesausflug in die Niederlande, Wochenend-Trip nach
 5 London, Kurz-Urlaub in Prag oder Lissabon, Schul-Austausch in Polen oder Erasmus-Freund*innen in Italien
 6 besuchen – alles normal.

7 Doch meist ist es für diese Reisen einfacher, mit einer irischen Airline von Frankreich nach Kroatien zu flie-
 8 gen, oder mit einem deutschen Busunternehmen von Dänemark nach Österreich zu fahren, als in die Bahn zu
 9 steigen und klimafreundlich ins Nachbarland zu fahren. Das liegt auch an der schlechten Qualität der Schie-
 10 neninfrastruktur. Die vor 25 Jahren im neoliberalen Zeitgeist durchgeführte Bahnreform in Deutschland hat
 11 sich als Rückschritt für den Schienenverkehr erwiesen: Die Belastung für die Steuerzahler*in ist gestiegen, die
 12 Qualität hat abgenommen. Eines der Kernprobleme: Die Bahn befindet sich zwar in staatlicher Hand, eine po-
 13 litische Vorgabe für die strategische Ausrichtung gibt es aber nicht. Und so konzentriert sich die Bahn immer
 14 stärker auf das Auslandsgeschäft und niemand fordert den Verfassungsauftrag zum Erhalt und Ausbau der
 15 Schienen-Infrastruktur ein.

16 Schienengebundener Personen- und Güterverkehr scheint oftmals wie innerhalb eines Landes "gefangen". Das
 17 ist teils durch gewachsene technisch-infrastrukturelle Gegebenheiten bedingt, teils aber auch durch organisa-
 18 tionale und politische Interessen gelenkt. Dabei wäre eine Integration des europäischen Bahnverkehrs nicht
 19 nur politisch und gesellschaftlich logisch – wenig schweißt Regionen mehr zusammen als einfache gegenseitige
 20 Erreichbarkeit – sondern auch aus Umwelt- und Verbraucher*innenperspektive sinnvoll.

21 Daher fordern wir – in dem Bewusstsein der damit verbundenen Herausforderungen – eine langfristige Be-
 22 mähung zur Verbesserung des grenzüberschreitenden europäischen Bahnverkehrs:

- 23 • Die technische Anpassung und Integration der Infrastruktur.
- 24 • Die Anpassung von Fahrplan-Taktungen der Regionalzüge in Grenzregionen.
- 25 • Die Einführung und Ausweitung grenzüberschreitender Tickets und Tarifzonen.
- 26 • Die deutliche Ausweitung des Angebotes an grenzüberschreitenden Fernzügen, u.a. in Form von Nacht-
 27 zügen.
- 28 • Die Förderung der Europäisierungsbemühungen durch EU-Subventionen.
- 29 • Die Weiterentwicklung der "Gemeinschaft der Europäischen Bahnen" zu einem europäischen Bahnun-
 30 ternehmen unter Koordination der EU-Kommission/EU-Generaldirektion Mobilität und Verkehr.
- 31 • Dieses europäische Bahnunternehmen soll nicht nur die Integrationsbemühungen der nationalen
 32 Bahnbetriebe koordinieren, sondern auch selber europäische Bahnverbindungen anbieten. Beauftragt
 33 werden soll diese Bahngesellschaft damit, Schieneninfrastruktur gerade in europäischen Staaten mit
 34 wenig Investitionsspielraum auszubauen, eine Vorreiterrolle in ökologisch nachhaltiger Technologie
 35 einzunehmen und bei der Gestaltung der Ticketpreise die soziale Dimension von Mobilität mitzuden-
 36 ken.
- 37 • Die Einführung grenzüberschreitender Verkehrsverbünde.
- 38 • Eine europaweit einheitliche Kerosinsteuer für alle innereuropäischen Flüge. Ein Preis auf Kerosin sollte
 39 dessen volle Treibhausgas-Wirkung berücksichtigen und über dem gesamten europäischen Luftraum
 40 gelten. Auch Mehrwertsteuer-Ausnahmen für den internationalen Flugverkehr gehören europaweit be-
 41 endet.

- 42 • Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene einer Koalition von Mitgliedstaaten anschlie-
43 ßen, die diese Ziele vorantreiben und mit Reformen spätestens 2020 beginnen, wenn noch nicht alle
44 Mitgliedstaaten dazu bereit sind.

O Organisationspolitik

O Organisationspolitik

O2	Beschlusswiki auf Bundesebene einführen	42
O3	Alle reden vom Rave! Wir nicht!	43

02

Beschlusswiki auf Bundesebene einführen

- 1 Die weitreichenden Beschlüsse sind eine der großen Stärken unseres Verbandes. Die wenigsten Jusos sind
- 2 allerdings mit der Beschlusslage eng vertraut. Deshalb stellt sich für viele Jusos bei der Entwicklung und Bera-
- 3 tung neuer Anträge die Frage, ob diese Position schon irgendwann beschlossen wurde. Der Abgleich mit der
- 4 Beschlusslage auf Bundesebene ist dabei äußerst kompliziert, weil man die einzelnen Beschlussbücher der
- 5 letzten Bundeskongresse durchsuchen muss.

- 6 Deshalb soll ein Beschlusswiki auf Bundesebene eingeführt werden. Die einzelnen Anträge sollen in politi-
- 7 sche Themenfelder und Jahrgänge eingeteilt werden. Außerdem soll die Suche nach einzelnen Worten in den
- 8 beschlossenen Anträgen möglich sein.

O3

Alle reden vom Rave! Wir nicht!

- 1 „Africa“ von Toto

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S2	Ausweitung der ASS – Für den Schutz von Opfern sexualisierter Gewalt	45
S3	Recht auf gute Beratung bei der Patient*innenverfügung sichern	47

S2

Ausweitung der ASS – Für den Schutz von Opfern sexualisierter Gewalt

- 1 ***Trigger-Warnung* Der folgende Antrag dreht sich um das Thema sexualisierte Gewalt**
- 2 ASS. Das ist die Abkürzung für das Programm der „Anonymen Spurensicherung“ (auch anzeigenunabhängige
3 Spurensicherung genannt), die ein niedrighschwelliges Angebot der Beweissicherung für Opfer sexualisierter
4 Gewalt darstellt.
- 5 In den meisten Strafprozessen, die sich um sexuelle Übergriffe drehen, steht meist Aussage gegen Aussa-
6 ge. Viele Verfahren werden deshalb eingestellt; gesicherte Beweise können in so einem Fall ein Urteil bedeu-
7 ten.
- 8 Auch auf Grund der Angst der Stigmatisierung und weil die emotionale Belastung nach einem Übergriff so
9 schwer wiegt oder Opfer die Konfrontation mit Täter*innen aus dem direkten Umfeld scheuen, trauen sich
10 viele Opfer nicht unverzüglich die Tat anzuzeigen, obwohl die ersten Stunden danach entscheidend für die
11 Spurensicherung sind.
- 12 Wie aber sollen diese Beweise gesichert werden, wenn sich die Opfer nach der Tat nicht unverzüglich bei
13 den Ermittlungsbehörden melden? Eine wichtige Anlaufstelle bietet die ASS. Sie wird in Krankenhäusern und
14 so genannten Gewaltschutzambulanzen angeboten und ermöglicht den Opfern eine Sicherung der Beweise
15 durch Fotodokumentation, Blutproben, Abstriche und Verwahrung der Kleidung. Diese Beweise werden über
16 zehn Jahre verwahrt, auch ohne dass das Opfer Namen von Täter*innen angibt oder direkt Strafanzeige stellt.
17 Weil Missbrauchs- und Vergewaltigungsoffer sich häufig nicht direkt nach der Tat zur Polizei trauen, dafür teils
18 Tage, Wochen, Monate oder sogar Jahre benötigen, ist die ASS so wichtig.
- 19 In Krankenhäusern und Ambulanzen, die die ASS nicht anbieten, müssen Opfer, die sich melden, aber nicht un-
20 mittelbar Strafanzeige stellen, zurückgewiesen werden und wichtige Stunden vergehen, bevor Mitarbeiter*in-
21 nen der Spurensicherung der Polizei Beweise sichern können. Bei dieser Beweissicherung ist ein Verwahren
22 und späteres Anzeigen der Tat jedoch nicht vorgesehen.
- 23 Auch besteht die Gefahr, dass Opfer durch die Zurückweisung so abgeschreckt sind, dass sie keinerlei Siche-
24 rung der Beweise durchführen lassen.
- 25 Das Angebot der ASS, das seit 2001 eine wichtige Hilfe für Opfer sexualisierter Gewalt darstellt, weist jedoch
26 erhebliche Lücken, sowohl in der Finanzierung als auch in der Organisation auf.
- 27 Zunächst einmal bieten nicht alle Krankenhäuser die ASS an. Dies liegt vor allen Dingen daran, dass Ärzt*innen,
28 die im Bereitschaftsdienst für die ASS zur Verfügung stehen nicht von den Krankenkassen bezahlt werden,
29 da Befunddokumentationen nicht für die Vergütung vorgesehen sind. Sie sind entweder darauf angewiesen,
30 dass das jeweilige Krankenhaus die Stunden und Leistungen separat bezahlt, oder sie müssen auf ihren Lohn
31 verzichten. In einem Gesundheitssystem, das auf Profit und ökonomischen Vorteil ausgelegt ist, führt dies
32 dazu, dass kein flächendeckendes Angebot der ASS zur Verfügung steht.
- 33 Besonders unzureichend erscheint die Lage in diesem Zusammenhang in Thüringen, denn dort ist kein Kran-
34 kenhaus oder eine Ambulanz mit dem Angebot der ASS ansässig. Aber auch in NRW sind große Versorgung-
35 lücken zu beklagen. So finden sich in den größeren Städten zwar teils sogar mehrere Angebote, doch gerade
36 im ländlichen Raum müssen Opfer große Distanzen zurücklegen, um Beweise sichern zu lassen. Dass dies je-
37 doch unmittelbar nach einem Übergriff nicht so einfach möglich ist, steht außer Frage. In Duisburg, Unna und
38 Remscheid besteht darüber hinaus gar kein Angebot.
- 39 Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat zwar angekündigt, das Angebot der ASS „flächendeckend“
40 auszubauen, wie dies jedoch genau umgesetzt werden soll, konnte Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach

41 (CDU) nicht beantworten. Auch das Bundesgesundheitsministerium, auf das das Gleichstellungsministerium
42 verweist, bemüht sich nicht um eine Lösung.

43 Das Problem der Finanzierung besteht jedoch nicht nur im Hinblick auf die Bezahlung der behandelnden
44 Ärzt*innen. Auch die labortechnischen Verfahren und die fachgerechte Lagerung der Beweismittel, die zwin-
45 gend notwendig ist, damit diese gerichtsverwertbar bleiben, müssen finanziert werden. Da es weder eine lan-
46 desweite noch eine bundesweite Finanzierung für die ASS gibt, bleiben die Kliniken und Opferinitiativen dieje-
47 nigen, welche die nötigen Gelder organisieren und die Kosten tragen müssen. Schon seit geraumer Zeit war-
48 ren Opferinitiativen davor, dass sich ein bereits einsetzender Trend des Rückgangs der Anlaufstellen weiter
49 verschärfen wird. Nur die Lösung des Finanzierungsproblems kann diese Entwicklung stoppen und verbes-
50 sern.

51 Neben diesen Finanzierungsproblemen ist auch die Bekanntheit des Angebots ein Problem. Da Opfer meist
52 keinerlei Informationen über die ASS besitzen, verpassen sie möglicherweise die Chance, Spuren sichern zu
53 lassen und verlieren wichtige Beweise für einen späteren Prozess. Hier zeigt sich wieder einmal, wie sich die
54 Tabuisierung des Themas der sexualisierten Gewalt vor allem negativ auf die Opfer auswirkt.

55 Auch die Ausbildung der behandelnden Ärzt*innen stellt ein großes Problem dar. Etwa führen Ärzt*innen
56 die Untersuchungen sehr verschieden durch. Sowohl in der Ausführlichkeit der Dokumentation als auch bei
57 den durchgeführten Tests sind große Unterschiede erkennbar. Dies liegt vor allem daran, dass für Ärzt*innen
58 zwar Weiterbildungen angeboten werden, die Beweisaufnahme jedoch nicht Teil des Studiums ist und auch
59 Empfehlungen des Ministeriums nicht immer eingehalten werden. Bisher besteht ausschließlich das Angebot
60 des Gobsis, dem „Gewalt-Opfer-Beweissicherungs-Informationssystem“. Auf dem Internetportal können sich
61 interessierte Ärzt*innen Informationen zur fachgerechten Beweissicherung einholen. Das dieses Angebot je-
62 doch auf dem Interesse und der Selbstständigkeit der Ärzt*innen beruht, zeigt, dass es nicht der Weisheit
63 letzter Schluss sein kann.

64 Wir fordern daher:

- 65 • Eine bundesweite Finanzierung der ASS. Dafür muss das Gesundheitsministerium die Abrechnungskata-
66 loge öffnen, um die Befunddokumentation in diese aufzunehmen. Das es mit Thüringen ein Bundes-
67 land ganz ohne ASS Angebot, und in den übrigen Ländern kein flächendeckendes Angebot gibt, ist ein
68 untragbarer Zustand.
- 69 • Solange das Bundesgesundheitsministerium dieser Forderung nicht nachkommt, müssen die Landes-
70 ministerien eigene Übergangslösungen einrichten. Da die Abrechnungskataloge durch die Länder nicht
71 geöffnet werden können, ist hierfür die Einrichtung eines Finanzierungstopfes speziell für die ASS un-
72 ser bevorzugtes Mittel der Wahl. Eine so ausreichende Finanzierung, dass Kliniken und Ambulanzen in
73 allen Landkreisen die ASS anbieten können, muss unser Anspruch sein.
- 74 • Um das Angebot der ASS bekannter zu gestalten, benötigt es darüber hinaus Kampagnen sowohl auf
75 Bundes-, als auch auf Landesebene. Es kann nicht Aufgabe von Opferinitiativen bleiben, über das An-
76 gebot zu informieren. Der gesellschaftliche Diskurs zum Umgang mit sexualisierter Gewalt und den
77 Opfern ist längst überfällig. Diesen wollen wir forcieren und so unter Anderem dem Angebot der ASS
78 zu mehr Bekanntheit verhelfen.
- 79 • Die Befunddokumentation muss Pflichtteil des Medizinstudiums werden. Schon lange kritisieren wir,
80 dass bei der Ausbildung von Ärzt*innen besonders Behandlungen, die der sexuellen Selbstbestimmung
81 verhelfen, unzureichend Zeit eingeräumt wird. In diese Kritik ist auch das fehlende Know-how über
82 Befunddokumentation einzubeziehen.
- 83 • Neben dem verpflichtenden Teil im Studium muss für bereits zugelassene Ärzt*innen ein niedrig-
84 schwelliges Angebot an Weiterbildungen und Fortbildungen eingerichtet werden. In Krankenhäusern
85 und Ambulanzen, die die ASS anbieten, müssen diese verpflichtend für das medizinische Personal, wel-
86 ches in die Untersuchungen involviert ist, angeboten werden.

S3

Recht auf gute Beratung bei der Patient*innenverfügung sichern

- 1 Wir fordern eine Aufnahme der Patient*innenverfügungs-Beratung in den Leistungskatalog der Gesetzlichen
- 2 Krankenversicherung.
- 3 Patient*innen sollen diese Leistung mindestens alle 5 Jahre in Anspruch nehmen können. Die Beratung könnte
- 4 in diesem Fall von geschulten Mitarbeiter*innen in Hospizen, Krankenhäusern, kommunalen Gesundheitsäm-
- 5 tern sowie von ärztlichem Fachpersonal durchgeführt werden.
- 6 Des Weiteren sollen Verbraucherzentralen, Wohlfahrtsverbände oder auch Schulen und Volkhochschulen über
- 7 diese Möglichkeit und ihre Relevanz informieren.

W Wirtschaft und Steuern

W Wirtschaft und Steuern

W2	Die Industrie ist tot? Lang lebe die Industriepolitik! – Grundlagen jungsozialistischer Wirtschaftspolitik in Zeiten des Klimawandels	49
W3	Einmal einen fairen Welthandel, bitte!	56
W5	Unternehmensstrafrecht jetzt! Damit kriminelle Handlungen von Unternehmen auch geahndet werden können.	58
W6	Finanzmarktregulierung aus Leidenschaft	59
W7	Auch indirekte Rüstungsexporte sind Rüstungsexporte!	65

W2

Die Industrie ist tot? Lang lebe die Industriepolitik! – Grundlagen jungsozialistischer Wirtschaftspolitik in Zeiten des Klimawandels

1 Die politische Debatte im Jahr 2019 ist geprägt von der Klima-Frage. Nach dem Hitze- und Dürresommer 2018,
2 den Bildern von schmelzenden Eisbergen und vermüllten Meeren in den Nachrichten und dem vor allem von
3 jungen Menschen auf die Straße gebrachten Druck erwarten viele Menschen von der Politik ein schnelleres
4 Umstellen auf eine nachhaltigere Wirtschafts- und Lebensweise. Der Klimawandel stellt in seinem Voranschrei-
5 ten einen Imperativ für die Politik dar, der sich nicht wegverhandeln lässt: Wenn die Menschheit auf diesem
6 Planeten eine Zukunft haben will, muss sie umsteuern. Wir als Jusos unterstützen deshalb die Bewegung Fri-
7 days for Future.

8 Gleichzeitig zeigt das Ergebnis der Europawahl und der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen aber
9 auch, dass es offensichtlich nicht überall Klima-Fragen sind, die Menschen umtreiben. So sind es im Osten
10 nicht nur die Grünen, sondern die Rechtsradikalen, die zulegen konnten. Wo eine politische Linke mit der
11 Beantwortung sozialer Fragen und dem Versprechen von Anerkennung, sicheren Arbeitsplätzen und einer gu-
12 ten Infrastruktur ausbleibt, ziehen sich die Menschen ins Nationale zurück. Die Rechten können zwar auch
13 keine sozialen Antworten bieten, aber sie bieten Anerkennung über nationale Identitäten. Gerade deshalb
14 ist es sozialdemokratische Aufgabe, die von den Rechten instrumentalisierten Ängste zu nehmen und durch
15 ein positives-progressives Bild zu ersetzen. Dazu gehört es auch, der Verachtung von industrieller Arbeitswelt
16 entgegen zu treten. Wer die gesellschaftlichen Spaltungen beenden will, muss Industriepolitik gestalten wol-
17 len.

18 Denn neben den bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen wie Globalisierung, Automatisierung
19 und die Digitalisierung sehen wir uns jetzt mit der notwendigen ökologischen Transformation konfrontiert.
20 Verschärft wird diese Lage dadurch, dass in den vergangenen Jahrzehnten alle oben genannten Herausforde-
21 rungen unter den Bedingungen eines sich neoliberalisierten Kapitalismus stattgefunden haben. Dieser Kapi-
22 talismus hat sich in eine Richtung entwickelt, in der Wertabschöpfung stärker belohnt wird als Wertschöpfung.
23 So wird zugelassen, dass vor allem die großen Digital-Konzerne von den staatlichen Investitionen profitieren,
24 gleichzeitig aber keinen angemessenen Beitrag als Steuern zurückzahlen müssen. Der neoliberale Ansatz ist
25 also nicht geeignet um gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen.

26 Unser Ziel bleibt der demokratische Sozialismus, die Gesellschaft der Freien und Gleichen. In der Tradition der
27 Arbeiter*innenbewegung sehen wir uns als progressive Partei, die den Fortschritt nicht verteufelt, sondern
28 ihn gestaltet. Man kann die ökologische Frage nicht ohne die soziale Frage diskutieren – genauso wie man die
29 soziale Frage nicht ohne ökologische Frage diskutieren kann. Die ökologische Krise macht klar: Unsere Wirt-
30 schaft kann nicht so weiter wachsen wie bisher. Hier sehen wir durch eine konsequente linke Industriepolitik
31 die Chance, in NRW soziale und ökologische Aspekte gemeinsam zu diskutieren und dabei eine proaktive Rolle
32 Nordrhein-Westfalens für die Energiewende herauszustellen.

33 **Wir brauchen eine sozial-ökologische Industriepolitik**

34 Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass die Abgesänge auf den industriellen
35 Sektor verfrüht und falsch waren. Diskussionen über die Relevanz von Industrie und Industriepolitik sind wie-
36 der in den Fokus gerückt. Die Krise hat deutlich gezeigt, dass Länder mit einem starken industriellen Sektor
37 weniger von Folgen der Krise betroffen waren, als diejenigen die ihre Zukunft in Dienstleistungen und Finanz-
38 wirtschaft sahen. Der industrielle Sektor verursacht aber auch einen beträchtlichen Anteil an den weltweiten
39 CO₂-Emissionen und trägt damit im erheblichen Maße zum Klimawandel bei. Angesichts weltweiter Verfeh-
40 lung der Ziele des Pariser Klimaabkommens, endlicher Ressourcen und begrenzter ökologischer Tragfähigkeit
41 unseres Planeten führen die globalen Umweltveränderungen zur Verschärfung von Verteilungskonflikten. Die

42 ökologische Frage müssen wir vor Allem als Verteilungsfrage begreifen, da gerade Menschen in den wirtschaftlich
43 schwachen Regionen dieser Erde am meisten unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden.

44 Unter diesen Gesichtspunkten muss also zuallererst definiert werden, wie eine gute linke Industriepolitik ausgerichtet
45 werden soll. Festhalten lässt sich zunächst einmal, dass unsere Industriepolitik keine Lobbypolitik für
46 Unternehmen oder deren Eigentümer*Innen sein darf, sondern sich nach den Interessen der Beschäftigten
47 und den Bedürfnissen der Gesellschaft zu richten hat. Unsere Industriepolitik muss strategisch in wirtschaftliche
48 Prozesse eingreifen und sich von der Einstellung verabschieden, dass der Staat keine wirtschaftliche Kompetenz
49 besitzt. Der freie Markt wird die geringste Lösungskompetenz für die Frage besitzen, wie wir z.B. die
50 Interessen der abhängig Beschäftigten absichern, Klimagerechtigkeit im globalen Süden herstellen und ganz
51 grundsätzlich die Grundlagen menschlichen Lebens jetzt und in Zukunft sichern. Wir wollen eine Industriepolitik,
52 die diese Probleme im Ganzen mitdenkt, angeht und löst.

53 Dabei hat die Sozialdemokratie schon in der Vergangenheit bewiesen, dass sie die Kraft eines ökologischen
54 Wandels ist. 1991 war es der Sozialdemokrat Hermann Scheer, der das erste Einspeisevergütungsgesetz für
55 Erneuerbare Energien erarbeitete und es zu einem überparteilichen Beschluss brachte. Zehn Jahre später folgte
56 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das inzwischen die Strukturen der Stromerzeugung grundlegend
57 geändert hat. Keiner anderen Partei kann es gelingen, sozialen Fortschritt und Klimaschutz – und damit die
58 Anforderungen von Beschäftigten und Klimabewegung – zusammenzubringen. Für die Sozialdemokratie ist
59 hat diese Aufgabe existenziellen Charakter.

60 Unsere Industriepolitik muss soziale und ökologische Politik zu einer gemeinsamen Fortschrittserzählung und
61 -politik verknüpfen und gemeinsam mit vielen Bündnispartner*innen Alternativen zum aktuellen System aufzeigen.
62 Industriepolitik ist für uns ein elementares Instrument, um gesellschaftlichen Fortschritt und wirtschaftliche
63 und soziale Emanzipation entgegen der bestehenden Verhältnisse voranzutreiben.

64 **Der Staat als Motor des Fortschritts**

65 Derzeit ist die Industriepolitik von zwei gegensätzlichen Ansätzen geprägt. Zum einen gibt es den klassisch neoliberalen
66 Ansatz, nach dem der Staat lediglich Bürokratie abbaut und ansonsten auf die Innovationskraft des
67 Marktes hofft. Dieser Ansatz übersieht, dass private Investoren oft das Risiko scheuen, das für die notwendige
68 Innovation notwendig wäre. Von der Eisenbahn über Internet, GPS, Touchscreens bis hin zu moderner Nanotechnologie
69 sind die wesentlichen zu Wachstum führenden Innovationen durch die Risikobereitschaft des
70 Staates entstanden. Der Kapitalismus hingegen hat sich in eine Richtung entwickelt, in der Wertabschöpfung
71 stärker belohnt wird als Wertschöpfung. So wird zugelassen, dass vor allem die großen Digital-Konzerne von
72 den staatlichen Investitionen profitieren, gleichzeitig aber keinen angemessenen Beitrag als Steuern zurückzahlen
73 müssen. Lenkt man gegen diese Entwicklung nicht ein, gerät die für nachhaltiges Wachstum notwendige
74 Innovationsfähigkeit in Gefahr. Der neoliberale Ansatz ist also nicht zukunftsfähig.

75 Auf einen gegensätzlichen Ansatz setzt Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Als Antwort auf den Druck,
76 der durch die Wettbewerbsvorteile chinesischer und amerikanischer Konkurrenz entsteht, will er bestehende
77 Industrien durch wirtschaftspolitisch flankierte Modernisierung erhalten, also in erster Linie nationale Champions
78 zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit fördern, etwa durch Lockerungen von Fusionsregeln. Das klingt
79 auf den ersten Blick nachvollziehbar und kann bei Einbindung von Gewerkschaften und bei einer klaren
80 Prioritätensetzung auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und Tarifbindung dabei helfen, die Rechte von Beschäftigten
81 zu erhalten und auszubauen. Langfristig hilft dieser Ansatz aber zur Schaffung von nachhaltigem Wachstum
82 auch nicht weiter. Denn was die zukunfts- und marktfähigen Sektoren und Technologien sind, kann nicht der
83 Staat vorschreiben. So könnten Ressourcen an den falschen Stellen eingesetzt und vergeudet werden. Letztlich
84 verhindert dieser Ansatz mehr Innovation als dass es sie schafft.

85 Weder der neoliberale noch der staatsmonopolistisch-kapitalistische Ansatz von Peter Altmaier sind strategische
86 Industriepolitik. Ziel muss es sein, Innovation zu schaffen, die zu nachhaltigem Wachstum führt. Kernvoraussetzung
87 dafür ist ein aktiver Staat, der zu Investitionen bereit ist. Die Schuldenbremse in der Verfassung und die
88 schwarze Null als erklärtes politisches Ziel wirken sich faktisch als Investitionsbremse aus.

89 In Zeiten von großen Herausforderungen brauchen wir ein neues Staatsverständnis, denn in den letzten Jahren
90 hat sich die Politik als wahrnehmbarer industriepolitischer Akteur zu einer Moderatorenrolle zurückgezogen.
91 Wir fordern, dass der Staat wieder eine entscheidende Rolle bei der Ausgestaltung von nachhaltiger
92 Industriepolitik einnimmt. Es ist unwahrscheinlich, dass Transformationsprozesse allein durch den Markt zu

93 nachhaltiger Industrie führen. Anstatt frühzeitig und intensiv in Alternativen für ein auslaufendes Wertschöpfungsmodell zu investieren, setzen die Mechanismen eines freien Marktes eher den Anreiz, so lange Rendite
94 aus alten Technologien zu gewinnen bis diese durch unüberwindbare Hürden, wie effizientere Technologi-
95 en, Marktsättigung oder gesellschaftlicher Ablehnung endgültig nicht mehr investitionswürdig sind. Entschei-
96 dungsträger*innen und Investor*innen sind durch frühzeitige Auslagerung von Risiken meist gut abgesichert,
97 während die Existenz der abhängig Beschäftigten durch Stellenabbau und Restrukturierungsmaßnahmen ge-
98 fährdet ist. Um sogenannte Pfadwechselprozesse erfolgreich zu meistern, bedarf es einer starken industriepo-
99 litischen Planung und dementsprechend eines stärkeren staatlichen Eingriffs in Marktprozesse. Verlässliche
100 politische Leitlinien wären hier bindende Entwicklungsziele, technisch anspruchsvolle Benchmarks, Förderpro-
101 gramme oder Sanktionen.
102

103 Für eine strategische Industriepolitik gilt es, sowohl Angebot als auch Nachfrage in den Blick zu nehmen. Wenn
104 man mit Blick auf die derzeitigen Herausforderungen die Angebotsbedingungen positiv gestalten will, hilft es
105 nur wenig, über Senkungen von Steuern und Abbau von Bürokratie zu reden. Stattdessen muss Angebotspo-
106 litik als Investitionspolitik begriffen werden: Anders als etwa Bundesbildungsministerin Anja Karliczek es sich
107 vorstellt („Kein 5G an jeder Milchkanne“) muss der Staat eine flächendeckende und anspruchsvolle digitale In-
108 frastruktur anbieten. Außerdem gilt es mit risikobereiter staatlicher Grundlagenforschung die Voraussetzun-
109 gen für wirtschaftliche Innovationen zu schaffen. Gleichzeitig muss der Staat über öffentliche Nachfrage dazu
110 beitragen, nachhaltige Produktivität zu ermöglichen. Dafür müssen ökologische Produktionsprozesse indus-
111 trialisiert werden. Ziel der strategischen Nachfrage-Politik muss also die Etablierung einer Massenproduktion
112 ökologischer und sozialer Güter sein.

113 In der Debatte um das volkswirtschaftliche Wachstum gibt es grundsätzlich zwei Positionen: Die eine Seite,
114 die ein unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten in Frage stellt (Postwachstum/Degrowth) und
115 die Andere, die glaubt, durch Effizienzsteigerung einen stetigen Zuwachs des BIP gewährleisten zu können
116 (Green-Growth). Dabei zeigt bereits der sog. Rebound Effekt, dass es bei immer effizienterer Stromerzeugung
117 zu steigendem Ressourcenverbrauch kommt. Hier muss Politik mit der Bestimmung von Gesamtmengen und
118 Grenzwerten entgegenwirken, aber auch die ressourcenschonendsten und effizientesten Technologien för-
119 dern. Ordnungspolitische Maßnahmen wären die Vorgaben bei Grenzwerten oder Technologieverbote. Flan-
120 kiert muss das ganze durch eine Reform der Indikatoren, die zur volkswirtschaftlichen Steuerung verwendet
121 werden. Eine Abkehr vom BIP als glorifizierte Maßeinheit hin zu einem Indikator, der sich auf monetäre, soziale
122 und ökologische Faktoren stützt ist für eine ökologische Wende Bedingung.

123 In einer globalisierten Welt reicht eine nationalstaatliche Industrie-Strategie nicht aus – gerade wenn man ein
124 globales Thema wie den Klimawandel damit angehen will. Europa hat einen gemeinsamen Markt, es braucht
125 endlich auch eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Europäische Union hat jahrzehntelang ei-
126 ner aktiven europaweiten Industriepolitik eine Absage erteilt. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009
127 geriet der neoliberale Glaubensgrundsatz, dass die EU nur eine moderierende und marginal fördernde Rolle
128 in der Wirtschaft spielen soll in eine tiefe Legitimationskrise.

129 Die EU ist noch immer geprägt von der Idee, dass bei einem gemeinsamen Binnenmarkt ein Wettbewerb zwi-
130 schen den Nationalstaaten zur Herstellung globaler Wettbewerbsfähigkeit förderlich sei. Diese Politik führt
131 allerdings zu einem ruinösen Wettbewerb mit einer Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen und
132 bietet keine Perspektive, mit chinesischen Staatsunternehmen und US-amerikanischen Tech-Konzernen mit-
133 halten zu können.

134 Dazu kommt eine starke ökonomische Polarisierung Europas, die ihre Ursache nicht nur in unterschiedlichen
135 rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, sondern vor allem in der Ungleichheit der Produktionsstruk-
136 turen hat. Während etwa Deutschland eine hohe ökonomische Komplexität aufzuweisen hat, haben Griechen-
137 land, Spanien, Portugal, Lettland und Estland ein geringes Ausmaß an technologischen Kapazitäten. Die euro-
138 päische Politik braucht ein gemeinsames Verständnis davon, wie man die europäische Wirtschaft innovativer
139 machen will. Dazu lohnt sich auch ein genauerer Blick auf die Außenhandelsbilanz Deutschlands. Durch nied-
140 rige Löhne hat es die Wirtschaft der Bundesrepublik zwar geschafft massive Exportüberschüsse zu erzielen,
141 allerdings sind die Gewinne weder durch eine hohe Importquote ausgeglichen worden, noch über Vermögens-
142 oder Erbschaftssteuern in die Investitionskraft des Staates zurückgeflossen. Während die Wirtschaft von infra-
143 struktureller Substanz gelebt hat, gab es auf Seiten der Vermögensverteilung eine doppelte Umverteilung von
144 unten nach oben: Zum einen in den eigenen Betrieben, wo die Belegschaften nicht im ausreichenden Maße am
145 Exportgewinn beteiligt wurden, und zum anderen zwischen den europäischen Staaten. Denn wo die Importe

146 aus Deutschland kamen, wurden oft mit Schulden bezahlt

147 Praktisch möglich wird eine solche gemeinsame Politik nur sein, wenn man sich auf ein Europa verschiedener
148 Geschwindigkeiten einlässt. Vorangehen sollte die Eurozone, ausgestattet mit einem eigenen starken Budget,
149 das für gezielte Investitionen genutzt wird.

150 Global konnte in den letzten Jahren beobachtet werden, wie durch massive industriepolitische Interventionen
151 sogenannte Schwellenländer wie z.B. Südkorea oder China in den letzten Jahrzehnten zu starken industriellen
152 Playern in der High-Tech-Industrie und im öko-technologischen Bereich wuchsen. Erst durch starke finanzielle
153 Unterstützung chinesischer Unternehmen konnten internationale Player wie Alibaba oder Huawei entstehen.
154 Erwähnenswert ist, dass seit den Streichungen von staatlichen Subventionen im Solarbereich in Deutschland
155 die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 2010 und 2016 von 130.000 auf 30.000 zurückgegangen ist. Daher sollte
156 es erstrebenswert sein, wieder nachhaltige europäische Unternehmen zu fördern, die ohne staatliche Unter-
157 stützung nicht bestehen können, ähnlich wie es jahrzehntelang eine staatliche Stützung in der Kohleindustrie
158 gab.

159 **Daher fordern wir:**

160 • Die Bundesregierung soll einen Plan aufstellen, in welche Richtung Innovation gefördert und öffentliche
161 Nachfrage im nächsten Jahrzehnt gelenkt werden. Ziel soll dabei sein:

162 – **Mobilität:** Bis 2030 soll Deutschland das klimafreundlichste und engmaschigste Mobilitätsan-
163 gebot weltweit bieten. Dabei gilt es die soziale Dimension von Mobilität und die Herstellung von
164 gleichwertigen Lebensverhältnissen sowohl in Ballungszentren als auch in weniger besiedelten
165 Räumen mitzudenken. Unser langfristiges Ziel bleibt der ticketlose ÖPNV.

166 – **Wohnen:** Bis 2030 soll die öffentliche Hand massiv in den Wohnungsbau investieren. Das ist
167 sowohl für die Ballungsräume mit ihrem Wohnungsmangel als auch für weniger dicht besiedelte
168 Räume relevant, in denen etwa Smart-Home-Lösungen einen besseren Zugang zu medizinischer
169 Infrastruktur ermöglichen können.

170 – **Energie:** Wir wollen durch einen ambitionierten Fahrplan die erneuerbaren Energien so ausbau-
171 en, dass sie bis 2030 die Grundlage für unsere Stromversorgung sind.

172 • Eine Trias in der Industriepolitik: Gerechte Verteilung von Wohlstand, Gute Arbeit und ökologische
173 Nachhaltigkeit

174 • Ein neues Staatsverständnis in der Industriepolitik: Eine aktive Steuerung von Marktprozessen unter
175 Bedingungen von Guter Arbeit und nachhaltigem Ressourcenverbrauch

176 • Starke Industriepolitische Planung von Pfadwechseln durch bindende Entwicklungsziele, technisch an-
177 spruchsvolle Benchmarks, Förderprogramme und Sanktionen

178 • Ordnungspolitische Maßnahmen wie Grenzwerte, Grenzmengen und Technologieverbote bei umwelt-
179 schädlichen Produkten

180 • Steuerpolitische Anreize, um die Produktion nachhaltiger zu gestalten. Maßnahmen dazu können die
181 Streichung umweltschädlicher Subventionen, eine ökologische Spreizung der Mehrwertsteuer oder ei-
182 ne sozial ausgestaltete CO²-Bespaltung sein.

183 • Massive Investitionen in Infrastruktur und Forschung. Dafür soll eine permanent positive Investitions-
184 quote von 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes festgelegt werden.

185 • Die Schuldenbremse muss wieder aus dem Grundgesetz und den Landesverfassungen gestrichen wer-
186 den. Der Fiskalpakt der Europäischen Union muss aufgekündigt und neu verhandelt werden mit dem
187 Ziel, fiskalische Stabilität nicht mehr gegen Innovationsfähigkeit auszuspielen.

188 • Eine Neuausrichtung europäischer Beihilfen sowie eine Regelung der öffentlichen Vergabepolitik und
189 Fördermittelvergabe mit der Wahrung der kollektiven Rechte an der Innovation.

190 • Ein neuer Indikator zur wirtschaftlichen Steuerung, der sowohl monetäre als auch soziale und ökologi-
191 sche Faktoren mit einbezieht muss entwickelt werden.

192 Zukunftsinitiative für NRW

193 Die Rolle eines aktiven und steuernden Staates muss in NRW am Beispiel der Transformationsprozesse deut-
194 lich werden. Die SPD muss ein nachhaltiges Zukunftskonzept für die Industrie in NRW vorgeben und die Rolle
195 der Industrie in NRW für die Energiewende ausgestalten. Dazu müssen wir das derzeitige Vakuum von großen
196 Zukunftsperspektiven aufbrechen. Durch die Energiewende sind auch junge Menschen betroffen. Statt Hass
197 und Hetze zu propagieren, müssen wir gerade für jüngere Menschen echte Zukunftsperspektiven aufzeigen
198 und Antworten auf zentrale Verteilungsfragen wie die der sozialen Absicherung geben. Die Förderung neuer
199 Arbeitsplätze, zum Beispiel im Rahmen der Energiewende, ist unser Anspruch an eine sozialdemokratische
200 Industrie-, Energie- und Klimapolitik. Wir Jungsozialist*innen möchten Zukunftsperspektiven für Beschäftigte
201 aufzeigen, die über finanzielle Leistungen hinausgehen. Daher fordern wir nicht nur die Bereitstellung einzel-
202 ner sozialpolitischer Maßnahmen, wie Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote. Wir wollen gemeinsam
203 mit der SPD und unseren Bündnispartner*innen auch eine Zukunftsvision für die zukünftige Rolle der Industrie
204 in NRW für die Energiewende entwickeln.

205 Erste Impulse für die zukünftige Rolle der Industrie in NRW sehen wir in der Durchführung der Energiewende,
206 sowie in einer nachhaltigeren Rohstoffverarbeitung und -veredelung. Für die Umsetzung der Energiewende
207 müssen u.a. Produkte wie Windkraftträder, Solarzellen und energieeffiziente Transformatoren erhältlich sein.
208 Industrie, die diese Produkte herstellt und verarbeitet, muss weiterhin und vorzugsweise in NRW bestehen
209 bleiben. Daraus ergibt sich eine Doppelstrategie für die Zukunft der Industrie in Nordrhein-Westfalen:

210 Für die Zukunft der Energiewende sind erneuerbare Energien eine entscheidende Technologie zur Energie-
211 gewinnung und Stromerzeugung. Einige Bundesländer zeigen besonders attraktive Standortfaktoren für die
212 Energiegewinnung durch erneuerbare Energien auf. Dies darf nicht zu einer intranationalen Konkurrenz auf
213 Kosten von Arbeitsplätzen und regionalen Strukturen führen. Vielmehr muss die politische Antwort darin lie-
214 gen, die individuellen Potentiale in den einzelnen Bundesländern für einen Beitrag zur Energiewende zu nut-
215 zen und auszubauen. So kann NRW z.B maßgeblich mit der weiteren Erforschung von Brennstoffzellen am
216 Forschungszentrum Jülich oder der Herstellung von energieeffizienten Transformatoren durch thyssenkrupp
217 Electrical Steel zur Schaffung von grundlegenden Technologien für die Energiewende beitragen. Die Herstel-
218 lung der Ausgangsprodukte für eine Umsetzung der Energiewende empfinden wir als erstes Standbein einer
219 neuen Zukunftsperspektive für die Industrie in Nordrhein-Westfalen. Für den Erfolg dieser Perspektive ist es
220 besonders relevant, die Produktionsstätten am Standort NRW zu halten. Staatliche Förderungsmodelle müs-
221 sen einen schnellen und skalierten Ausbau der erneuerbaren Energien absichern und positive Anreize für die
222 Herstellung an strukturschwachen Standorten schaffen.

223 Gleichzeitig muss es auch Ziel sein langfristig die Rohstoffverarbeitung und Rohstoffveredelung nachhaltiger
224 zu gestalten. Die Industrie stellt die materielle Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung im gesamten Bun-
225 desland dar. Sie muss erhalten bleiben und ihre Zukunftsfähigkeit muss gesichert werden. Wir sehen in der
226 Aufgabe, die Dekarbonisierung der Industrie voranzubringen, die Sicherung dieser Zukunftsfähigkeit. Eine ver-
227 mehrte Nachfrage nach nachhaltiger Energie sollte zukünftig durch NRW gedeckt werden können. In der Wen-
228 de hin zu nachhaltiger Energie muss sich NRW aktiv als relevanter und mit gestaltendem Akteur einbringen.
229 Einige internationale deutsche Konzerne wie Bosch und thyssenkrupp arbeiten bereits an der Umstellung zur
230 klimaneutralen Produktion bzw. Rohstoffgewinnung und signalisieren ihr Interesse und ihre Bereitschaft ei-
231 ner Umstellung. NRW hat hier eine riesige Chance der Zukunftsmotor zu sein. Die Politik muss diese Chance
232 ergreifen und fördern, u.a. durch breite Investitionen in Forschungsinfrastrukturen.

233 Die Nutzung von Forschungsgeldern für den Ausbau bzw. Bau von Hochschulen und Forschungseinrichtun-
234 gen reicht allein nicht aus, um neue Impulse für ganze Regionen zu geben. Wichtig wird es sein, in Regio-
235 nen auch die betriebliche Innovationskraft zu stärken. Viele mittelständische Betriebe haben zum Beispiel nur
236 wenige oder gar keine Ingenieur*innen, sodass die Digitalisierung gerade für diese Betriebe, die vielen Men-
237 schen Arbeit geben, eine besonders große Herausforderung wird. Deshalb sollte in diesen Regionen nicht
238 nur geforscht, sondern auch Technologietransfer organisiert werden. Als Beispiel könnte dafür könnte das
239 Technologie-Netzwerk aus Ostwestfalen-Lippe „it's owl“ herangezogen werden.

240 Konkret muss die Investitionsfähigkeit der Kommunen gesteigert werden. Der gewaltige Investitionsstau in
241 Deutschland zeigt sich nicht nur bei digitalen und überregionalen Verkehrsnetzen, sondern vor allem auch in
242 den Kommunen. Die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen sind dabei regional sehr unterschiedlich. Ge-
243 rade die Kommunen, die als Globalisierungsverlierer starke Strukturwandel zu bewältigen hatten, wurden in

244 Folge einer erhöhten Arbeitslosigkeit durch die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips bei Sozialleistungen
 245 in den Abbau von freiwilligen Leistungen und die Verschuldung durch Kassenkredite getrieben. Die finanziel-
 246 le Schieflage vieler Kommunen ist also grundsätzlich nicht die Folge unseriöser kommunaler Finanzplanung,
 247 sondern von strukturellen Fehlentwicklungen bei der Kommunalfinanzierung.

248 Die Folge: Die Kommunen leben nur noch von der Substanz. Seit der Wiedervereinigung sind die kommunalen
 249 Investitionen dramatisch eingebrochen, die Nettowerte sind seit sechzehn Jahren in Folge negativ. Die KfW
 250 bemisst den kommunalen Investitionsstau auf 138 Milliarden Euro.

251 Die Konsequenzen sind für die Menschen direkt spürbar: Wenn Schwimmbäder geschlossen werden, wenn
 252 kein Bus mehr fährt, wenn die Mietpreise der privatisierten Wohnungen steigen oder wenn die Schulgebäude
 253 marode sind, sinkt die Lebensqualität. Für Unternehmen wird es schwer, Fachkräfte in solche Kommunen
 254 anzuwerben. Höhere Gewerbesteuern und eine marode Infrastruktur vor Ort führen dazu, dass Unternehmen
 255 abwandern.

256 Kommunen wie Mohnheim nutzen diese Schieflage aus, ziehen mit Niedrigst-Sätzen bei der Gewerbesteuer
 257 Unternehmen an und verschlimmern so die finanzielle Schieflage anderer Kommunen. Ein solcher Steuer-
 258 wettbewerb zwischen den Kommunen mit der Herausbildung kommunaler Steueroasen führt zu keinerlei
 259 wirtschaftlichem Fortschritt, sondern zu einer Abwärtsspirale bei der kommunalen Infrastruktur.

260 Handlungsfähige und investitionsbereite Kommunen werden gebraucht, wenn die Transformationen gelingen
 261 sollen. Deshalb muss eine grundsätzliche Neuregelung der kommunalen Finanzen in den Blick genommen
 262 werden.

263 **Daher fordern wir:**

- 264 • Die Interessen von sozialer Absicherung und ökologischer Nachhaltigkeit zu vereinen und zukunftsori-
 265 entierte Arbeitsmarktperspektiven für die Industrie aufzuzeigen
- 266 • Die Abwendung von der Idee der sozialpolitischen Einzelmaßnahmen als Grundstein für den Transfor-
 267 mationsprozess
- 268 • Eine sozialpolitische Absicherung, vor allem durch eine Stärkung von Aus- und Weiterbildung.
- 269 • Ein Zukunftskonzept für die Industrie in NRW als Grundlage für eine tiefgreifende Debatte um die Ge-
 270 staltung der nationalen Energiewende
- 271 • Staatliche Förderungsmodelle müssen einen schnellen und skalierten Ausbau der erneuerbaren Ener-
 272 gien sichern und positive Anreize für die Herstellung an deutschen Standorten schaffen
- 273 • Die Politik muss die Bereitschaft zur klimaneutralen Produktion fördern, erweitern und durch breite
 274 Investitionen in Forschung auf die Industrie in NRW ausweiten
- 275 • Netzwerke, die den Austausch zwischen Forschungseinrichtungen und Betrieben herstellen, sollen fi-
 276 nanziell gestärkt werden
- 277 • Es muss sichergestellt werden, dass innovative Ideen nicht an Kapitalmangel oder fehlender Risikobe-
 278 reitschaft von Kreditinstituten scheitern. Deshalb gilt es – zum Beispiel durch die KfW oder staatliche
 279 Fonds – die Finanzierung von Green Tech-Investitionen und Neugründungen sicherzustellen.

280 **Zukunftskonzept als Diskussionsgrundlage**

281 Mit dieser Doppelstrategie kann auch die Frage nach der zeitlichen Zukunft der Braunkohle in NRW neu dis-
 282 kutiert werden. Nicht erst seit den Fridays for Future Demonstrationen ist klar, dass eine der wichtigsten po-
 283 litischen Aufgaben die Weiterentwicklung des industriellen Sektors weg von der Abhängigkeit fossiler Ener-
 284 giequellen und hin zu einer nachhaltigen Versorgung ist. Betrachtet man die Industriestruktur in NRW wird
 285 deutlich, dass an der Braun- und Steinkohle viele entscheidende Schlüsselindustrien hängen. Daher darf sich
 286 der Blick beim anstehenden Strukturwandel nicht nur auf die Arbeitnehmer*innen und Regionen, die ihren
 287 Wohlstand hauptsächlich auf der Kohle aufbauen, richten, sondern muss auch auf die dahinter gelagerten
 288 Industrien gelenkt sein. Der schnellstmögliche Ausstieg aus der Braunkohle und die Transformation all die-
 289 ser Industriezweige ist unabdingbar und die Diskussion um ein Ausstiegsdatum nur die Spitze des Eisbergs.
 290 Es müssen jetzt alle politischen Handlungsträger*innen, Sozialpartner*innen und Wissenschaftler*innen zu-
 291 sammenkommen, um ein Konzept zu erarbeiten mit dem ein schnellstmöglicher Ausstieg, eine neue Chance

292 bzw. ein Aufbruch für NRW und ganz Deutschland erreicht wird. Wichtig für die Verwirklichung dieses Ziels ist
293 die Weiterentwicklung der Industrien, die für die Energiewende relevant sind. Durch gezielte Förderung und
294 Vernetzung dieser Industrien kann ein neuer Zukunftsmotor entstehen. Dabei können die oben genannten
295 Unternehmen als mögliche Beispiele für den anstehenden Wandel fungieren

296 Darüber hinaus steht die Versorgungssicherheit energieintensiver Industrien im Vordergrund. Dabei muss
297 NRW vor allem in die Erforschung nachhaltiger Speicherkapazitäten investieren, denn in der Zeit nach der
298 Kohle wird vor allem eine verlässliche Energieversorgung schwierig sein. Für diese Aufgaben braucht es neue
299 Industrien und Ideen. Platz hierfür könnten die Flächen des Tagebaus bieten, da sie teilweise mit ihrer guten
300 Lage zwischen der Metropolregion Köln und dem Forschungsstandort Aachen für eine gewerbliche und in-
301 dustrielle Entwicklung prädestiniert sind. Wenn NRW die ehemals „schmutzigen“ Industrien in die Pflicht für
302 den Umbruch nimmt und die gesellschaftlichen Kosten der Verbrennung von Kohle nicht nur auf die Gemein-
303 schaft, sondern auch auf die Kapitalist*innen abwälzt, gibt es eine echte Chance als Bundesland Vorreiter für
304 einen gelungenen Strukturwandel zu sein. Hierfür braucht es jetzt aber auch Planungssicherheit. Der gefun-
305 dene Kohlekompromiss wird die Zeit nicht überdauern, denn der gesellschaftliche Widerstand ist viel zu groß.
306 Deshalb muss schnellstmöglich ein neuer Prozess starten, der die Zukunftsvision für die Zeit nach der Kohle
307 von politischer Seite aus klar vorgibt. Es braucht gesellschaftliche Akteure um diesen Prozess zum Erfolg zu
308 führen. Das Ziel bzw. Ausstiegsjahr darf aber nicht Gegenstand einer solchen Verhandlung sein, sondern muss
309 vielmehr als übergeordnetes politische Ziel feststehen.

310 **Daher fordern wir:**

- 311 • Die Vernetzung und Förderung für die Energiewende relevanter Industrien
- 312 • Die Erforschung von Speicherkapazitäten in NRW für Versorgungssicherheit in der Zeit nach der Kohle
- 313 • Die Flächen des Tagebaus durch den Staat zu entwickeln
- 314 • Die Einbeziehung der durch Kohleverstromung gemachten Gewinne

W3

Einmal einen fairen Welthandel, bitte!

1 Eine Welt ohne Grenzen und ein Handel ohne Grenzen klingen gut, wenn es richtig gemacht wird. Internatio-
2 naler Handel ist wichtig und kann dem Menschen dienen. Doch darf dieser Handel kein Selbstzweck sein: Er
3 muss gerecht und fair sein und Wohlstand, wie auch Sicherheit, für alle ermöglichen und darf nicht nur dem
4 Profit der Unternehmen dienen.

5 **Rückblick auf den bisherigen Welthandel**

6 Leider waren Handelsabkommen bislang vor allem den Profitinteressen von Unternehmen von Nutzen. Die
7 Spielregeln waren einfach: Mehr Wettbewerb, weniger staatliche Regeln. Was hat dabei keine Rolle gespielt?
8 – Faire Löhne, geregelte Arbeitszeiten, Mitbestimmung und sogar teilweise grundlegende Menschenrechte.
9 Ebenfalls spielten öffentliche Dienstleistungen, wie Wasserversorgung oder Umweltstandards, eine geringere
10 Rolle als die Interessen der Unternehmen.

11 **Menschenrechte und gute Arbeitsbedingungen sind keine Lippenbekenntnisse!**

12 Waren, Rohstoffe, Geld und Daten fließen fast ungehindert um die Welt. Profiteure dieser globalisierten Wirt-
13 schaft sind vor allem die wirtschaftlichen Akteur*innen im Globalen Norden. Am anderen Ende der Wertschöp-
14 fungskette stehen Millionen Menschen im Globalen Süden. In diesen globalen Lieferketten arbeiten Millionen
15 Männer, Frauen und Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen. Das ungerechte Machtverhältnis führt
16 immer wieder dazu, dass deren Menschenrechte verletzt werden. Dieses Unrecht haben oft transnationale
17 Unternehmen oder deren Tochterfirmen und Zulieferbetriebe im Ausland zu verantworten- auch deutsche
18 Unternehmen.

19 Beispielsweise starben 2012 258 Arbeiter*innen bei einem Brand in der Textilfabrik Ali Enterprises. Hierbei
20 wurden 32 Menschen verletzt, teilweise lebensgefährlich. Wichtigster Kunde der abgebrannten Fabrik
21 war das deutsche Textilunternehmen KiK, das nach eigenen Angaben 2011 mindestens 70% der Produktion
22 kaufte. Der Brand ist ein drastisches Beispiel dafür, wie menschenunwürdig die Arbeitsbedingungen in den
23 globalen, kapitalistischen Produktions- und Lieferketten sind: Löhne unter dem Existenzminimum, extreme
24 Überstunden, Misshandlungen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz, immer wieder schwere Arbeitsunfälle
25 und die Unterdrückung gewerkschaftlicher Organisation – das ist die ungerechte Realität von Millionen von
26 Arbeiter*innen im Globalen Süden.

27 Transnationale Unternehmen stehen mit diesen Zuständen in unmittelbarem Zusammenhang, weil sie über
28 harte Preisvorgaben und kurzfristige Liefertermine die Arbeitsbedingungen vor Ort verschärfen. Der Preis-
29 und Lieferdruck wird von den Fabrikbesitzer*innen direkt an die Arbeiter*innen weitergegeben. Deutsche
30 Unternehmen müssen zwar nach dem NAP (Nationaler Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte) Ver-
31 antwortung für ihre globalen Beschaffungs- und Produktionsketten übernehmen, denn der NAP sieht eine
32 Menschenrechtsprüfung entlang der gesamten Lieferkette vor. Problematisch ist leider, dass der NAP trotz
33 positiver Akzente voller Lücken ist und hinter anderen Ländern sogar zurückbleibt. Der NAP kodifiziert nur
34 eine Erwartung zur Sicherung von Menschenrechten und beinhaltet keinerlei Regelungen dafür entstandene
35 Schäden zu beheben oder zu begleichen. Um dieser Erwartung gerecht zu werden und Skandale zu verhindern,
36 berufen sich deutsche Unternehmen gerne auf Zertifikate von Prüfdienstfirmen und verpflichten liefernde
37 Fabriken zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen und Einhaltung von Mindeststandards. Diese Zertifikate haben
38 sich offensichtlich als einen zahnlosen Tiger erwiesen, da diese oft einwandfrei und lückenlos vorliegen.

39 **Einen Ausblick wagen!**

40 Diese internationalen Standards müssen weitergedacht werden! Klar ist, dass ein fairer, gerechter und demo-
41 kratischer Welthandel nur jenseits von Abschottung und nationalen Alleingängern möglich ist! Auch ist klar,
42 dass ein internationaler Handel allen Menschen dienen muss.

43 Daher fordern wir:**44 1. Menschenrechte ernst nehmen:**

45 Es muss eine neue Richtlinie auf europäischer Ebene verabschiedet werden, welche die Regelungen zur unter-
46 nehmerischen Sorgfaltspflicht grundlegend reformiert, da freiwillige Selbstverpflichtungen, wie im NAP gere-
47 gelt, nicht reichen! Wir brauchen eine klare Regelung zur Einhaltung von Menschenrechten. Wenn schon der
48 Arbeitgeberpräsident der Meinung ist, dass die Verpflichtung zu Menschenrechten „Unsinn“ und „faktische Un-
49 möglichkeit“ ist, muss hier dringend eine sozialistische Antwort her, denn Menschenrechte sind keine Erwar-
50 tungen, die erfüllt werden müssen, sondern grundlegende Pfeiler, an denen aufgrund von den Profitinteressen
51 von Unternehmen nicht gerüttelt werden darf! Auch muss geprüft werden, inwieweit Prüfdienstunternehmen
52 bei Menschenrechtsverletzungen, trotz ausgestellttem, einwandfreien Zertifikat, haften sollen. Zudem müssen
53 die praktischen und rechtlichen Hürden für Klagen vor deutschen Gerichten aus dem Weg geräumt werden
54 und Sanktionsmechanismen entwickelt werden. Zuletzt ist es von großer Bedeutung, dass Regellungen bezüg-
55 lich dem Schutz von Menschenrechten in Handelsabkommen selbst verankert werden müssen!

56 2. Die Demokratisierung der Handelsabkommen:

57 Internationale Handelsabkommen dürfen nicht mehr hinter verschlossenen Türen verhandelt werden, son-
58 dern müssen von Anfang bis Ende transparent unter Beteiligung von nationalen und EU-Parlamentarier*innen
59 verhandelt werden! Außerdem lehnen wir Schiedsgerichte als Teil von Freihandelsabkommen ab.

60 3. Faire Spielregeln:

61 In internationalen Handelsabkommen müssen verbindliche Regeln für faire Arbeit und gegen Lohndumping,
62 für Arbeitsschutz, für soziale Sicherheit und für Umwelt- und Verbraucherschutz geregelt sein! Wer sich nicht
63 an diese Spielregeln hält, muss mit Sanktionen rechnen.

64 4. Unternehmensinteressen nicht auf Platz 1:

65 Meilenweit vor den Markt- und Profitinteressen muss die öffentliche Daseinsvorsorge, wie die Wasserversor-
66 gung und ein funktionierendes Gesundheitssystem stehen!

W5

Unternehmensstrafrecht jetzt! Damit kriminelle Handlungen von Unternehmen auch geahndet werden können.

1 Die NRW Jusos setzen sich dafür ein, dass ein für Unternehmen als juristische Personen wirksames Strafrecht
2 eingeführt wird. Bisher gibt es kein Unternehmensstrafrecht in Deutschland und nach der aktuellen Rechts-
3 ordnung werden Unternehmen nach dem Ordnungswidrigkeitenrecht geahndet. Das grundsätzliche Problem
4 liegt darin, dass eine Strafbarkeit nach dem Strafgesetzbuch eine individuelle Strafbarkeit von einer natürlichen
5 Person voraussetzt und Unternehmen, welche eben juristische Personen sind, sich hinter der Unternehmens-
6 struktur verstecken können. Dennoch kann das bedeuten, dass ein*e Vertreter*in eines Unternehmens bis
7 zu 10 Millionen Euro bei einem Verstoß zahlen muss, doch das schreckt bekannterweise größere Konzerne
8 nicht wirklich ab. Auch wenn mit dem Bußgeld ein nützliches Werkzeug geschaffen wurde, scheitert es leider
9 auf jeglichen Ebenen und eine Neuregelung mit einer klaren Bestimmung einer Strafbarkeit ist zwingend not-
10 wendig. Als Minimum sehen wir hierbei den Entwurf der rot-grünen NRW-Landesregierung von 2014 für ein
11 Verbandsstrafgesetzbuch (VerbStrG-E NRW) an.

W6

Finanzmarktregulierung aus Leidenschaft

1 Am 15. September 2008 brach mit der Insolvenzanmeldung der US-Investment-Bank Lehman Brothers eine
2 globale Finanzkrise aus, die sich in Europa zur Wirtschafts- und später auch zur Staatsschulden- und Eurokrise
3 ausweitete. Eine der Folgen der verschiedenen Krisen war, dass zum wiederholten Male Verluste sozialisiert
4 und Gewinne privatisiert wurden. Dieses Vorgehen und diese Krisenkaskade wäre nicht möglich gewesen ohne
5 vorherige jahrelange weltweite Deregulierung des Finanzsektors, in Deutschland unter anderem durch die
6 frühere rot-grüne Bundesregierung.

7 Zentrale Aufgabe dieses Finanzsektors ist es, Unternehmen und Haushalte unter anderem mittels Transfor-
8 mationsleistungen durch Kreditvergabe mit Geld zu versorgen, deren Ersparnisse anzunehmen und weitere
9 Finanzdienstleistungen in deren Sinne anzubieten. Zentrale Aufgabe des Finanzsektors ist **nicht**, auf die Plei-
10 te von Staaten und Unternehmen zu wetten, Intransparenz als Geschäftsmodell zu verwirklichen, wie die
11 Hypo Real Estate mit harten Kernkapitalquoten von 0.08% zu arbeiten, Hochleistungscomputer für die Ge-
12 winnung von Sekundenbruchteilen bei Wertpapiertransaktionen aufzustellen oder durch unnötig komplexe
13 Produkte, teilweise gepaart mit krimineller Energie, Kund*innen und Regulierungs- sowie Steuerbehörden zu
14 täuschen.

15 Um diese Fehlentwicklungen zu stoppen, zukünftigen Krisen entgegenzuwirken, Spekulationen zu verhindern,
16 Verbraucher*innen zu schützen und Finanzinstitute zu stabilisieren braucht es eine Reihe von Reformen des
17 Finanzsektors. Im Zentrum müssen Maßnahmen stehen, die darauf abzielen, unverantwortlich riskantes Ver-
18 halten zu verhindern, zu erschweren oder zumindest die Beteiligten an entstehenden Kosten zu beteiligen und
19 das Finanzsystem als ganzes widerstandsfähiger zu machen.

20 **Weiterentwicklung von Basel III:**

- 21 • Strengere Eigenkapitalvorschriften
 - 22 – Augenmerk auf Verschuldungsgrad sowie Liquidität
- 23 • TLAC als Instrument zur besseren Kapitalausstattung im Krisenfall
- 24 • Schwerpunkt auf Krediten an Realwirtschaft, statt auf komplexe und riskante Finanzprodukte
 - 25 – Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen erleichtern

26 Der sogenannte Basel-Prozess zur Regulierung von Banken wurde bereits 1988 angestoßen, war zu Beginn al-
27 lerdings noch von Fehlentwicklungen und -einschätzungen geprägt. Beispielhaft sei hier nur die Einschätzung
28 genannt, dass Staatsanleihen von Euro-Staaten so sicher sind, dass Banken hierfür kein Eigenkapital vorhalten
29 müssen. Es braucht also eine Weiterentwicklung der Vorschriften, um eine weitere, langfristige Stabilisierung
30 des Finanzsektors zu erreichen. Eine besondere Herausforderung ist hierbei, dass kleinere Institute und Un-
31 ternehmen nicht unnötig durch überbordende Bürokratie oder schwierigere Kreditaufnahme benachteiligt
32 werden. Umgekehrt sollen vor allem große Institute mit sehr großer Bilanz, vielen komplexen Produkten und
33 intransparenten Risiken dazu gebracht werden, an diesen drei Punkten zu arbeiten.

34 Da es in einem herausfordernden Marktumfeld zwischen Digitalisierung, Niedrigzinsphase, Wettbewerb und
35 Regulierungskosten schwierig sein kann, kurzfristig die notwendigen Mengen an Eigenkapital zu erwirtschaf-
36 ten, kann zusätzlich auf TLAC (Total Loss Absorbing Capacity) zurückgegriffen werden. Wir erkennen an, dass
37 es durch die mögliche Umwandlung von Fremd- zu Eigenkapital stabilisierende Wirkung haben kann, sehen die
38 Möglichkeit zur Steuerersparnis durch Zinszahlungen, die im Gegensatz zu Eigenkapitalkosten wie Dividende
39 steuerlich abzugsfähig sind. Ein weiteres Ziel dieser Maßnahmen müssen drastische Bilanzverkürzungen und
40 Risikoabbau bei Finanzinstituten sein. Dies soll aber nicht durch Auslagerung in Tochterfirmen, wo Verluste ge-
41 gebenenfalls später oder unauffälliger anfallen, aber nichtsdestotrotz ähnliche Risiken für die Bank bedeuten

42 wie vorher. Strengere Vorschriften bezüglich der zulässigen Verschuldung im Hinblick auf die gesamte Bilanz
43 (leverage ratio) können hier Anreize bieten, Bilanzen zu verschlanken.

44 Mit Basel III wurde mit der Strukturellen Liquiditätsquote (NSFR) eine Kennzahl eingeführt, die die Zahlungs-
45 fähigkeit von Finanzinstituten in den nächsten 12 Monaten misst. Eine der Erfahrungen der Finanzkrise war,
46 dass kurzfristige Kreditaufnahme (zur Finanzierung langfristiger Geschäfte oder des laufenden Betriebs) in ei-
47 ner Phase von Misstrauen und Unsicherheit schwierig werden kann und so ernsthafte Liquiditätsprobleme
48 hervorrufen kann. Die NSFR soll daher eine zentrale Rolle bei der zukünftigen Bewertung von Banken spie-
49 len.

50 **Schwarze Schwäne gibt es doch – Interne Risikomodelle der Banken auf den Prüfstand:**

- 51 • Risikomodelle der Banken kritisch hinterfragen und Anforderungen erhöhen
- 52 – Sehr seltene und unwahrscheinliche Ereignisse stärker berücksichtigen

53 Um beispielsweise Kredite oder Wertpapiere hinsichtlich ihres Risikogehalts einschätzen zu können, haben
54 Regulierungsbehörden Risikomodelle entwickelt, den sogenannten Standardansatz. Alternativ können Finanz-
55 institute, zumeist die großen, die es sich leisten können, eigene Modelle entwickeln (IRB, also internal rating
56 based), die das Ziel haben, Risiken kleinzurechnen und damit Eigenkapitalanforderungen zu verringern und
57 so Geld zu sparen. Wie schlecht diese internen Ansätze funktionieren, ließ sich in der vergangenen Finanzkrise
58 auf dramatische Art und Weise beobachten. Das Risiko des Eintritts vorher für unmöglich erachteter Ereignis-
59 se, sogenannter „Schwarzer Schwäne“, wie einen Tagesverlust des Schweizer Franken von über 15% im Jahr
60 2015 oder Ausfälle als sicher geltender Kreditportfolios, müssen dabei angemessen berücksichtigt werden. In
61 Deutschland werden diese Risikomodelle von der BaFin geprüft und genehmigt. Anhand zahlreicher Fälle aus
62 der Vergangenheit, bspw. jener der ‚Göttinger Gruppe‘, sollte die BaFin mit mehr Befugnissen ausgestattet
63 werden, um Verdachtsfälle betrügerischer Machenschaften innerhalb der Finanzbranche besser vorbeugen
64 und bekämpfen zu können.

65 **Ratings made in Europe:**

- 66 • Förderung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur
- 67 • Strukturelle Unterstützung durch Nutzung ihres Ratings für öffentliche Geldanlage
- 68 • Hinwirken auf Anerkennung durch die ESMA und EZB als eine der Agenturen zur Bewertung von Wert-
69 papieren als Sicherheiten bei der Kreditvergabe an Banken

70 Zu den zentralen Herausforderungen einer europäischen Ratingagentur zählt die weitestgehende Etablie-
71 rung der „Big three“ Moody's, Standard & Poor und Fitch, die über 90% des globalen Markts abdecken. Trotz
72 ihrer offensichtlichen Fehlbarkeit, Interessenkonflikte und Falschbewertungen, die maßgeblich zum Entste-
73 hen der Immobilienblase in den USA und später zur Eskalation der Staatsschuldenkrise in Europa beigetragen
74 haben, sind sie bis heute quasi alternativlos. Dem muss eine seriöse, verlässliche öffentliche europäische Ra-
75 tingagentur entgegengestellt und gefördert werden. Wo die US-amerikanischen Agenturen Interessenkonflikte
76 durch die Bezahlung durch die zu bewertenden Kunden haben, muss eine europäische mit einem transparen-
77 ten Bezahlungs- und Bewertungssystem und einer Unabhängigkeit von europäischen Staaten und Institutio-
78 nen punkten. So wird es möglich sein, dem Teufelskreis der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen von immer
79 schlechteren Ratings und Zahlungsschwierigkeiten zu entkommen.

80 Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal kann eine Fokussierung auf ein Klima-Rating von Finanzanlagen sein, bei
81 dem beispielsweise der ökologische Fußabdruck von bewerteten Unternehmen dargestellt wird und gezeigt
82 wird, inwieweit diese Firmen auf eine Energiewende oder den Klimawandel vorbereitet sind. Dieses Rating
83 könnte bei öffentlicher Geldanlage verpflichtend gemacht werden.

84 Ein weiterer entscheidender Punkt dabei ist, dass sowohl die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichts-
85 behörde (ESMA) als zuständige Institution für die Zulassung von Ratingagenturen als auch die Europäische
86 Zentralbank (EZB) als eine wichtige Nutzerin von Ratings im Rahmen ihrer Offenmarktpolitik bei der Kreditver-
87 gabe an Geschäftsbanken diesen Prozess begleiten.

88 **Demokratisierung der Eurozone:**

- 89 • Euro-Finanzminister*in mit eigenem Budget und Kompetenzen

- 90 • Euro-Kammer im EU-Parlament

91 Stärkere europäische Kontrolle von Finanzmärkten und -instituten lassen sich besser verwirklichen, wenn sie
 92 institutionell „hinterlegt“ sind. Es ist an der Zeit, den Geburtsfehler des Euro zu beheben: Eine gemeinsame
 93 Währung kann ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht funktionieren. Die hier geforderte Kom-
 94 petenzverlagerung in die Eurozone muss, wenn sie demokratisch legitimiert sein will, durch demokratische
 95 Institutionen geschehen. Deshalb plädieren wir für die Schaffung einer Euro-Finanzminister*in, die die ge-
 96 meinsame Politik koordiniert, und einer Euro-Kammer im EU-Parlament – möglicherweise als Unterausschuss
 97 des ECON-Ausschusses –, die diese Finanzminister*in demokratisch kontrolliert. Eine Euro-Kammer hat gegen-
 98 über einem eigenen Euro-Parlament den Vorteil, dass die Abgrenzung zwischen Eurozone und Europäischer
 99 Union weniger stark ausfällt und so die Integration von Nicht-Euroländern leichter fällt. Zusätzlich sollten auch
 100 nicht stimmberechtigte Vertreter*innen der nationalen Parlamente Teil der Euro-Kammer sein.

101 **Koalitionsvertrag umsetzen – Finanztransaktionssteuer endlich einführen:**

- 102 • Käufe von Aktien und Anleihen mit mindestens 0,25% und Käufe von Währungen, Derivate o. ä. mit
 103 mindestens 0,025% besteuern
- 104 • Auf alle börslichen und nichtbörslichen Käufe in teilnehmenden Staaten
- 105 • Im Idealfall weltweit, ansonsten EU-weit, ansonsten national

106 Auf jeder Rechnung im Supermarkt wird penibel genau die zu zahlende Umsatzsteuer aufgeführt – beim Kauf
 107 von Wertpapieren fehlt eine solche Abgabe aber völlig. Eine Finanztransaktionssteuer hat das Potenzial, Spe-
 108 kulationen, die auf geringsten Preisunterschieden von Wertpapieren beruhen, aber keinerlei realwirtschaft-
 109 lichen Bezug haben, unrentabel zu machen. Diese ständigen Käufe und Verkäufe innerhalb von Sekunden-
 110bruchteilen, machen den Wertpapierhandel zwar einerseits teilweise einfacher, da beispielsweise beim Kauf
 111 oder Verkauf von Aktien nicht lange auf eine andere Partei gewartet werden muss. Andererseits wiegt dieser
 112 Vorteil zunehmende Instabilitäten sowie immer intransparenter werdende Finanzmärkte und -transaktionen
 113 nicht wieder auf. Diese Steuer macht Hochfrequenzhandel und kurzfristige Spekulationen bei geringen Preis-
 114 unterschieden, wie sie insbesondere bei Währungsgeschäften oder Transaktionen unattraktiver und schafft
 115 so weniger Geschäfte auf den Finanzmärkten und kann je nach Ausgestaltung EU-weit für einen dreistelligen
 116 Milliardenbetrag an Steuereinnahmen sorgen.

117 **Hochfrequenzhandel wirksam unterbinden:**

- 118 • Umfassende Finanztransaktionssteuer einführen
- 119 • Mindesthaltedauer für Finanzprodukte
- 120 • Verbot der Ausnutzung von Informationsvorsprüngen über bevorstehende Käufe und Verkäufe inner-
 121 halb der Handelssysteme

122 Hinter dem technischen Begriff „Hochfrequenzhandel“ verbirgt sich der automatisierte Kauf und Verkauf von
 123 Wertpapieren innerhalb von Millisekunden, um kleinste Preisdifferenzen an verschiedenen Börsen (Arbitra-
 124 ge) oder Informationsvorteile über bevorstehende Transaktionen anderer Marktteilnehmer*innen auszunut-
 125 zen. Dieser setzt enorme Kapazitäten an Rechenleistungen und komplexe Handelsalgorithmen sowie teilweise
 126 schlicht und einfach eine räumliche Nähe vom Rechenzentrum zur Börse voraus, sodass er längst nicht für Alle
 127 Marktteilnehmer*innen verfügbar ist, sondern insbesondere für diejenigen, die sich diese Kapazitäten leisten
 128 können. Während Befürworter*innen argumentieren, so ließen sich die Liquidität an der Börse erhöhen und
 129 Gebühren sowie Preisdifferenzen gesenkt werden, stehen demgegenüber intransparente und unfaire Trans-
 130 aktionen, die darüber hinaus keinen Bezug zu realen Investitionen haben.

131 Die Ausnutzung der kleinsten Preisdifferenzen kann dabei durch die beschriebene Finanztransaktionssteuer
 132 unattraktiv gemacht werden, hierfür reicht bereits ein geringer Steuersatz. Eine Mindesthaltedauer schiebt
 133 dem sekundenschnellen Besitzer*innenwechsel von Wertpapieren zusätzlich wirksam einen Riegel vor.

134 **Weniger Brandbeschleuniger – Eindämmung von komplexen Finanzprodukten:**

- 135 • Mehrfachen Wiederverkauf von verbrieften Krediten erschweren
- 136 – Selbstbehalt auf 25%-33% je Verkäufer erhöhen

137 • Kreditausfallversicherungen nur für Gläubiger*innen

138 • Lebensmittelspekulationen verbieten, aber Warentermingeschäfte erhalten

139 Banken behalten vergebene Kredite häufig nicht in ihrer eigenen Bilanz, sondern treten die aus dem Kredit-
 140 vertrag entstehenden Tilgungs- und Zinszahlungen an Investor*innen ab, die die Banken dafür mit einer Art
 141 Prämie dafür entschädigen. Was zunächst für Liquidität bei der Bank sorgt, hat den Nebeneffekt, dass sie nun
 142 auch kaum Interesse an einer geordneten Rückzahlung des Kredits hat – die Versuchung, riskante Kredite zu
 143 vergeben steigt also. Wenn viele solcher Kredite gebündelt und mehrfach weiterverkauft werden, besteht trotz
 144 oder teilweise auch gerade wegen Ratings Unklarheit über die tatsächlichen Risiken dieses Pakets von asset
 145 backed securities (ABS). Wenn Banken diese Kredite nicht mehr vollständig weitergeben können, sondern nur
 146 teilweise, bleiben sie am Risiko ihrer vergeben Kredite beteiligt. Gleichzeitig verkürzt sich durch einen solchen
 147 Selbstbehalt auch die Liste an möglichen Käufen und Verkäufen. Aktuelle Regelungen, die einen Selbstbehalt
 148 von 5-10% vorschreiben gehen nicht weit genug und begrenzen auch nicht den vielfachen Wiederverkauf der
 149 Kreditportfolios.

150 Um sich gegen Kreditausfälle abzusichern, ist es möglich, Versicherungen für diesen Fall abzuschließen. Ab-
 151 surdeweise lassen sich diese credit default swaps (CDS) auch vereinbaren, ohne dass man tatsächlich einen
 152 Kredit an ein Unternehmen oder einen Staat vergeben hat, was effektiv heißt, dass von der Zahlungsunfä-
 153 higkeit von Schuldner*innen profitiert und damit quasi auf diese Illiquidität gewettet wird. Massiv passiert ist
 154 dies insbesondere während der Euro-Krise bei Anleihen südeuropäischer Staaten. Wer sich so unverantwort-
 155 lich zeigt und ohne direktes eigenes Interesse an der Zahlungsfähigkeit Anderer von wirtschaftlichen Notlagen
 156 profitieren will, dem soll durch eine Beschränkung der CDS auf Gläubiger*innen die Geschäftsgrundlage ent-
 157 zogen werden.

158 Wenn Lebensmittelproduzent*innen sich gegen schwankende Preise absichern wollen, können sie dies über
 159 Warentermingeschäfte oder Futures machen, bei denen sie bereits im Vorhinein einen Preis festlegen, der bei
 160 einem zukünftigen Handel gezahlt wird (und dementsprechend auch vom dann aktuellen Marktpreis positiv
 161 oder negativ abweichen kann). So weit, so gut – wenn diese (handelbaren) Kontrakte aber zum Spekulations-
 162 objekt werden, werden es die zugrundeliegenden Lebensmittel gleich mit. Das kann zu enormen Preisschwan-
 163 kungen bei Grundnahrungsmitteln führen – mit verheerenden Folgen für Landwirt*innen auf der einen, aber
 164 insbesondere für Konsument*innen, für die bezahlbare Lebensmittel überlebenswichtig sind, auf der anderen
 165 Seite. Deshalb braucht es endlich einen wirksamen Schutz der Lebensmittelmärkte vor Spekulationen ohne
 166 den Marktteilnehmer*innen die Möglichkeit zu verwehren, sich wie bisher abzusichern.

167 Die beschriebenen Produkte und viele weitere mehr tragen insgesamt zur Instabilität des Finanzsystems bei
 168 und sorgen für Intransparenz, mehr Risiken und erhöhte Krisenanfälligkeit. Banken und Finanzdienstleister*in-
 169 nen sollten sich daher besser auf die Kreditvergabe an die und das Einlagengeschäft mit der Realwirtschaft
 170 konzentrieren. Auch eine Finanztransaktionssteuer würde an dieser Stelle weiterhelfen, da sie viele der er-
 171 wählten Produkte schlagartig unattraktiver oder sogar unrentabel machen würde.

172 **Lehren aus Cum Ex & Cum Cum:**

173 • vollkommene Aufklärung von Täter*innen, Unterstützer*innen und Mitwisser*innen und Gründe, wes-
 174 halb trotz Hinweisen jahrzehntelang nichts unternommen wurde

175 • bessere personelle und finanzielle Ausstattung von Steuerbehörden

176 • Einrichtung oder Ausbau eines Frühwarnsystems zur Erkennung von steuerlichen Auffälligkeiten

177 • Ausbau der Kommunikation zwischen den nationalen Steuerbehörden

178 • Whistle-Blower*innen ernstnehmen, ihren Hinweisen nachgehen und schützen

179 Wenn Steuervermeidung und Steuerhinterziehung nicht mehr reichen, wird Steuerraub betrieben – so er-
 180 schreckend einfach lässt sich das Grundprinzip von Cum Ex, Cum Cum und Cum Fake umreißen. Dabei wurden
 181 europaweit schätzungsweise 50 Milliarden Euro aus den Staatskassen durch vorgebliche Steuererstattungen
 182 erbeutet. Neben einiger Skrupellosigkeit ist dieser beispiellose Raubzug auch durch schlechte Kommunikati-
 183 on zwischen den verschiedenen nationalen Steuerbehörden, Lobbyismus, der bis hin zum Vorschreiben von
 184 Gesetzestexten reichte, mangelndes Interesse bei der Aufklärung, schlechte personelle Ausstattung der Steu-
 185 erfahnder*innen und ein nicht vorhandenes Frühwarnsystem zu erklären.

186 Erschwerend kommt hinzu: Auf der anderen Seite werden diejenigen, die überhaupt zum Aufdecken dieses
 187 Skandals beigetragen haben, kriminalisiert: So wurde der deutsche Journalist Oliver Schröm, Chefredakteur
 188 von Correctiv, wegen der Anstiftung zum Geheimnisverrat angeklagt. Unsere Solidarität gilt denjenigen, die
 189 dazu beigetragen haben, dass wir überhaupt von diesen Skandalen wissen!

190 **Facebook weiß schon mehr als genug – Libra verhindern:**

- 191 • Keine Zulassung der von Facebook angekündigten Digitalwährung „Libra“
- 192 • Globale Absprachen notwendig

193 Die Libra Association spricht über Libra als „eine stabile globale Kryptowährung, die auf einem sicheren Netz-
 194 werk basiert“ und Facebook als Initiator verspricht, die Privatsphäre von Nutzer*innen zu respektieren und die
 195 Transaktionen über eine Tochterfirma („Calibra“) abzuwickeln. Erfahrungen aus der Übernahme von Whatsapp
 196 zeigen allerdings, wie viel von solchen Zusagen zu halten ist. Während Facebook über seine sozialen Netzwer-
 197 ke und weit darüber hinaus bereits Unmengen an Daten von über 2 Milliarden Menschen gesammelt und
 198 ausgewertet hat, blieb der äußerst sensible Bereich von privaten Zahlungen bisher außerhalb der Reichwei-
 199 te des Konzerns. Das soll nun geändert werden und ist Anlass zur Sorge, dass bereits bestehende angelegte
 200 Profile von Nutzer*innen um beispielsweise Einkaufsaktivitäten oder Zahlungsschwierigkeiten erweitert wer-
 201 den könnten. Darüber hinaus wurde zwar eine Hinterlegung mit einem Währungskorb aus Leitwährungen zur
 202 Stabilisierung des Werts der Libra angekündigt – eine hundertprozentige Sicherheit, ihr „echtes“ Geld zurück-
 203 zuerhalten, bietet diese aber für Kund*innen nicht. Um diese Einführung zu verhindern ist es entscheidend,
 204 dass Staaten und Zentralbanken international gemeinsam daran arbeiten, Libra noch zu verhindern.

205 **Schattenbanken aus der Grauzone der Regulierung herausholen und kontrollieren:**

- 206 • Umgehung der Banken-Regulierung durch Auslagerung an Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds usw.
 207 verhindern
- 208 – Ähnliche Regeln für ähnliche Unternehmen & Geschäfte

209 Risiken die nicht in den Bilanzen von Banken stehen, fallen auch nur schwerlich bei Stresstests oder anderen
 210 Kontrollen auf. Dabei kann es gut sein, dass in Zweckgesellschaften, die vom Finanzinstitut gegründet und
 211 kontrolliert werden und für die dieses im Verlustfall auch haftbar ist, ihre Muttergesellschaft ins Wanken brin-
 212 gen. Für diese Tochterfirmen, die vor allem den Zweck haben, riskante Geschäfte oder Positionen nicht direkt
 213 mit der Eigentümerin in Verbindung zu bringen, besteht in vielen Bereichen deutlicher Nachholbedarf, was die
 214 Regulierung angeht.

215 **Finanzberatungen kontrollieren und reformieren:**

- 216 • Ausbildungsstandards bei kleineren Finanzberatungen erhöhen
- 217 • Neue Bezahlmodelle für Finanzberatung statt Provision pur

218 Beim Abschluss von Versicherungen, Geldanlagen oder Kreditverträgen bei privaten Finanzberater*innen spie-
 219 len Provisionen eine große Rolle. Dass es dabei zu einem Interessenkonflikt zwischen den Bedürfnissen von
 220 Kund*innen nach günstigen oder sicheren Produkten und denen ihrer Berater*innen nach solchen, die eine
 221 hohe Provision nach sich ziehen, liegt auf der Hand. Wir befürworten daher andere Modelle wie die Bezah-
 222 lung nach Zeit wie sie beispielsweise bei Anwäl*innen üblich ist oder eine Verteilung der Provisionszahlungen
 223 auf mehrere Jahre. Letzteres hätte den Effekt, dass erste Zahlungen auf einen Versicherungsvertrag nicht nur
 224 die Provision decken, sondern direkt das Sparguthaben erhöhen, was bei einer frühzeitigen Kündigung sehr
 225 wichtig sein kann. Außerdem würde so das Interesse an einer langfristigen und funktionierenden Geschäfts-
 226 beziehung zu den Kund*innen gestärkt.

227 Vorher kommt es aber zuallererst darauf an, wie beraten wird. Hier braucht es gerade im Bereich von Struktur-
 228 vertrieben wie tecis höhere Ausbildungsstandards, um Kund*innen aber auch möglicherweise leichtgläubige,
 229 gerade angefangene Mitarbeiter*innen zu schützen. Berufsschulen spielen hierbei eine wichtige Rolle, aber
 230 gerade auch die Ausbilder*innen und die gelebte Unternehmenskultur vor Ort.

231 **Großbankfusionen – Nein danke!**

- 232 • Grundsätzliche Ablehnung der Fusion von Großbanken

233 „Too big to fail“ war eines der Todschlagargumente, mit denen während der Finanzkrise Finanzinstitute alter-
234 nativlos mit Steuergeldern gerettet werden mussten. Eine Lehre daraus muss also sein, diese Institute nicht
235 wieder so groß werden zu lassen, dass eine mögliche Schieflage durch ihre schiere Größe und Verzahnung
236 innerhalb des Wirtschaftssystems letzteres insgesamt in Gefahr bringt.

237 Die Fusionen bzw. Übernahmen der Dresdner Bank durch die Commerzbank und die der Postbank durch die
238 Deutsche Bank zeigen, wie schwierig, teuer, riskant, ineffizient, schlecht geplant, amateurhaft durchgeführt,
239 naiv, intransparent und wenig zielführend solche Transaktionen sind. In ersterem Fall wurden unüberschauba-
240 re Risiken in die Bilanz der Commerzbank eingekauft, die später maßgeblich zur Notwendigkeit von staatlichen
241 Rettungsmaßnahmen führten. In letzterem Fall gestaltete und gestaltet sich die Integration der Postbank in
242 den Deutsch Bank-Konzern nach wie vor als so schwierig, dass zwischenzeitlich ein Wiederverkauf stattfinden
243 sollte, der mangels Interessenten wieder abgeblasen wurde. Auch die Planspiele um eine Fusion der beiden
244 wankenden Riesen Deutsche Bank und Commerzbank im Frühjahr 2019, maßgeblich befeuert durch Finanz-
245 minister Olaf Scholz, haben gezeigt, wie widersinnig ein solches staatsmonopolitisch-kapitalistisches Vorhaben
246 ist.

247 **Regulierung gibt's nicht für lau! Behörden handlungsfähig machen:**

248 • Massive Investitionen in Personal, Ausstattung, Fortbildung

249 • Nationale und internationale Vernetzung ausbauen

250 • Lobbyismus eindämmen und Transparenz schaffen

251 Bei allen diesen Vorschlägen muss es, um sie umsetzbar zu machen, zunächst grundsätzlich um eine besse-
252 re Ausstattung von Steuer-, Kontroll- und Regulierungsbehörden gehen. Beispielhaft seien hier der deutsche
253 Ausschuss für Finanzstabilität (AFS), die deutsche Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und
254 das Europäische Finanzaufsichtssystem (ESFS) genannt.

255 Das Hase-und-Igel-Spiel zwischen Banken, die immer neue Lücken im Regulierungsdickicht finden und immer
256 komplexere Finanzprodukte erfinden und staatlichen Institutionen auf der anderen Seite muss ein Ende ha-
257 ben. Dafür braucht es entschlossene (finanzielle) Investitionen in Know-How und personelle sowie technische
258 Ausstattung. Auch der Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit über Grenzen von Bundeslän-
259 dern und Staaten hinweg ist mitentscheidend für die Lösung der globalen Probleme des Finanzsektors.

260 Darüber hinaus ist kaum jemandem geholfen, wenn neue Regulierung und Gesetze so komplex geschrieben
261 sind, dass sie für kleinere Banken zum ernsthaften und teuren Hindernis wird, große Institute aber darin im-
262 mer neue Lücken finden. Besser und hilfreicher sind hier einfachere, aber strengere Regeln, die kleinere und
263 ungefährlichere Institute nicht unnötig belasten und großen Marktteilnehmer*innen keine Schlupflöcher bie-
264 ten.

265 Bei der Durchsetzung von mehr Regulierung des Finanzsektors sehen sich Abgeordnete und Regierungen in
266 Berlin, Brüssel und anderswo regelmäßig Lobbyist*innen gegenüber, die versuchen, die Gesetzgebung nach
267 ihren Interessen zu beeinflussen. Im Extremfall führt das dazu, dass Gesetzestexte Wort für Wort aus Emp-
268 fehlungen von Lobbyverbänden stammen. Mehr Transparenz hinsichtlich Kontakten von Abgeordneten und
269 Lobbyist*innen, ein Lobbyregister und eine Unterstützung von NGO's wie Finanzwende e. V. können dazu bei-
270 tragen, dieses Ungleichgewicht zu verkleinern.

271 Im Idealfall würden die vorgeschlagenen Regulierungen weltweit gelten, um ein Ausweichen von Finanzinsti-
272 tuten in schlechter regulierte Regionen zu verhindern, nichtsdestotrotz wäre auch ein EU-weiter Geltungsbe-
273 reich bereits ein großer Schritt für mehr Stabilität des Finanzsektors. Deutschland sollte hierbei vorangehen
274 und deutlich machen, wie wichtig eine umfassendere und effektivere Regulierung der Finanzmärkte ist.



Auch indirekte Rüstungsexporte sind Rüstungsexporte!

- 1 Im Koalitionsvertrag wurde ein Stopp von Rüstungsexporten an Beteiligte des Jemen-Kriegs vereinbart. Bis zur
2 Ermordung des saudischen Journalisten Khasoggi in der saudi-arabischen Botschaft in der Türkei hatte diese
3 Vereinbarung aber keinerlei praktische Konsequenzen für Exporte von Rüstungsgütern an Saudi-Arabien, die
4 auch in eben jenem Jemen-Krieg eingesetzt werden konnten. Dieser vorläufige Stopp, dessen Ende nicht nur
5 von französischen Rüstungsunternehmen, die gemeinsam mit deutschen produzieren und somit auf deren
6 Mitwirkung angewiesen sind, gefordert wird, gilt jedoch nur für deutsche Firmen. Ausländische Tochterfirmen
7 deutscher Unternehmen sind davon nicht betroffen. Beispielhaft hierfür steht die Firma Rheinmetall, deren
8 italienische bzw. südafrikanische Tochterfirma Saudi-Arabien weiterhin mit Rüstungsgütern wie Munition ver-
9 sorgt. Während Wirtschaftsminister Peter Altmaier keinen Bedarf zu einer Änderung des entsprechenden Ar-
10 tikels 49 der Außenwirtschaftsordnung sieht, sagen wir:
- 11 Diese Umgehung deutscher Waffenexportrestriktionen kostet Menschenleben und ist nicht weiter hinneh-
12 bar!
- 13 Zur weiteren Begrenzung von Rüstungsexporten fordern wir daher:
- 14 • Einbeziehung von Tochterfirmen deutscher Unternehmen in Rüstungsexportrestriktionen
 - 15 • Austausch mit europäischen Partnerländern über Einschränkungen von Rüstungsexporten, v. a. in Kri-
16 sengebiete

U Umwelt- und Klimapolitik

U Umwelt- und Klimapolitik

U3	Mehrweg für alle!	67
U4	Tiertransporte bei über 25 Grad Celsius stoppen	68

U3

Mehrweg für alle!

- 1 Trotz des gesellschaftlich wachsenden Umweltbewusstseins geht der Anteil der Mehrwegflaschen weiter
- 2 zurück- nach dem Umweltbundesamt werden weniger als die Hälfte aller Flaschen mehrfach verwend-
- 3 et.
- 4 Plastikflaschen werden meistens recycelt und zum Beispiel zu Polyesterfasern weiterverarbeitet, die in Klei-
- 5 dungsstücken verwendet werden können.
- 6 Dieser Verfahren ist jedoch energetisch sehr aufwendig- Mehrweg-PET-Flaschen können bis zu 50 Mal gerei-
- 7 nigt und wieder verwendet werden und haben damit eine deutlich bessere Ökobilanz als Einweg-PET-Flaschen.
- 8 Darüber hinaus werden Mehrwegflaschen eher regional befüllt und haben damit durchschnittlich kürzere
- 9 Transportwege als die eher zentral hergestellten Einwegflaschen.
- 10 Ähnliches gilt für Einweg-Glasflaschen: Diese sind sogar umweltschädlicher als solche aus Plastik, da die Ein-
- 11 schmelztemperatur für Glas deutlich höher ist als die von Plastik.
- 12 Einwegsysteme sind für Unternehmen oftmals wirtschaftlicher. Die durch sie entstehenden Treibhausgasemis-
- 13 sionen sind jedoch hoch- und vermeidbar.
- 14 Deshalb fordern wir den zeitnahen Umstieg auf ein nachhaltiges Mehrwegsystem für alle Flaschen! Gleichzeitig
- 15 fordern wir eine allgemeine Vereinheitlichung und Erhöhung des Mehrwegpfands.

U4

Tiertransporte bei über 25 Grad Celsius stoppen

1 Auf der Agrarminister*Innenkonferenz im September 2019 wurde sich mit den Transportbedingungen von
2 Tieren im Zusammenhang mit hohen Außentemperaturen beschäftigt. Das ist auch bitter nötig. Nicht sel-
3 ten sterben Tiere aufgrund unerträglicher Bedingung bei Haltung und Transport auf deutschem und europäi-
4 schem Boden, auch aufgrund zu hoher Temperaturen. Wir Jusos fordern, das Verbot von Tiertransporten von
5 Masttieren bei über 25 Grad Celsius konsequent durchzusetzen.

6 Die von der Konferenz beschlossenen Änderungen sind jedoch nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein. Für
7 einen würdigen Transport von Tieren müssen weitergehende Änderungen auf europäischer Ebene beschlos-
8 sen und konsequent kontrolliert werden. Darauf wird im Folgenden eingegangen.

9 Der Transport von jeglichen Tieren, einschließlich der von Masttieren unterliegt den Bestimmungen der EU-
10 Tiertransportverordnung ((EG) Nr. 1/2005). Weitergehende, aber keineswegs ausreichende Regelungen wer-
11 den auf bundesdeutscher Ebene durch die Tierschutztransportverordnung (TierSchTrV) geregelt. Die EU-
12 Verordnung wurde nach der Arbeit durch das wissenschaftliche Gremium für Tierschutzgesundheit ((AHAW)
13 der europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (efsa) 2004 eingeführt; jedoch wurden nicht alle dort er-
14 arbeiteten Forderungen übernommen, sondern vielfältige Ausnahmeregelungen eingearbeitet. Nicht nur der
15 Transport bei großer Hitze, auch der lange Zeitraum stellt eine unzumutbare Belastung für Tiere da. Aktuell
16 sind diese noch in einer Länge von acht Stunden, bei Vorhandensein von Tränke und Ventilatoren auch noch
17 länger, erlaubt. Hinzu kommt, dass die Tiere dabei häufig auf sehr engem Raum zusammenstehen müssen.
18 Insgesamt führen diese Zustände bei den Tieren zu Stress, Dehydration und Erschöpfung und somit zu einer
19 durch striktere Regelungen vermeidbaren Qual.

20 Wir fordern:

- 21 • Konsequente Durchsetzung des Verbots von Tiertransporten bei über 25 Grad Außentemperatur und
22 strenge behördliche Kontrollen zur Einhaltung der Tierschutzregeln bei Tiertransporten.
- 23 • Wortgleiche Umsetzung der Forderungen des AHAW in die EU-Verordnung; Genaue Formulierung ohne
24 gesetzliche Schlupflöcher für die europäischen Mitgliedsländer
- 25 • Keine Unterscheidung beim Transport von ökologischer und konventioneller Lebensmittelproduktion
26 in deutscher Tierschutzverordnung.

27 Da eine Durchsetzung von EU-Tierschutzbestimmungen bei Transporten ins Nicht-EU-Ausland de facto nicht
28 über die gesamte Strecke gegeben ist, ist hierbei über eine Reduzierung auf ein absolutes Minimum nach-
29 zudenken. Wir brauchen nicht zuletzt eine gesellschaftliche Debatte über Sinn und gesellschaftliche Folgen
30 erhöhten oder übermäßigen Fleischkonsums. Wir müssen uns gesellschaftlich fragen, ob sich die Folgen der
31 massenhaften Produktion von Fleischprodukten in dieser Form rechtfertigen lassen.

INI Initiativanträge

INI Initiativanträge

INI1	Mensch, Struktur, Wandel: Unser Weg zum sozialistischen und ökologischen Umbau der Wirtschaft	70
INI2	Solidarität mit allen Opfern sexualisierter Gewalt und sexistischem Verhalten	78
INI3	standhaft sozial demokratisch: NRW Jusos nominieren Eskabo zum SPD-Parteivorsitz	79



Mensch, Struktur, Wandel: Unser Weg zum sozialistischen und ökologischen Umbau der Wirtschaft

1 Am 20. September 2019 waren in Deutschland über eine Millionen Menschen auf der Straße, um für den Klima-
 2 schutz und gegen die Ausbeutung unseres Planeten zu demonstrieren. Denn schon heute müssen Menschen
 3 flüchten, da sie ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden, Tier- und Pflanzenarten sind massiv vom Ausster-
 4 ben bedroht oder bereits verschwunden. Auf der ganzen Welt treten drastische Wetterphänomene in erhöhter
 5 Häufigkeit auf. All dies ist in Deutschland bereits spürbar, jedoch trifft es andere Regionen wie den Globalen
 6 Süden mit besonderer Härte. Die Wissenschaft prognostiziert ein düsteres Bild, was die Zukunft betrifft, be-
 7 sonders wenn die Einhaltung des Klimaschutzabkommens von Paris wie bisher durch die Politik nicht verfolgt
 8 wird. Die Menschen haben angesichts dessen einen großen Wurf beim Klimaschutz erwartet. Die Große Ko-
 9 alition hat wieder einmal bewiesen, dass sie höchstens den Minimalkonsens liefern kann. Die CDU beweist
 10 wieder einmal, dass sie ein Bremsklotz jeder progressiven Politik ist. Für uns ist klar, dass wir handeln müs-
 11 sen und nicht auf internationale Bemühungen und Kompromisse warten können, auch wenn diese weiterhin
 12 zur Lösung unabdingbar sind. Wir wollen ein wirtschaftliches und ökologisches Gegenkonzept zum neoliberalen
 13 Status Quo, ein Gegenkonzept zur Ausbeutung von Arbeitskraft, zur Ausbeutung von Menschen und zur
 14 Verschwendung natürlicher Ressourcen. Für uns ist es nie ein Entweder-Oder zwischen Arbeitsplätzen und
 15 Umweltschutz. Wir stehen für einen sozialverträglichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern bei gleichzeitigen
 16 Infrastrukturmaßnahmen und -investitionen in den betroffenen Regionen. Und wir kämpfen für gute, tarif-
 17 gebundene und von Mitbestimmung geprägte neue Arbeitsplätze. Nur so kann Strukturwandel gelingen und
 18 nur so fahren wir das Rheinische Revier und die anderen Braunkohle-Revier nicht vor die Wand und können
 19 vielleicht einiges im Ruhrgebiet wieder geraderücken, was dort verpasst worden ist. Deshalb ist es uns wich-
 20 tig, dass die Art, wie über Klimaschutzpolitik diskutiert wird, nicht Menschen gegeneinander treibt. Wir sehen
 21 Klimapolitik deswegen in erster Linie als Umverteilungspolitik.

22 **Das sagen wir zur Energiewende**

23 Die Energiewende wird in der öffentlichen Debatte leider zu oft verkürzt auf eine Frage der Kraftwerke, auf
 24 "Kohle – ja oder nein?". Für uns ist dabei klar: Die Energieversorgung der Zukunft ist weder fossil noch atomar.
 25 Wir wollen den Ausstieg aus Kohle und Atom. Die Frage nach dem Datum des Kohleausstiegs ist dabei sowohl
 26 in der Gesellschaft als auch in unserem Verband hoch umstritten. Der Kompromiss der Kommission "Wachs-
 27 tum, Strukturwandel und Beschäftigung" (Kohle-Kommission), der schrittweise Ausstieg aus der Förderung
 28 von Braunkohle und Verstromung von Braun- und Steinkohle bis zum Zeitkorridor 2035 bis 2038 ist mutlos,
 29 ideenlos und das Ergebnis eines mangelnden Investitionswillens und kapitalistischer Unternehmensinteres-
 30 sen. Auf Seiten der Beschäftigten vor Ort und anderer lokaler Akteur*innen herrscht große Unsicherheit, denn
 31 am Ruhrgebiet wird deutlich, welche Folgen ein gescheiterter Strukturwandel hat. Doch aufgrund der breiten
 32 Beteiligung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur*innen in der Kommission – Arbeitgeber*innen,
 33 Industrie, Gewerkschaften, Politik, die Kirchen, Umweltverbände und Bürger*innen aus den betroffenen Re-
 34 vieren – kann der Kompromiss nicht einfach beiseite gewischt werden. Wir müssen alles dafür tun, dass die
 35 Energiewende sozial und schnell geschieht. Dazu müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen wer-
 36 den:

- 37 • Ein wirklich tragfähiges Konzept für die betroffenen Regionen zur Umstrukturierung der Wirtschaft.
 38 Wir können uns keinen weiteren gescheiterten Strukturwandel leisten. Eine Deindustrialisierung muss
 39 dabei verhindert werden.
- 40 • Die Demokratisierung der Wirtschaft: Solange kapitalistische Interessen Vorrang vor dem Gemeinwohl
 41 haben, kann es keine nachhaltige, soziale und ökologische Transformation geben.
- 42 • Massive Investitionen in den Umbau der Energieversorgung und Infrastruktur. Die Kosten müssen von
 43 denen getragen werden, die viel haben und geben können. Haushalte mit kleinen und mittleren Ein-

44 kommen und ohne nennenswerte Vermögen müssen entlastet werden.

45 Wenn diese Bedingungen nicht nur politische Lippenbekenntnisse sind, sondern mit konkreten Plänen und
46 Maßnahmen unterlegt werden, dann unterstützen wir einen schnelleren Kohleausstieg bis 2030. Wichtige Mei-
47 lensteine auf dem Weg dahin sind die Ausgestaltung und Verabschiedung der institutionellen Verankerung des
48 Ausstiegs in Form eines Gesetzespakets im Bundestag und die Überprüfungszeitpunkte 2023, 2026 und 2029,
49 bei denen eine Revision der Maßnahmen stattfinden wird und nachgesteuert werden kann. Wir können keine
50 einfachen Antworten geben – wir wollen Perspektiven aufzeigen.

51 **Sozialistischer Umbau des Unterbaus**

52 An folgenden Problemen und Widersprüchen in der Wirtschaft ändert sie jedoch nichts: Ausbeutung der Men-
53 schen, ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, Schere zwischen Arm und Reich, Streben der Unter-
54 nehmen nach Profit, fehlende Investitionen, ungleiche Verteilung von Gewinnen, zunehmende Privatisierung
55 vor allem im öffentlichen Raum, fehlende Mitbestimmung insbesondere bei unternehmerischen Fragen in Be-
56 trieben. Eine wirklich ökologische Wirtschaft kann es im Kapitalismus nicht geben, denn dieser ist immer an
57 höchstmöglichen Profiten interessiert.

58 *Demokratisierung der Wirtschaft*

59 Bei der Demokratisierung von Unternehmen stellt sich für uns zwangsläufig die Frage des Privateigentums und
60 der Enteignung. Wenn wir davon sprechen, dass wir Privateigentum enteignen wollen, meinen wir damit nicht
61 die Zahnbürste und den Thermomix zuhause. Die möchten wir niemandem wegnehmen. Stattdessen fordern
62 wir, dass Privatpersonen nur dann Eigentum an etwas haben dürfen, wenn der Besitz dieser niemandem sonst
63 Schaden zufügt. Wenn Einzelpersonen Unternehmen besitzen, können sie die Beschäftigten ausbeuten und
64 den erwirtschafteten Profit alleine behalten. Gehört ein Unternehmen allen dort Arbeitenden gemeinsam, kön-
65 nen sie auch gemeinsam alle unternehmerischen Entscheidungen treffen. Eine Unternehmensform, die eine
66 solche Mitbestimmung in den Betrieben zumindest zum Teil durchsetzt sind Genoss*innenschaften. Deshalb
67 wollen wir diese Unternehmensform fördern. Außerdem sollen öffentliche Aufträge unter anderem nach dem
68 Kriterium der Mitbestimmung in den Betrieben vergeben werden. Langfristig streben wir an, dass alle Beschäf-
69 tigten eines Unternehmens die unternehmerischen Entscheidungen für das Unternehmen gemeinschaftlich
70 treffen. Wird ein neues Unternehmen gegründet, muss es diese Beteiligung aller Beschäftigten umsetzen, zum
71 Beispiel in Form einer Genoss*innenschaft, bei der alle Beschäftigten Mitglieder sind. Solange Unternehmen
72 nicht nach diesen Regeln funktionieren, muss die Forderung weiterhin lauten, dass die betriebliche Mitbestim-
73 mung um die unternehmerische Mitbestimmung erweitert werden muss.

74 Wir beobachten, dass es seit mehreren Jahrzehnten Entwicklungen dahin gibt, dass Unternehmen ihre Be-
75 schäftigten indirekt steuern, ihnen also keine direkten Anweisungen für das Erledigen ihrer Arbeitsschritte
76 geben, sondern sie ihre Arbeit selbst organisieren lassen. Sie geben ihnen lediglich die Rahmenbedingungen
77 vor, bspw. Zeitrahmen, Budget, Kennziffern usw. Die Unternehmen machen das, weil sie bemerkt haben, dass
78 diese Art des Produzierens die Produktivste ist und am meisten Gewinn erwirtschaftet. Momentan führt diese
79 Art zu arbeiten zu Druck unter den Beschäftigten, Überlastung und oft auch zu Burnout. Allerdings lässt sich
80 darin auch ein Potential beobachten: Die Beschäftigten haben ihre Produktivkraft so weiterentwickelt, dass sie
81 fähig sind, ihre Arbeit alleine zu organisieren, ohne auf eine*n Chef*in angewiesen zu sein. Die Beschäftigten
82 setzen sich aber nicht nur mit ihrer Arbeit auseinander und wie sie am produktivsten für das Unternehmen
83 arbeiten können, sondern zunehmend auch damit, ob ihre Arbeit und die Produktion gesellschaftlich sinn-
84 voll ist. In einem Technikkonzern beispielsweise hat ein Team von Beschäftigten den Auftrag bekommen, eine
85 Drohne zu entwickeln, die möglichst gezielt Menschen abschießen kann. Sie haben sich geweigert, diese Tech-
86 nologie zu entwickeln, weil sie es moralisch ablehnen, Menschen zu töten. Die Unternehmensleitung konnte
87 den Auftrag nicht selbst erfüllen, da ihnen das benötigte technische Know-How fehlte. Dieses besitzen nur
88 die Beschäftigten beziehungsweise die Arbeitskraft. Das Unternehmen verlor dadurch viel Geld. Eine ande-
89 re Gruppe von Beschäftigten hatte Ideen dafür, einen emissionsarmen Motor zu bauen. Der Autohersteller
90 lehnte ab – wegen zu hoher Produktionskosten. Wir sehen also, dass Beschäftigte auch andere Faktoren in
91 ihre Arbeit miteinbeziehen als die der Profitmaximierung. Deshalb fordern wir: Beschäftigte müssen Unter-
92 nehmen selbst besitzen, damit sie demokratisch über die Organisation und Produktion entscheiden können.
93 Durch demokratische Betriebsorganisation können ökologische Faktoren und Geschlechtergerechtigkeit auch
94 unabhängig von Profitmaximierung durch die Beschäftigten berücksichtigt werden.

95 Um den Beschäftigten die Möglichkeit zu geben selbst zu bestimmen, was sie wie produzieren müssen wir

96 die Betriebe demokratisieren und die Möglichkeit zur Einbeziehung sozialer, feministischer und ökologischer
97 Interessen in die Produktion sein.

98 Um die betriebliche auf unternehmerische Mitbestimmung auszuweiten, wollen wir die Mitbestimmungsrechte
99 in §87BetrVG um die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen ausweiten. Wirtschaftsausschüsse sollen
100 aufgewertet werden, indem ihnen nicht mehr nur ein Beratungs-, sondern auf ein Mitbestimmungsrecht zu-
101 kommt.

102 Feminismus ist für uns ein Kampf, den wir in allen Lebensbereichen kämpfen, deshalb wollen wir erreichen,
103 dass es in allen Betrieben gewählte Gleichstellungsbeauftragte beziehungsweise Gleichstellungsausschüsse
104 gibt.

105 Unser Ziel ist die Demokratisierung aller Unternehmen; um dieses Ziel über die betriebliche Mitbestimmung
106 zu erreichen ist es notwendig, dass es in allen Betrieben Betriebsräte gibt. Gemeinsam mit unseren europäi-
107 schen und weltweiten Schwesterparteien setzen wir uns angesichts internationaler Produktionsketten auch
108 für grenzübergreifende Mitbestimmung ein und unterstützen die Bildung gemeinsamer europäischer Gewerk-
109 schaften und den Ausbau der International Labour Organisation.

110 **Ökologischer Umbau**

111 Jahrzehntlang wurde das Energiesystem in drei weitestgehend voneinander getrennte Sektoren konzipiert:
112 Strom, Wärme, Mobilität. Die einzelnen Energieträger, die Energieproduktion und -verteilung der Sektoren
113 operierten relativ unabhängig von den jeweils anderen. Dies wird in Zukunft nicht mehr möglich sein und
114 stellt einen Paradigmenwechsel und eine Herausforderung dar.

115 *Energie und Speicher*

116 Der Energiemix und die Energiewende müssen europäisch gedacht werden. Die Vernetzung und Einbeziehung
117 der Nachbarländer ist nicht nur eine politische, sondern auch eine logische Notwendigkeit. So divers wie ein
118 Energiemix aussehen muss, der ohne fossile Energieträger auskommt, in dem Wind, Wasser, Sonne, Biogas
119 und viele mehr einen Teil stellen müssen, so divers muss auch der Mix an Speichertechnologien sein. Systeme,
120 die nur auf eine Technologie setzen, sind störungsanfälliger und lassen außen vor, dass sich die unterschied-
121 lichen Vorteile der einzelnen Speicher ergänzen und die jeweiligen Nachteile ausgleichen können. Wo fossile
122 Kraftwerke weitestgehend standortunabhängig realisiert werden können, ist dies bei Erneuerbaren und ei-
123 nigen Speichertypen komplett anders. Natürliche Gegebenheiten wie Stauseen und Flüsse zur Gewinnung
124 von Wasserkraft, sonnenreichere Regionen für Solar und Photovoltaik (PV) und windreichere Regionen für
125 Onshore und Offshore geben quasi geographisch vor, an welchen Standorten welche Anlagen am effektivsten
126 sind. Deshalb muss auf eine größere Steuerung geachtet werden. Es ist nicht länger legitim, wenn sich einzelne
127 Regionen beispielsweise dem Ausbau von Windkraftanlagen versperren. Ein wichtiger Punkt muss deshalb, so-
128 wohl beim Anlagen- als auch beim Netzausbau sein, dass berechnete Bürger*innenproteste konstruktiv in die
129 Prozesse einfließen können, aber unberechtigte Proteste (nach dem Prinzip: Nicht hinter meinem Haus) nicht
130 auf Jahre Vorhaben ausbremsen. Eine bessere Förderung von staatlicher Seite für Windenergieanlagen ist da-
131 bei unabdingbar, um den stockenden Ausbau wieder voranzubringen. Die Festlegung immer weitergehender
132 Abstandsregeln ist dagegen kontraproduktiv. Außerdem müssen Anreize gesetzt werden, damit wieder mehr
133 Unternehmen, die sich auf erneuerbare Energien spezialisieren, sich in Deutschland und Europa ansiedeln
134 und Europa somit den weiteren Anschluss auf internationaler Ebene nicht verpasst.

135 Denn besonders bei dem Punkt von Produktion und Verteilung von Strom wird es einen weiteren Paradig-
136 menwechsel geben. Das bisherige Energiesystem war auf wenige Großkraftwerke ausgerichtet, von denen
137 aus Strom dann auch in durchaus weiter entfernte Gebiete transportiert worden ist. Über je weitere Strecken
138 Strom geleitet wird, desto höher sind die Energieverluste. Bei Windkraft- und Solar-/PV-Anlagen besteht nicht
139 die Notwendigkeit einer zentralisierten Aufstellung; es ist auch gar nicht in selben Maße möglich, da in Relation
140 zur Kapazität von Anlagen, die mit fossilen oder atomaren Energieträgern arbeiten, mehr Fläche benötigt wird.
141 Die regenerativen Anlagentypen können ohne unverhältnismäßigen Kostenaufwand dezentral organisiert wer-
142 den. So muss zum Beispiel stärker fokussiert werden, mehr Gebäude mit Solar-/ und PV-Anlagen auszustatten
143 und dies bei Neubauten auch von Anfang an in die Planungen einzubeziehen, um daraus einen neuen Stan-
144 dard zu entwickeln. Dadurch ergeben sich Effizienzgewinne. Analog dazu muss das System der Energiespeicher
145 konzipiert werden. Diese werden in Zeiten von Überkapazitäten geladen und in Zeiten von Unterkapazitäten
146 entladen. Inwiefern ein dezentrales, subsidiär arbeitendes System effizienter ist als ein zentrales oder eine

147 Mischform, muss im Hinblick auf die Möglichkeiten und vor allem den Willen zum Netzausbau und -umbau
148 bewertet werden, da ein dezentrales System größere Veränderungen benötigt. Ein absolutes Novum würde
149 dies aber nicht darstellen: So wie jedes Haus über eine eigene Warmwasseraufbereitung verfügt, ist auch die
150 Ausstattung mit adäquaten Speichergeräten realistisch.

151 Die Strompreise für Haushalte in Deutschland gehören zu den höchsten in Europa. Dies liegt an marktwirt-
152 schaftlichen Mechanismen und den bisherigen Steuer- und Abgabenregelungen, die im Zusammenhang mit
153 dem Ausbau regenerativer Energien steht. Diese sind in den vergangenen 20 Jahren so stark angestiegen, dass
154 es für Haushalte mit niedrigen Einkommen eine besondere Belastung darstellt. Denn von Windkraft- und Solar-
155 / Photovoltaik-Anlagen kann nur profitieren, wer Fläche und Kapital hat, um diese oder Anteile an bestehenden
156 Anlagen zu erwerben. Daraus kann aber nicht folgen, dass der Ausbau der Erneuerbaren gestoppt werden
157 muss, sondern dass die Kosten für den Umbau der Energieversorgung anders verteilt und kleine und mittlere
158 Einkommen entlastet werden müssen. Insgesamt muss das Energiesystem, zugunsten von Preisstabilität und
159 Versorgungssicherheit dem Spiel des freien Marktes entzogen werden. Das unbedingte Gewinnstreben und
160 der Zwang zur Renditenerhöhung konterkarieren das Gemeinwohl. Zu diskutieren wären die angemessenen
161 Maßnahmen, beispielsweise ob ein Renditendeckel zielführend ist und wie die Rolle der Stadtwerke in diesem
162 System ist, da sie als kommunale Gesellschaften anders arbeiten können als Aktienunternehmen.

163 *Wärme*

164 Der Transformationsbedarf ist im Wärme-Sektor noch viel höher als im Strom-Sektor. Während letzterer einen
165 Anteil an Erneuerbaren Energien von aktuell ca. 36 % an der Nettostromerzeugung verzeichnet, liegt dieser
166 Wert im Bereich Wärme bei gerade einmal 15 %. Einen Beitrag zur Umstrukturierung kann die Kraft-Wärme-
167 Kopplung (KWK) liefern. Abwärme, die bei der Produktion elektrischen Stroms entsteht, kann als Nah-, Fern
168 oder Prozesswärme genutzt werden. Die Dezentralisierung kann auch hier mittels einzelner Blockheizkraft-
169 werke in Wohngebieten geschehen. Eine weitere Stellschraube liegt in Wärmenetzen. Das Fraunhofer-Institut
170 für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik IEE verweist darauf, dass sich durch die leitungsgebundene
171 Wärmeverteilung eine höhere Flexibilität erreichen lässt, die bei der Kopplung mit regenerativen Kraftwer-
172 ken notwendig ist, um eine effiziente und gleichzeitig versorgungssichere Energiebereitstellung zu realisie-
173 ren.

174 In den vergangenen Jahren sind besonders im Bereich von Braun- und Steinkohlekraftwerken KWKen errichtet
175 worden, womit viele Haushalte mittels Fernwärmeleitungen mit Wärme versorgt werden. Dies ist besonders
176 relevant, wenn über die Abschaltung der entsprechenden Kraftwerke gesprochen wird. Die Fernwärmeleitun-
177 gen müssen substituiert werden und dies kann im Sinne einer ökologischen Transformation natürlich nicht
178 durch einen Ersatz mittels einer Beheizung durch Erdgas geschehen und stellt deshalb eine besondere Her-
179 ausforderung dar. Bei allen Kraftwerken, die bislang mit fossilen Brennstoffen betrieben wurden, sollte geprüft
180 werden, inwiefern die vorhandene Infrastruktur genutzt und diese auf regenerative Brennstoffe umgestellt
181 werden können, wie beispielsweise Gas-und-Dampf-Anlagen.

182 *Mobilität*

183 Mobilität ist ein Grundrecht aller Menschen. Um an einer modernen Gesellschaft überhaupt teilhaben zu kön-
184 nen, muss jede und jeder in der Lage sein ohne Probleme von A nach B zu kommen. Ziel ist es weiterhin, den
185 Verkehr von der Straße und aus der Luft auf die Schiene zu bringen. Dazu bedarf es eines gut ausgebauten
186 öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Wir haben aktuell weder quantitativ noch qualitativ einen befriedi-
187 genden Status erreicht. Es gibt erhebliche Ausbaubedarfe in den Städten und im ländlichen Raum. Innovative
188 Verkehrskonzepte, wie zum Beispiel die Nutzung von Seilbahnen oder fahrer*innenlosem ÖPNV müssen da-
189 für stärker in Betracht gezogen werden, um sowohl viel genutzte Strecken zu entlasten als auch Gebiete zu
190 erschließen, die schlecht angebunden sind. Je mehr Menschen den ÖPNV nutzen, desto besser ist dies in öko-
191 logischer Hinsicht. In ländlichen Regionen wird jedoch auf absehbare Zeit der motorisierte Individualverkehr
192 nicht ersetzbar sein. Deshalb muss dieser von fossilen Antrieben hin zu Elektro und power-to-x, ganz im Sinne
193 der Sektorenkopplung umgestellt werden. Zu Lithium-Ionen-Akkus allerdings brauchen wir langfristig Alternat-
194 iven.

195 Des Weiteren halten wir an dem Ziel eines fahrscheinlosen und für alle kostenlosen ÖPNVs fest. Mobilität hört
196 aber nicht an der Stadt- oder der Verkehrsverbundsgrenze auf. Es bedarf auch einer genauen Betrachtung des
197 Fernverkehrs. Wir kritisieren die Unverhältnismäßigkeit der Preise von öffentlich gefördertem Bahnverkehr

198 und privat finanzierten Fernbussen. Reisen mit dem Fernverkehr müssen für alle bezahlbar sein. Vor diesem
199 Hintergrund begrüßen wir die beschlossene Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets.

200 Ferner soll es einen Fokus auf die Nutzung von Fahrrädern geben, dies beinhaltet auch eine Anpassung der
201 Schnittstellen zum ÖPNV. Ein zentrales Ziel ist also, die Verkehrswege auf die Mobilitätsbedürfnisse der Zukunft
202 einzustellen (ob beim Schienennetz oder Fahrradstraßennetz).

203 Neben der Personenbeförderung spielt auch der Gütertransport eine entscheidende Rolle. Wir wollen nicht,
204 dass immer weitere Autobahnen unsere Umwelt zerstören, sondern fordern einen Ausbau vor allem der Schie-
205 ne und der Binnenschifffahrt.

206 *Forschung und Innovation*

207 Eine wichtige Rolle in all dem spielt die Forschung. Neben dem Bau neuer Anlagen und von Infrastruktur wird
208 die Entwicklung und Weiterentwicklung neuer Technologien entscheidend beim Umbau des Energiesystems
209 sein. In nahezu allen Bereichen sind Effizienzsteigerungen nötig. Dies kann nur durch wissenschaftliche Arbeit
210 ermöglicht werden. Der Staat muss auch hier aktiv sein. Nicht in dem Sinne, dass in die Wissenschaft einge-
211 griffen wird, sondern dass ausreichend Mittel bereitgestellt werden. Ein Teil sollte dabei in die Erforschung
212 konkreter Technologien fließen. Ein anderer Teil sollte aber auch die Grundlagenforschung unterstützen. Bei
213 dieser ist ein konkreter Nutzen zwar nicht immer absehbar, er wird sich aber in vielen Fällen nach einiger Zeit
214 ergeben. Personen, die statt staatlich unterstützter Forschung die Innovationskraft des freien Marktes preisen
215 sei gesagt: Im weltweit bekanntesten Smartphone ist nicht ein einziges Stück Technik verbaut, dass nicht ent-
216 weder aus staatlich subventionierter Forschung oder direkt aus staatlichen Forschungsprogrammen heraus
217 entstanden ist. Um Innovation besser zu fördern wollen wir, dass der Staat Start-Ups stärker als bisher mit
218 Wagniskapital unterstützt. Allerdings darf der Staat hierbei nicht nur einseitig an Verlusten beteiligt werden,
219 sondern sollte im Erfolgsfall auch an Gewinnen beteiligt werden.

220 *Ressourcen und Kreislaufwirtschaft*

221 Am 3. Mai 2019 hat Deutschland alle nachwachsenden Ressourcen verbraucht, die für dieses Jahr zur Verfü-
222 gung standen. Deutschland wirtschaftet nicht ansatzweise nachhaltig und ressourcenschonend; in den ande-
223 ren westeuropäischen Staaten sieht es nicht anders aus. Stattdessen beobachten wir, dass in Wien täglich so
224 viel Brot weggeschmissen wird, wie in Graz gegessen wird; dass jährlich 230.000 Rinder für den deutschen
225 Müll geschlachtet werden; dass Flüsse in der Provence austrocknen, weil das Wasser für die Landwirtschaft
226 genutzt wird. Wer ein Interesse daran hat, dass die Menschheit auch in mehreren Jahren noch natürliche Res-
227 sourcen nutzen kann, muss sich mit alternativen Formen des Wirtschaftens beschäftigen. Eine davon ist die
228 Kreislaufwirtschaft. Sie sieht vor, dass Produkte so designt und konzipiert werden, dass bei ihrer Produktion
229 minimal Müll anfällt und dass, wenn sie kaputt gehen sollten, die defekten Teile ausgewechselt, recycelt und
230 wiederverwendet werden können. Dadurch soll ein Ressourcenkreislauf entstehen. Alle Rohstoffe, die die-
231 sen Kreislauf einmal betreten, sollen möglichst lange, wenn nicht gar für immer, darin verbleiben. Die Kreis-
232 laufwirtschaft setzt darauf, dass Produkte möglichst lange genutzt werden können und keine Mechanismen
233 eingebaut werden dürfen, die technische Geräte absichtlich langsamer werden lassen bzw. ihre Lebensdau-
234 er verkürzen. Diese Art zu wirtschaften ist ressourcenschonend und umweltfreundlich und daher sinnvoll. In
235 einer sozialistischen Wirtschaft muss ökologisch gewirtschaftet werden; dafür ist die Kreislaufwirtschaft eine
236 gute Möglichkeit. Die Kreislaufwirtschaft kann als ein Aspekt einer veränderten Wirtschaftsweise verstanden
237 werden kann, als ein Schritt in die richtige Richtung, der aber nicht ausreicht, um alle Probleme zu lösen. Da-
238 für braucht es nach wie vor eine durch die Beschäftigten demokratisch organisierte und damit sozialistische
239 Wirtschaft.

240 **Woanders ist auch scheiße**

241 Der Umbau des Energiesystems wird umfassende Baumaßnahmen, die Errichtung neuer Anlagen zur Produk-
242 tion, Verteilung und Speicherung von Energie und die Veränderung der Infrastruktur benötigen und damit
243 ebenfalls einen sehr hohen Arbeitsbedarf erfordern. Wenn also einerseits ein riesiger Bedarf an Arbeitskraft
244 besteht und bestehen wird, der vor allem von Menschen geleistet werden wird und es andererseits Regionen
245 gibt, in denen alte Wirtschaftszweige auslaufen und nicht weiter bestehen können müssen diese beiden Sei-
246 ten zusammengebracht werden. Konkret heißt das: Bei allem, was für die Transformation produziert, installiert
247 und gebaut werden muss, sind die zu beauftragenden Unternehmen priorisiert in den ehemaligen Braun- und
248 Steinkohlerevieren anzusiedeln oder Unternehmen den Vorzug zu geben, die bereits in der Region verortet

249 sind und gute tarifliche Arbeitsbedingungen bieten. Außerdem wollen wir für die Dauer des Transformations-
250 prozesses die Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge ändern. In den (ehemaligen) Revieren sollen nach
251 Vorbild des Preston Modells der Labour Party Aufträge nicht mehr nur nach dem Kriterium der Wirtschaft-
252 lichkeit vergeben werden, sondern vor allem nach dem Nutzen für die regionale Wirtschaft. Die potentielle Ar-
253 beitskraft muss als Standortvorteil genutzt werden. Für Speichertechnologien mit hoher Arbeitsintensität (zum
254 Beispiel für Betrieb und Wartung), die bei gleicher Effizienz an verschiedenen Standorten gleichsam eingesetzt
255 werden könnten, sollte ebenfalls das Arbeitskräftepotential ein Entscheidungskriterium darstellen. Grundsätz-
256 lich sollten vor Ort ansässige Unternehmen und kommunale Entscheidungsgremien in die neue Gestaltung
257 der entstehenden Brachflächen eingebunden werden. Auch mögliche Forschung zu Speichertechnologien und
258 Energie- und Klimaforschung sollte vor Ort angesiedelt oder Aufträge an bereits bestehende Forschungsein-
259 richtungen vergeben werden, um den lokalen Arbeitsmarkt zu stärken und die Akzeptanz in der Bevölkerung
260 zu erhöhen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass neu entstehende Arbeitsplätze nicht nur im rein aka-
261 demischen Bereich liegen, sodass das Arbeitskräftepotential aus den Bergbauunternehmen genutzt werden
262 kann. In den Regionen, in denen der Braunkohlebergbau jetzt eingestellt wird, müssen nicht nur neue Arbeits-
263 plätze entstehen, sondern auch Investitionen in Wohnen, Infrastruktur und Bildung fließen – vom KiTa-Platz
264 bis zu Hochschule. Denn Investitionen in Neugründungen von Universitäten und Hochschulen sind ein Bau-
265 stein von Bedeutung, da sie zur Innovation beitragen und junge Menschen in die Region holen. Diese bringen
266 innovative Projekte voran, die sich direkt vor Ort ansiedeln können und somit Regionen beleben.

267 An den (ehemaligen) Bergbaustandorten sollte auch eine örtliche Nachnutzung im Fokus stehen, damit kei-
268 ne großen Brachflächen entstehen. Neben der Renaturierung, die vor allem in Braunkohlerevieren eine Rolle
269 spielt, sollte die vorhandene Infrastruktur für jedwede energetische Weiternutzung genutzt werden, um res-
270 sourceschonend zu arbeiten. Hierbei sind vor allem Speichertechnologien wie power-to-x oder Pumpspei-
271 cherwerke zu fördern, wenn sie die bestehende Infrastruktur des Bergbaus weiterhin nutzbar machen kön-
272 nen. Außerdem sollten die neu entstehenden Flächen auch kommunaler Nutzung zugeführt werden können,
273 wenn die Flächen etwa infrastrukturell so gut angebunden sind, dass sich Wohnungsbau hier eignet, um dem
274 immer knapper werdenden sozialen Wohnungsbau entgegenzutreten zu können.

275 *Industrie*

276 Der notwendige Strukturwandel stellt die Industrie nicht nur im Rheinischen Revier vor eine enorme Heraus-
277 forderung. Doch Transformationsprozesse können und sollen in erster Linie auch als Chance gesehen werden.
278 Wenn es uns gelingt, mit industriepolitischen Eingriffen Strukturbrüche zu vermeiden, schaffen wir soziale Si-
279 cherheit für die Beschäftigten in der Region.

280 Doch was bedeutet Industriepolitik überhaupt? Während Konservative und Neoliberale sich auf allgemeine
281 Förderungen beschränken und darauf hoffen, dass der Markt es schon regeln werde, fordern wir Jusos ge-
282 zieltere Maßnahmen. Industriepolitik muss für uns strategisch, innovativ und vorausschauend sein. Um den
283 Strukturwandel zu meistern, brauchen wir eine aktive Industriepolitik. Der Staat soll Motor für Innovation sein.
284 Doch gleichzeitig ist der Staat auch dafür zuständig, welche Art von Innovation zulässig ist. Wollen wir die Wirt-
285 schaft wirklich umbauen, müssen wir Segmente definieren, die der Staat gezielt fördern soll. Und gleichzeitig
286 müssen wir bestimmte Arbeitnehmer*innen-, sowie Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards als Bedingungen
287 formulieren damit eine sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Dazu braucht es allerdings eine enge
288 Abstimmung zwischen betroffenen Kommunen, Land und Bund und Gewerkschaften.

289 Der Staat kann und soll den Strukturwandel aktiv lenken und gestalten, um gute Arbeitsplätze zu erhalten und
290 neue zu schaffen. So können wir beweisen, dass Energiewende und Industrie keine Widersprüche sind.

291 **Wo kommt die Kohle her?**

292 Die Perspektiven, die wir für die soziale und ökologische Transformation aufzeigen bedeuten zweifelsohne
293 einen riesigen Investitionsbedarf. Die Frage danach, wie all das finanziert werden soll, kann zumindest in ne-
294 gativer Weise sehr kurz beantwortet werden: Die Hauptlast darf nicht bei Haushalten mit kleinen und mittleren
295 Einkommen liegen. Und das ist auch gar nicht notwendig, denn es gibt viele, mehr als gut situierte natürliche
296 und juristische Personen, welche problemlos mehr finanzielle Verantwortung tragen können, ohne dadurch
297 in Bedrängnis zu geraten.

298 Dafür brauchen wir auch im haushaltspolitischen Bereich eine Wende. Schuldenbremse und schwarze Null
299 sind Ausdruck der Aufgabe eines politischen Gestaltungsanspruchs. Der konservative, zunächst moralisch vor-

300 gebrachte Verweis auf künftige Generationen für die Begründung einer schwarzen Null muss als das enttarnt
301 werden, was es ist: Neoliberale Verteilungsinteressen in der Gegenwart. Und jetzt, da sich die Bundesrepublik
302 für historisch niedrige Zinsen refinanzieren könnte, wird die absurde Tragik der Schuldenbremse besonders
303 deutlich. Die Politik muss das buchstäblich geschenkte Geld auf der Straße liegen lassen, während die öffentli-
304 che Infrastruktur verfällt und in Zukunft mit hohen Folgekosten zu Buche schlägt. Aber auch ohne die politisch
305 falsche Entscheidung der Schuldenbremse zurückzunehmen, stehen uns immerhin 0,35% des BIP, also ca.
306 11,7 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen zur Verfügung. Aber selbst dieser Spielraum wird zugunsten der
307 schwarzen Null nicht ausgenutzt und das, obwohl es noch nie so günstig für den deutschen Staat war, sich
308 Geld zu leihen. Die Einhaltung der Schuldenbremse führt dazu, dass Investitionen die ersten Ausgaben sind,
309 die gekürzt werden.

310 Wer eine gute Zukunft will, muss schon heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat die Voraussetzungen
311 für eine gute Zukunft gestalten kann, muss er mit den nötigen finanziellen Mitteln und Möglichkeiten ausge-
312 stattet sein. Die staatlichen Einnahmen müssen durch eine verantwortungsvolle und gerechte Steuerpolitik
313 (Vermögenssteuer, Einkommenssteuer, Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Ka-
314 pitalertragssteuer) erhöht werden. Darüber hinaus fordern wir die Rücknahme der Schuldenbremse. Disku-
315 tiert werden sollte auch die Bildung eines Staatsfonds. Kurzfristig soll der gesamte Spielraum der aktuellen
316 Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen ausgenutzt werden.

317 Besonderer Handlungsbedarf besteht in Deutschland bei den Vermögen. In der Eurozone sind diese nur in
318 Litauen ungleicher verteilt, Deutschland nimmt eine traurige Spitzenposition ein. Die reichsten 10% der Haus-
319 halte besitzen 60% des Gesamtvermögens. Nicht nur aus Aspekten der Verteilungsgerechtigkeit ist dies ein
320 Problem. Viele Ökonom*innen gehen davon aus, dass eine zu starke Ungleichheit in einem Land das Wachs-
321 tum bremst. Aber massive Ungleichheit hindert nicht nur Wachstum, sondern führt zu auch sozialen Spannun-
322 gen. Eine starke, auf hohe Vermögen konzentrierte Steuer kann also einerseits dazu beitragen, den Umbau
323 des Energiesystems zu finanzieren und andererseits helfen, die Ungleichheit zu verringern, zugunsten einer
324 gerechten Gesellschaft mit wirklichen Aufstiegschancen.

325 Einen weiteren Beitrag müssen Multinationale Unternehmen leisten. Aktuell können diese, wenn sie in mehre-
326 ren Ländern mit sehr unterschiedlichen Steuersystemen und -niveaus agieren, Gewinne und Verluste oftmals
327 so beliebig hin und her schieben, dass sie an vielen Standorten nahezu keine Steuern zahlen müssen. Un-
328 ternehmen wie Facebook und Starbucks sind dafür nur die Spitze des Eisbergs. Deshalb brauchen wir mehr
329 Transparenz. Viele Steuervermeidungs- und Steuerhinterziehungspraktiken sind nur dann aufzudecken, wenn
330 die Geschäftszahlen aller Teilgesellschaften eines Konzerns bekannt sind. Finanzbehörden müssen internatio-
331 nal kooperieren und Daten über Umsätze, Gewinne und Steuerleistungen etc. der einzelnen Standorte austau-
332 schen; sie müssen über genug personelle und materielle Kapazitäten verfügen, um die komplexen Geschäfts-
333 modelle und Kennzahlen analysieren und bewerten zu können. Zur Aufarbeitung der illegalen Modelle müssen
334 Schwerpunktstaatsanwaltschaften herangezogen werden und die Strafen für Steuerhinterziehung müssen so
335 ausgestaltet sein, dass das Risiko ökonomisch uninteressant wird. Und wir brauchen mehr internationale Rege-
336 lungen. Wenn Unternehmen multinational agieren, ist klar, dass auch Politik dies tun muss. Es muss im Grund-
337 satz gelten, dass dort wo die Produktion stattfindet oder die Dienstleistung erbracht wird, darauf auch Steuern
338 zu zahlen sind. Aggressiver Steuergestaltung, die beispielsweise durch künstlich festgelegte Verrechnungsprei-
339 se und Lizenzgebühren und den bewussten Einsatz von Fremdfinanzierung Gewinne in Niedrigsteuerländer
340 verschiebt, wollen wir einen Riegel vorschieben. Eine Digitalsteuer kann dabei ein Teil der Lösung sein. Kurz-
341 und mittelfristig braucht es in der EU Abkommen zur Mindestbesteuerung von Unternehmen. Es sollte zudem
342 geprüft werden, ob Unternehmen mit Standorten in mehreren EU-Staaten eine europäische Körperschaft als
343 Dachgesellschaft bilden müssen. Langfristig wollen wir eine europäische Steuergesetzgebung. Für viele der
344 jetzigen Steueroasen stellen diese Geschäftspraktiken einen nennenswerten volkswirtschaftlichen Faktor dar.
345 Es müssen ihnen – bei gleichzeitiger Bekämpfung – andere Perspektiven aufgezeigt werden.

346 **Schritt für Schritt zum Fortschritt**

347 Ganz im Sinne der Doppelstrategie wollen wir diesem Konzept nicht nur Einfluss auf die Positionierung un-
348 serer Partei nehmen, sondern darüber auch in den Austausch mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen
349 kommen. Insbesondere in den vom Wandel betroffenen Regionen, wo die Gräben zwischen manchen Grup-
350 pen in der "Kohle-Frage" unüberbrückbar scheinen, wollen wir unsere Ideen vorstellen. Es ist möglich, soziale
351 und ökologische Aspekte zusammen zu denken und zusammen zu bringen. Dafür braucht es einen aktiven
352 Staat, es braucht sozialistische Politik. Denn die sozial-ökologische Transformation ist das Projekt der nächs-

353 ten Jahrzehnte, sie wird große Veränderungen mit sich bringen, die progressiv gestaltet werden müssen, damit
354 sie für die Menschen nicht Sorgen bedeuten, sondern Fortschritt und Verbesserungen, egal ob national oder
355 global.

INI2

Solidarität mit allen Opfern sexualisierter Gewalt und sexistischem Verhalten

1 Einen sexuellen Übergriff zur Anzeige zu bringen, ist für viele ein schwerer Schritt. Viele Betroffene sehen sich
2 danach kritischen Nachfragen ausgesetzt und müssen sich für ihre Entscheidung vehement rechtfertigen. In
3 Deutschland gilt natürlich die Unschuldsvermutung, diese muss jedoch für beide Seiten gelten und niemand
4 darf im Vorhinein verurteilt oder deren Glaubwürdigkeit angezweifelt werden. Für uns ist es daher nicht hin-
5 nehmbar, dass immer wieder an der Glaubwürdigkeit von Frauen gezweifelt wird, nachdem sie Übergriffe zur
6 Anzeige gebracht haben. Die Unterstellung des Motivs, der angezeigten Person nur schaden zu wollen, ist hier
7 keine Seltenheit.

8 Auch unsere Partei ist nicht frei von patriarchalen Machtverhältnissen, daher müssen wir uns darüber bewusst
9 sein, dass auch bei uns sexistisches Verhalten und Übergriffe keinen Halt machen. Wir müssen außerdem da-
10 für sensibel sein, dass durch die gegebenen Machtverhältnisse Menschen in übergriffigen Situationen in eine
11 besonders prekäre Lage gebracht werden können. Aufgrund von Funktionen können Abhängigkeiten entste-
12 hen, die es Menschen noch schwerer macht aus einer Situation, in der sie sich unwohl fühlen, herauszutreten.
13 Daher ist es auch an uns, unser eigenes Verhalten immer wieder zu reflektieren und sexistisches Verhalten
14 konsequent zu ahnden.

15 Wir müssen als Partei als Vorreiterin vorgehen, Bewusstsein schaffen, uns solchem Verhalten entgegenstel-
16 len und diesem eine klare Absage, vor allem in den eigenen Reihen, erteilen. Wir müssen Räume schaffen,
17 in denen Betroffene sich trauen, ihre Erlebnisse zu teilen und in denen sie keine Angst haben müssen, nicht
18 ernstgenommen zu werden.

19 Dazu gehört für uns auch, dass ein öffentliches und/oder mediales Opferblaming von unserer Partei kritisiert
20 und nicht toleriert wird. Dies trägt auch dazu bei, eine tatsächliche Aufarbeitung zu ermöglichen. Wir erwarten,
21 dass alle sich im Sinne unserer Werte solidarisch zeigen und gerade Menschen in Verantwortungsposition sich
22 diesem Thema mit der nötigen Sensibilität annehmen.

23 Wir solidarisieren uns mit diesem Antrag mit allen Personen, die sich trauen mit ihrer Geschichte an die Öffent-
24 lichkeit zu gehen oder diese zur Anzeige bringen. Besonders zu nennen, sind dabei die aktuellen Ereignisse in
25 Köln. Wir stellen uns hinter die Anzeigstellerin und tolerieren nicht das Opferblaming, dem sie ausgesetzt ist.
26 Wir bedanken uns bei den Jusos Köln für ihre große Solidarität und das Engagement.

27 Wir möchten Juso- und Parteimitgliedern, die in unseren Strukturen Erfahrungen mit Sexismus und sexuali-
28 sierter Gewalt machen mussten, Unterstützung geben und auch jenen den Rücken stärken, die sich für sie
29 einsetzen. Daher fordern wir auch auf Landesebene der NRWSPD Strukturen, die einen Raum für institutio-
30 nelle Unterstützung schaffen. Diese sollen in Fällen von Diskriminierungs- oder Gewalterfahrungen innerhalb
31 der Partei ansprechbar sein und auch eine parteiinterne Aufarbeitung anstoßen und begleiten können. Sex-
32 istisches und übergriffiges Verhalten geht uns alle an und wir fordern, dass dieses keinen Platz mehr hat in
33 unserer Partei, heute nicht und auch nicht in Zukunft.

INI3

standhaft sozial demokratisch: NRW Jusos nominieren Eskabo zum SPD-Parteivorsitz

- 1 Die Landeskonferenz der NRW Jusos beschließt die Nominierung des Kandidierenden-Teams Saskia Esken und
- 2 Norbert Walter-Borjans für den SPD-Parteivorsitz.